

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einget. in der Post-Zeitung 4. Postämter für 1895 unter Nr. 7128.

# Vorwärts

Inspektions-Gebühr beträgt für die fünfzehnjährige Zeitdauer oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Interests für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 4 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Ant 1. Nr. 1598. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

## Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 22. Februar 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

### Wir haben es herrlich weit gebracht.

Wenn es ein Ruhmes- und Ehrentitel ist, Ben Aliba mit seinem langweiligen: „Alles schon dagewesen“, Flügel zu streifen, dann ist das Deutsche Reich mit Ruhm und mit Ehre bedeckt. Das Schauspiel, welches es jetzt der Welt darbietet, ist etwas Einziges, etwas Beispiellofes — noch niemals ist Gleiches oder Ähnliches dagewesen.

Wir haben eine Regierung, wie es, so lange die Menschen Regierungen haben, noch keine gegeben hat. Wer kennt nicht das Heimlein:

Auf dem Dache sitzt ein Greis,  
Der sich nicht zu helfen weiß?

Der Fabelverfasser soll das Bild höchster Dummheit vor Augen führen. Und gewiß ist's ein mitleiderweckender Anblick: ein alter, ungelanter, gebrechlicher Mann, der durch irgend einen Zufall auf das Dach gekommen ist, und nicht weiß, wie er wieder herunterkommen soll, ohne Hals und Beine zu brechen. Aber so mitleiderweckend der Anblick auch sein mag, — tragisch ist die Sache nicht. Der Mann gefährdet niemanden als sich selbst, und auch diese Gefahr ist nicht sehr groß, denn wir haben Leute die klettern können, und die Feuerwehre wird den bedauernswerten Greis, der sich nicht zu helfen weiß, bald aus seiner ungemüthlichen Lage befreit und wieder auf festen Boden gebracht haben. Allein man denke sich diesen Greis am Steueruder eines mit Wogen und Winden kämpfenden Ozeandampfers, der „Voll Dampf voraus“ in die schwarze Nacht hineinschießt! Und um diesen Greis ein Duzend oder ein halb Duzend Personen, die sich ebenso wenig zu helfen wissen, wie er, dieselbe Rath- und Planlosigkeit auf der Stirn tragen — und wir haben ein Bild unserer Regierung.

Wir haben im Laufe des letzten Jahrhunderts in den verschiedenen Staaten Europas, und namentlich in den deutschen, gar viele unfähige Regierungen gehabt — eine Regierung wie sie jetzt an der Spitze Deutschlands, — Männer, deren Können, den besten Willen vorausgesetzt, in solch schreiendem Widerspruch mit der Schwere ihrer Aufgabe steht, haben wir noch niemals an der Spitze eines großen Staatswesens gesehen. Und die Reichsgalerei, die von ihnen befehligt und gesteuert wird — oder richtiger nicht befehligt und nicht gesteuert wird — hat hunderttausend Mal mehr Menschen an Bord, als einer der Dampfer-Kolosse, die den Ozean durchfahren; — und das Fahrwasser, in dem sich ihr Kurs zu bewegen hat, ist weit, weit gefährlicher als das des Ozeans mit seinen Orkanen, Eisbergen und Klippen.

Fünzig Millionen Menschen an Bord — und diese Männer am Steuer und auf der Kommandobrücke — Ben Aliba, Du bist ein Schleichschwäger, das ist noch nicht dagewesen.

Ein anderes Bild. Wir haben nicht bloß eine Reichsregierung, wir haben auch einen Reichstag. Und dieser

Reichstag hat das Amt, dafür zu sorgen, daß die Männer am Steueruder und auf der Kommandobrücke ihre Pflicht thun, und daß das Schiff mit seiner lebendigen Fracht von 50 Millionen Menschen vor Schaden bewahrt und heil in den Hafen gebracht werde.

Wie waltet der Reichstag seines Amtes? Was thut er, um seine so unsagbar verantwortliche Aufgabe zu erfüllen? Sucht er die schwache Kraft zu ergänzen, die am Steueruder und auf der Kommandobrücke ihre Unzulänglichkeit zur Schau stellt? Greift er selbst kräftig zu, damit dieser traurige Fickackkurs, der das Deutsche Reich zum Gespött der Welt gemacht hat, endlich einmal aufhöre, und Plan und Licht komme in die wilde Wirrnis und das timmerische Dunkel?

Mit nichten!  
Statt einen Willen zu bekunden, statt eine Kraft zu behütigen, statt sich die Hand auszustrecken zur Rettung — verrichtet der Reichstag an sich den japanischen Bauchschnitt, tödtet sich zwar nicht körperlich, aber politisch, indem er sich Fesseln um die Hände legt und einen Knebel in den Mund steckt, auf daß er seine — noch nie gebrauchte — Kraft ja nicht mißbrauche! Das Maulkorbgesetz, welches der deutsche Reichstag sich selbst am vorigen Sonnabend gegeben, hat seinesgleichen nicht in der Geschichte aller Zeiten.

Ben Aliba, hänge Dich! Das ist noch nicht dagewesen!  
Und noch ein anderes Bild.

Sich selbst Fesseln an die Hände legen und einen Knebel in den Mund stecken, das ist diesem Reichstag noch nicht genug. Er will auch, auf Wunsch der Personen am Steuer und auf der Kommandobrücke, Jedem, der des Verbrechens schuldig ist, nicht an die Allweisheit und Allgüte der Personen am Steuer und auf der Kommandobrücke zu glauben, einen Strick um die Hände legen und einen Knebel in den Mund stecken. Seit zwei Monaten dreht dieser Reichstag im Schweiße seines Angesichts an dem Stricke des Umsturzgesetzes, das den 50 Millionen Menschen an Bord der Reichsgalerei die Möglichkeit nehmen soll, zur Wohlfahrt und zur Rettung des Schiffes und der Menschen an Bord selbständig etwas zu thun. Wenn das Volk nicht verhindert würde, von seinen Händen und seiner Junge Gebrauch zu machen, werde alles im Staat und in der Gesellschaft „umgestürzt“ werden.

Und wie sind die Leute, die so reden und die sich Vorkämpfer der „Religion, Ordnung und Sitte“ nennen, — allwehliche drei schönen Ringer ganz besonders in „Umsturz“-Nöthen sich befinden sollen — wie sind sie zu diesen ihren „Umsturz“-Knechtungen gekommen? Hat in Deutschland sich in dem Volke irgend eine besondere Neigung zum „Umstürzen“ kundgethan? Nun, je nachdem. Es giebt verschiedene Arten von Volk — allerhand Volk. In gewissen Kreisen ist es zweifellos Mode, die „Religion“ frech zu verhöhnern, indem man die insamsen

Bübereien und Barbareien — wie Raub, Diebstahl und Mord im Großen — blasphemisch unter Anrufung Gottes und des Christenthums verübt und verherrlicht. Zweifellos ist es in gewissen Kreisen Mode, mit dem Munde die Ordnung für ein unverlethliches Palladium der Zivilisation zu erklären, und durch Handlungen die Grundlagen der ganzen staatlichen Ordnung, das vornehmste Gesetz, welches der verfassungsmäßige Urquell aller Gesetzlichkeit im Deutschen Reich ist, wir meinen das allgemeine Wahlrecht, planmäßig zu beschimpfen und zu untergraben. Zweifellos ist es in gewissen Kreisen Mode, die Sitte mit Worten in den Himmel zu erheben, und im Leben und Wirken durch Ehebruch, Maitressenwirtschaft, freche Selbstüberhebung über die Mitmenschen, schamlose Rauf- und Händelsucht (Duell- und Messerheldenthum), und unmoralischsten Interessentkultus freventlich mit Füßen zu treten. Doch diesen Umstürzern von Religion, Ordnung und Sitte soll keine Fessel und soll kein Knebel angelegt werden — im Gegentheil, sie sind es, zu deren Schutz und Gunsten die Umsturzvorlage bestimmt ist, so daß das in Arbeit befindliche Umsturzgesetz thatsächlich bedeutet: Gesetz zum Schutze der Umstürzler und zur Vorbereitung des Umsturzes. In dem tugendreichen, von welcher Hinterlist und Doppeltgängerigkeit sich mit Eitel abwendenden „deutschen“ Deutschland ist es nämlich fromme Gewohnheit, den Sinn der Wörter auf den Kopf zu stellen, wie man zum Exempel den Arbeitgeberschutz und Arbeitertrug: Arbeiterschutz getauft hat.

Dieser löblichen Regel entsprechend betitelt man Umsturzgesetz ein Gesetz, das die Feinde jener Umstürzler vogelfrei machen soll.

In der Sprache des von den umstürzlerischen Ideen der Umsturzgesetzler noch nicht angekränkelten gemeinen Volkes heißt das Heuchelei. Und laun, wer die Sprache des gemeinen Volkes spricht, und wer denkt und fühlt wie das gemeine Volk, sich eine ärgere Heuchelei denken, als dieses „Umsturzgesetz“? Man sehe zu:

Das Umsturzgesetz soll „Verbrechen“ vorbeugen, von denen, unter allen Kulturländern der Erde, Deutschland allein frei geblieben ist. Sieht das nicht aus wie eine Prämie auf das Verbrechen?

Das Umsturzgesetz nennt sich ein gemeinrechtliches Gesetz und es stürzt das gemeine Recht um, weil es ausdrücklich bloß gegen eine bestimmte Partei angewendet werden soll.

Das Umsturzgesetz ist ein verkapptes Ausnahmengesetz, zehnmal schlimmer als ein christliches Ausnahmengesetz, denn durch diese seine Verkapung zwingt es die Richter, dem ersten Grundsatz der Rechtspflege: Du sollst ohne Ansehen der Person richten! ins Gesicht zu schlagen, und setzt die Willkür von Rechtswegen auf den Richterstuhl.

Und nicht genug mit diesem Umsturz der Justiz und des Rechts. Das Umsturzgesetz ist auch ein schmähliches Attentat auf den gesunden Menschenverstand. Alle die Verbrechen, die es angeblich treffen soll, sind entweder bloß

### Feuilleton.

[Nachdruck verboten.]

### Skizzen aus dem Südamerikanischen Hinterlande.

Ein Blatt Südamerikanischer Geschichte.

„Was ich vorschlagen wollte, General, ist das folgende. Ihr wißt, daß es rund um Asuncion weder Mais noch Wataten, noch Maniol oder Vieh giebt, sondern daß der ganze Lebensunterhalt für die Bewohner und die Truppen von ziemlich weiter Entfernung zugeführt werden muß. Mein Plan ist der, daß wir uns der zwei Straßen bemächtigen, auf der man nach Asuncion hinein kommt, einmal der Eisenbahn, und dann des Weges nach San Lorenzo, und daß wir so die Stadt regelrecht aushungern. Der Karreteege und die Eisenbahn sind leicht zu halten, und wir können uns eine feste Stellung aussuchen, wie sie uns gerade paßt. Wir wären dann in einem großen Vortheil, wenn man sich in Asuncion entschließen sollte, uns in unserer Stellung anzugreifen. Laßt die Regierung nicht mehr im Stande sein, den Soldaten acht Tage lang hintereinander Fleisch zu geben, so fangen diese an zu meutern.“

„Ihr vergeßt aber dabei die brasilianische Besatzung, die ja proviantieren muß.“

„Das habe ich schon bedacht. Aber die Brasilianer beziehen den größten Theil ihres Bedarfs von unten zu Schiff, damit die Herren Kommissäre ihrer Regierung möglichst hohe Preise stellen und recht viel dabei verdienen können; läßt man doch sogar aus diesem Grunde das Schlachtvieh für sie zu Schiff komme aus Corrientes. Und für das übrige müßten wir sie eben respektieren. Für den Bedarf

der Hauptstadt werden sie sicher nicht sorgen. Bedenkt auch, daß unsere Soldaten meist junge unerfahrene Burischen sind, die ich zum Angriff nicht geeignet halte, aber wohl für eine geschickte Vertheidigung.“

Im selben Augenblick meldete die Wache draußen die Ankunft einer Patrouille, die ein Duzend unbekannter Leute aufgegriffen hatte.

„Führt sie herein,“ befahl Caballero.  
Der Patrouillenfürher berichtete, wie sie die betreffenden in einem Hohlwege angetroffen und gefangen genommen hätten, als sie eben im Begriffe gewesen waren, nach Pirebebu hinanzureiten. Sie wären sämtlich auf guten Pferden beritten gewesen. Es waren keine Paraguaner, sondern Fremde verschiedener Nationalitäten.

„Haben sich die Leute zur Wehr gesetzt?“ fragte der General, nachdem er sie kurz gemustert hatte.

„Durchaus nicht; sie kamen ruhig des Weges geritten und machten weder Anstalt sich zu widersetzen, noch zeigten sie Absicht durchzugehen,“ sagte der Patrouillenfürher auf die Frage.

„Wer seid Ihr?“

„Wir sind Asuncioner Fleischer, General,“ sagte der Vorkämpfer, ein Deutscher, „und wir kommen in durchaus feiner feindlicher Absicht. Wir sind von Asuncion so weit hierher geritten, um Vieh zu kaufen. Das Vieh wird knapp in Asuncion, da sich seit einigen Wochen nicht recht jemand hineintraut aus dem Kamp. Selbst die Weiber, die sonst Geflügel und Maniol zu Markt bringen, kommen nicht mehr hinein... sie sagen, sie hätten Furcht vor der Revolution. Darum haben wir uns selbst aufgemacht, um Vieh anzufutreiben zum Schlachten.“

„Durchsucht die Leute.“

Man fand nichts Verdächtiges, nur ziemlich viel Geld bei ihnen, was mit ihrer Angabe, Vieh kaufen zu wollen, übereinstimmte.

„Ich bedauere es lebhaft,“ sagte der General, „daß die Herren ihre Absicht nicht werden ausführen können. Ich werde es mir aber zur Ehre anrechnen, wenn Sie bei uns bleiben und die Waffen mit uns tragen wollen.“

„General, wir sind Fremde, keine Paraguaner.“

„Das sehe ich wohl... thut mir aber leid... ich mag Sie nicht eigentlich dazu zwingen, bei uns als Soldaten zu bleiben; aber ich kann Sie ebensowenig wieder nach Asuncion hineinlassen. Sie würden Nachricht hinein bringen, wo wir uns befinden und vielleicht noch anderes mehr. Bedenken Sie sich also. Wer nicht bei uns eintreten will, den muß ich hier behalten, und da wir uns natürlich nicht viel damit aufhalten können, Sie genau zu bewachen, als es nöthig wäre, so werden wir Sie in den Lasso legen müssen.“

Auf diese Nachricht erklärten sich sämtliche außer dem Deutschen sofort bereit, als Soldaten dienen zu wollen.

„Nun,“ sprach der General lächelnd, „wir verstehen uns ja... und diesen Herrn möge man dann in den Lasso legen.“

Auf einen Wink knüpften zwei Soldaten dem Deutschen seine Beine in der Gegend der Fußknöchel in einen rindsledernen Lasso und banden draußen das eine Ende an das Fenstergitter des Hauses an, das andere an einen nahen Apfelsinenbaum, nachdem sie den Lasso so stramm gezogen, wie eine Violinsaiten. Die übrigen Personen führte man zu dem Soldatentrupp auf dem Marktplatz. Herr Mathias Schröder, so hieß der deutsche Fleischer, betrachtete bedächtig seine unnatürliche Lage, in der er sich befand und erklärte schließlich, nach Ablauf einer Stunde, daß er es denn doch lieber sehen würde, wenn er ein Revolutionskämpfer wäre, als daß er länger im Lasso liegen sollte. Auf diese Erklärung hin that man ihm denn auch seinen Willen und machte ihn zum Längensteiter, wie man es schon mit seinen Begleitern gethan hatte.

in der Einbildung vorhanden, oder sie sind durch das bestehende Gesetz schon mit weit schmerzlicheren Strafen belegt, als in anderen Ländern.

An der Hand einer sehr guten Schrift: „Antisemitismus und Strafrechtspflege“, und gestützt auf weiteres Material werden wir demnächst im einzelnen den Nachweis liefern, daß die Umsturzvorlage für die Rechtsprechung vollkommen überflüssig ist.

Aber die Urheber dieses juristischen und politischen Monstrums, dessen amtliche Begründung sich auf Hans Blum'sche Zitate stützt, müssen doch einen Zweck haben? Gewiß, den haben sie. Und der Zweck ist, ähnlich wie 1878: die Aufmerksamkeit des Volkes von den eigentlichen Absichten der Urheber wegzulenken und mit der rothstimmenden Wolke des Sozialistenschrecks die Sturmkolonnen zum Generalangriff auf die Taschen des deutschen Volkes zu umhüllen. Neue Steuern, neue Liebesgaben und neue Milliarden für Militär und Marine! Das ist das Ziel der Machthaber des Tages; und der Zweck der Umsturzvorlage ist, dieses Ziel zu verschleiern, und wenn einmal das Volk die Wahrheit erkennt, es so gefesselt und geknebelt zu haben, daß es keinen erfolgreichen Widerstand mehr zu leisten vermag.

Im Augenblick, wo die Reichs-Galeere, von Sturm und Wogen gepeitscht, ohne eine feste Hand am Steuer, ohne einen festen Willen auf der Kommandobrücke dahinschleifert und rollt — die Masse des Volkes an Bord fesseln und knebeln wollen, so daß sie sich selbst und dem Gemeinwesen nicht helfen kann — laß Dich begraben Ven Aliba, das ist noch nicht dagewesen!

Nein — das ist noch nicht dagewesen!  
Le mort saisit le vi. Das Todte will das Lebende packen, das faule Fleisch faßt nach dem gesunden.

Zum Glück hat das Lebende Lebenskraft, das Todte zurückstoßen, und das gesunde Fleisch wird das Gift des Faulen von sich fern halten.

Das Umsturzgesetz kann den Fäulnißprozeß nicht zum Stehen bringen, nur ihn beschleunigen. Das Schicksal muß sich vollziehen. Es verfaule das Faule!

## Politische Uebersicht.

Berlin, 21. Februar.

**Aus dem Reichstage.** Etwas besonders Bemerkenswerthes hat der heutige erste Tag der Tabaksteuer-Debatte nicht gebracht.

Wie sollte es auch anders sein. Seit Bismarck das geflügelte Wort gesprochen hat: „Der Tabak muß mehr bluten“, haben wir in jeder Legislaturperiode den — mehr oder minder von Erfolg begleiteten — Versuch gehabt, den Tabak höher zu besteuern und die Debatte über dieses Thema gehört deshalb längst zu dem „eisernen Bestande“ der Parlamentarier.

Besonders leicht hat es sich heute der Finanzsekretär des Reiches, Graf v. Posadowsky, gemacht, der zwar alle Gründe der vorjährigen Debatte über die Steuererhöhung vorbrachte, sich aber geradezu ängstlich hütete, auch nur einen einzigen neuen Gedanken auf das Tapet zu bringen.

Von den Rednern aus dem Hause sprachen die Abgeordneten Clemm (Ludwigshafen) und Graf Holstein für die Vorlage. Ersterer hat besonders entrüstet, daß die Tabakfabrikanten sich ihrer Haut wehren, da sie sich doch leicht helfen können, wenn sie die Zigarren etwas kleiner machen; letzterer aber rührte die patriotische Lärmtrummel, da das Vaterland Geld brauche. Der edle Graf bedauerte auch, daß man nicht auf die Biersteuer zurückkomme.

Gegen die Vorlage kamen heute die Abgeordneten Müller (Julda), Frese (Bremen), Förster (Greiz) und Zimmermann noch zum Wort.

Unser Redner wies besonders auf die traurige Lage der Tabakarbeiter hin, deren Lage durch die Steuererhöhung noch verschlechtert werden soll.

„Sie sehen General,“ fuhr Nicanor Godoy fort, als man die neuen Rekruten entfernt hatte, daß mir die Umstände bereits recht geben. Obwohl in Asuncion eben erst das Gerücht läuft, daß wir die Revolution anfangen wollen, beginnt es dort schon knapp zu werden.

Bei ihren Beratungen hatten die Revolutionäre, und in ihren beiderseitigen Plänen sowohl Godoy als Caballero einen Faktor ganz außer acht gelassen, nämlich, ob es ganz ausgeschlossen war, daß das brasilianische Besatzungsheer in den Kampf aktiv eingreifen könne. Alle dachten, daß dieses bei einem Kampfe sich unbetheilt halten würde, und dazu war es nach dem Uebereinkommen, das man nach dem Kriege mit der brasilianischen Regierung getroffen hatte, auch verpflichtet. Es sollte danach eine einfach zu wartende Stellung einnehmen solange, bis sich die Verhältnisse in Paraguay geklärt hätten, und nirgendwo handelnd eingreifen, es sei denn, daß es selber angegriffen würde. Auf dieser Basis stand bei seinen Ueberlegungen auch der General Caballero, und er mochte von seinem Standpunkt aus recht haben, wenn er es vorzog Asuncion selbst anzugreifen, da man dann die Entscheidung in jedem Falle beschleunigte. Und es war bei einem derartigen Zusammentreffen ebenso denkbar, daß die Nothen siegen würden wie das Gegentheil; denn die Regierungstruppen waren zwar etwas besser bewaffnet, man besaß sogar drei Kanonen; aber im übrigen waren sie ebensowenig feuerfest und gedrillt, wie die Truppen der Aufständischen. Der Plan Caballeros wurde auch, dank dem Ansehen, das der General besaß, schließlich angenommen und beschlossen, in wenigen Tagen schon nach Asuncion zu marschieren und die Stadt im Straßenkampf zu nehmen. Dabei wurde es als zweckdienlicher angesehen, nicht den bequemeren Weg längs der Eisenbahn einzuschlagen, auf dem man die Hauptstadt in zwei Tagen erreichen konnte, da unter Umständen, wenn die Regierung ihnen ihre Truppen auf natürlichem Wege entgegenstände, sie gegen ihre Absicht zu einem Gefecht auf freiem Felde genöthigt werden könnten. Sie beschloßen statt dessen den beschwerlichen, stillosen und verlaufenen Waldweg zu nehmen, der auf dem Nordlängenzug durch Wälder über Anhöhen verstreift hinführt, um zum Schluß kurz vor Asuncion auf dem sogenannten Campo Grande anzukommen. Ein Angriff dort war leichter abzuweisen und nur wenige Soldaten brauchten sich auf diesen verschlungenen Waldzügen in ein Gefecht einzulassen, wenn wirklich, was beinahe undenkbar war, die Weißen ihnen hier entgegenkommen sollten. Selbst in diesem Falle hatte man es zudem nicht mit der ganzen Macht der Regierung zu thun, da diese ihre Stadt nicht von allen Truppen entblößen konnte, während die Nothen ihre ganze Macht vereinigt hielten.

(Fortsetzung folgt.)

Morgen ist Fortsetzung der Debatte. Ueber das Schicksal der Vorlage gehen die Urtheile sehr auseinander. Die Entscheidung liegt, wie in fast allen Fragen, beim Zentrum, von dem besonders die Bayern sich für die Annahme engagiren sollen. Für diese Richtung wird Dr. Schädlers sprechen.

**Zur Disziplin des deutschen Reichstages und preussischen Abgeordnetenhauses gegen Bundesraths-Mitglieder und Minister** erinnert die „Voss. Zig.“ an zwei Präzedenzfälle. Der erste ereignete sich im preussischen Abgeordnetenhaus am 11. Mai 1863. Herr von Bodum-Dolffs, der sich beiläufig in abhängiger Stellung befand, er war Oberregierungsrat, führte den Vorsitz im Abgeordnetenhaus. Der Kriegsminister v. Moos erhielt das Wort und warf einzelnen Abgeordneten, wie von Unruh und von Sybel, „ganz unberechtigte Annäherung“ vor.

Vizepräsident v. Bodum-Dolffs: Ich muß den Herrn Kriegsminister unterbrechen.

Kriegsminister v. Moos: Ich bitte mich nicht zu unterbrechen.

Vizepräsident v. Bodum-Dolffs (unter Schellen mit der Glocke): Ich habe zu sprechen, und ich unterbreche den Herrn Kriegsminister.

Kriegsminister v. Moos: Ich muß um Verzeihung bitten, ich habe das Wort und werde es nicht fortgeben. (Glocke des Präsidenten.) Ich habe das Wort, das steht mir nach der Verfassung zu, und keine Schelle und kein Binken und keine Unterbrechung. (Glocke des Präsidenten. Ruf: „Zur Ordnung“ und „Schweigen“ und große Unruhe.)

Vizepräsident v. Bodum-Dolffs: Wenn ich den Herrn Kriegsminister zu unterbrechen habe, so hat er zu schweigen (Stimmen rechts Oh! Oh! Lebhaftes Bravo! links) und zu dem Ende bediene ich mich der Glocke, und wenn der Herr Minister dem nicht Folge geben sollte, so verlange ich jetzt, mir meinen Hut zu bringen.

Kriegsminister v. Moos: Ich habe gar nichts dagegen, wenn der Herr Präsident seinen Hut (viele Stimmen links: „Schweigen“) sich bringen lassen will; ich muß aber bemerken... (Große Unruhe und laute Zurufe von links.) Meine Herren, 350 Stimmen sind lauter als eine. Ich verlange mein konstitutionelles Recht. Ich kann sprechen nach der Verfassung, wenn ich will, und es hat niemand das Recht, mich zu unterbrechen.

Vizepräsident v. Bodum-Dolffs (unter wiederholten Zeichen mit der Glocke): Ich unterbreche den Herrn Kriegsminister. Wenn der Präsident spricht, so hat hier jeder zu schweigen, und jeder, der hier im Hause ist, sei es hier unten, sei es auf den Tribünen, er hat dem Präsidenten Folge zu geben, und wenn hier wirklich etwas vorgekommen wäre, was gegen die Ordnung des Hauses verstößt hätte, so würde es meine Sache gewesen sein, das zu rügen. Ich habe das nicht gethan, denn der Herr Vorredner (v. Sybel) hat sich in seinem Rechte befunden. (Bravo! links. Zwischen rechts.) Jetzt ertheile ich dem Herrn Kriegsminister das Wort.

Kriegsminister v. Moos: Ich muß bemerken, daß ich wiederholt protestire gegen das Recht, welches der Herr Präsident der königlichen Regierung gegenüber nimmt. Ich meine, die Besugniss des Herrn Präsidenten geht, wie schon bei einer früheren Gelegenheit gesagt worden ist, bis an diesen Tisch und nicht weiter! (Heftiger Widerspruch links, und Zwischen rechts. Große Unruhe. Der Vizepräsident von Bodum-Dolffs bedeckt sein Haupt, und alle Mitglieder erheben sich, links unter lebhaftem Bravo!)

Vizepräsident v. Bodum-Dolffs: Das heißt, die Sitzung ist für eine Stunde vertagt, meine Herren.

Da das Abgeordnetenhaus dem Ministerium nicht die geforderte Genugthuung gewährte, streikten die Minister und die Auflösung des Hauses war die Folge.

Eine ähnliche Scene hat sich im Reichstage, so fährt die „Vossische Zeitung“ fort, noch nicht abgespielt. Wohl aber ist es vorgekommen, daß der Präsident einem Mitgliede des Bundesraths mittelbar einen Ordnungsruf ertheilte. Der Vertreter des Fürstenthums Lippe erlaubte sich am 14. Mai 1873 maßlose Angriffe gegen einen Abgeordneten. Darauf erhob sich der Präsident Simson und erklärte mit starker Betonung, daß er solche Neuerungen, wenn sie von einem Mitgliede des Reichstages gegen ein anderes ausgesprochen wären, mit einem ausdrücklichen Ordnungsrufe geahndet hätte. Als der Abgeordnete von Hoyerbed eine solchen Ordnungsruf verlangte, da der Präsident Herr im Hause sei und seine Disziplinargewalt bis an die Wände seines Hauses reichen müssen, erklärte Simson:

„Dem eigentlichen Ordnungsruf kann meines Erachtens niemand unterliegen, der nicht an der Wahl des Präsidenten sich betheiligt hat oder doch sich hätte betheiligen können, das heißt niemand, der nicht ein Mitglied des Hauses ist. Wenn in anderen vollvertretenden Versammlungen, wie der preussischen, Mitglieder der Regierung zugleich Mitglieder der Volksvertretung sein können und es sind, so unterliegen sie, wie ich annehme, dem Ordnungsruf des Präsidenten genau so wie andere Mitglieder.“... Ein Mitglied des Bundesraths könne aber nach der Verfassung nicht zugleich Mitglied des Reichstages sein, und deshalb bleibe ihm „um die ihm gestellte und gegen jedermann durchzuführen Aufgabe der Aufrechterhaltung der Ordnung zu lösen, nichts übrig, als erforderlichenfalls denselben Gedanken in zwei verschiedenen Formen auszusprechen.“

**Bundesrath.** In der heutigen Sitzung des Bundesraths wurden die Vorlage betreffend die Abänderung des Statuts für das Archäologische Institut, sowie die Vorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes betreffend die kaiserlichen Schutztruppen für Südwest-Afrika und für Kamerun den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Bezüglich der Vorlagen vom 22. Dezember vorigen Jahres und vom 28. Januar und 9. Februar dieses Jahres betreffend den Erlaß des Poljuschlages für russische Gesandte wurde dem Ausschusstratage gemäß die Zustimmung ertheilt.

**Im Abgeordnetenhaus** gab es heute eine heitere Debatte. Herr v. Köller äußerte sich über die Kunst. Ob Herr v. Köller mehr von der Kunst versteht, wie sein landwirthschaftlicher Kollege — der kürzlich bei einem Abendmahl den berühmten Direktor der Berliner Kunstakademie, Anton v. Werner, mit der verblüffenden Frage: „Malen Sie auch?“ überraschte —, ob Herr v. Köller noch mehr von der Kunst versteht, haben wir leider nicht erfahren können. Aber darauf kommt es ja auch schließlich gar nicht an. Der Mann ist preussischer Minister des Innern, und als solcher redet er eben — so wie über Umsturz und Sozialdemokratie — so auch über die Kunst. Ob er etwas davon versteht, ist Lebensfrage; auch wollen wir gern anerkennen, daß seine heutigen kunstpolitischen Ansichten noch salomonische Weisheitsprüche waren, gegenüber seinen früheren sozialpolitischen.

Die Anregung gab der Zentrumsmann Heereman, der die Regierung aufforderte, das Auge schärfer auf die Kunsttempel zu richten, in denen jetzt Religion und Sitte wie nie zuvor verhöhnt würden. Das löste dem

Minister das Herz. Ja, ja, mir aus der Seele gesprochen, erklärte er. Das Theater hat aufgehört, eine Stätte zur Pflege historischer Erinnerungen zu sein (nach Art der schönen Stücke des Hohenzollern-Garden Wildenbruch). Und dann lagte er erbärmlich über das unverständige Ober-Verwaltungsgericht, daß die verständigen polizeilichen Verbote von Hauptmann's „Webern“ und dergleichen aufschreierischen Stücken wieder aufgehoben hätte. Aber er hoffte, daß so etwas nicht wieder vorkäme, und er habe deswegen mit seinen heutigen Ausführungen den Behörden eine Direktive geben wollen. — Das ist doch eine wahrhaft erschreckende Auffassung der legendenhaften „Unabhängigkeit“ der preussischen Gerichte!

Dann erzählte derselbe Herr Minister noch einiges über seine „Berliner Korrespondenz“. Er gab manhaft zu, daß sie langweilig sei; aber, meinte er, um geistreich zu sein, wäre sie auch nicht gegründet worden, sondern um die Lügen der bösen Zeitungen über die gute Regierung zu widerlegen. Auch bekämen die sogenannten „offiziösen“ Zeitungen nur noch hier und da etwas zugewiesen; im übrigen würde das Geschäft vom „Reichs-Anzeiger“ und der „Berliner Korrespondenz“ allein besorgt. — Ist das nicht der reine „unlautere Wettbewerb“ der guten „Norddeutschen“ etc. gegenüber?

Nächste Sitzung ist Freitag Vormittag. Etat des Kultusministeriums.

**Nachwahl zum Landtage.** Bei der heute im 2. Wahlbezirk (Stagnit-Billfallen) des Regierungsbezirks Gumbinnen stattgehabten Landtags-Erwahl wurden insgesammt 273 Stimmen abgegeben. Davon erhielt Vandrath Dr. Schnauber: Billfallen (L) 234 und Gutsbesitzer Gottschalk-Sauerwalde (L) 39 Stimmen. Ersterer ist mithin gewählt.

**Konservative gegen die Tabaksteuer-Vorlage.** Eine von dem konservativen Verein in Bünde am 17. d. M. einberufene Versammlung von 4000 „königstreuen Männern“, überwiegend Arbeiter und Landwirthe der Grafschaft Ravensberg, richtet die dringende Bitte an die konservative Reichstags-Fraktion, der Tabakfabriksteuer-Vorlage die Zustimmung zu verweigern.

Das Umsturzgesetz wird entweder garnicht oder nur mit Hilfe einer konservativ-kerikaln Mehrheit zu stande kommen, so schreibt der „Hamburgische Correspondent“. Wir registriren diese Prophezeiung, ohne ein Urtheil über ihren Werth abzugeben.

**Die wahren Umstürzler.** Aus Berlin schreibt man der „Rheinischen Zig.“:

„Was das Herz voll ist, des fließt der Mund über.“ Die Wahrheit dieser Worte hatte der Schreiber dieser Zeilen am Freitag Abend in einem Weinrestaurant in der Leipzigerstraße Gelegenheit gründlich zu beobachten.

Saßen da in jenem Restaurant sechs konservative Abgeordnete des Reichs vor einem großen Spiegel unter Palmen und ließen sich gut sein. Nachdem sie schon manchen Schoppen geschloffen hatten, lösten sich ihre Zungen gar prächtig und laut schallten ihre Worte durch das Lokal. Einer war es ganz besonders, der sich hören ließ; einer, der im Mansfelder Gebiet eine große Rolle spielt und zu jenen zählt, welcher in Nidelreden, sobald die Silberwährung in Frage kam, stets besonders „groß“ war. Er war der Held des Abends und gegen die seinem „geistigen“ Auge vor-schwebenden Sozialdemokraten kämpfte er so heftig an, daß seine Nase noch unparfürierter gefärbt erschien, als gewöhnlich. Eben hatte im Eifer des Gesichts einer der sechs Herren eine Bemerkung über die Sozialdemokraten fallen lassen, als der roth angehauchte Ritter St. Georg polternd drein schrie: „Ach was! Wenn die Kerls wüßten, daß sie die Macht hätten, so würden sie heute los schlagen — aber noch haben wir die Macht und noch sitzen unsere Köpfe fester, als denen ihre (sic!), die lieber heute wie morgen fallen sollten!“ Entsetzt über diese Offenheit des rothangehauchten Kollegen, der gar zu lebhaft geworden war, suchten ihn seine Begebenossen zu beruhigen und machten ihn darauf aufmerksam, daß auch andere Leute seine Worte hören könnten, worauf er lächelnd meinte: „Das dürfen sie hören! Jetzt gebt ihnen doch an den Kragen, denn Dr. Lieber hat mir gesagt, daß sie (sollte wohl heißen: das Zentrum) Mann für Mann für uns stimmen würden!“ Uns amüsierte diese Offenheit der Herren, denn sie zeigte, was sie wünschten. Am liebsten wäre es ihnen, wenn die Sozialdemokraten sich zu Probitkörpern für die Kleinallibrigen Hinken hergeben wollten. Im Wein ist Wahrheit. Die lustigen Jecher plauderten ihre Herzensmeinung aus und haben die Wahrheit gesagt. Die deutsche Sozialdemokratie thut aber zu dem Uebrigen und freut sich, auf neue Befähigt erhalten zu haben, daß viele ihrer Gegner, die jetzt ein Gesetz gegen den Umsturz machen helfen, am liebsten einen blutigen Umsturz herbeiführen würden — wenn — ja wenn die Sozialdemokratie dumm genug wäre, ihrem Wunsche zu entsprechen.“

**Der deutsche Adelstag** erklärte, daß das Königthum aus einem ständischen zu einem sozialen werden müsse um mit voller Energie in den Kampf für Religion, Sitte und Ordnung einzutreten.

Wie reimt sich ein soziales Königthum mit der Umsturzvorlage? Wir sind zwar nicht adelig, denken aber logisch und können dies deshalb nicht zusammenreimen. —

**Zum Fall Becker.** Das Generalkommando des 11. Armeekorps in Kassel verurtheilt auf grund des § 11 des Preßgesetzes mit Bezugnahme auf die auch in unserem Blatte erschienenen Artikel mit der Spitzmarke: „Es geht auch ohne Umsturzgesetz“ bezw. „Zur Verurtheilung unseres Genossen S. Becker“ folgende Verurtheilung:

„Der vormalige Kanonier S. Becker ist nicht unschuldig, sondern weil er mit der Zigarre im Munde zum Kaffee-Empfangen angetreten ist, disziplinarisch mit 3 Tagen mittleren Arrest bestraft worden, und seine Verurtheilung zu 3 Jahren Gefängnis ist nicht wegen der Kritik des Beschwerderechts erfolgt, sondern wegen einer Reihe von Neuerungen, durch welche er sich in größtmöglicher Weise gegen § 102 Militär-Str.-G. vergangen hat. Der kommandirende General: Wittich.“

Die zahlreichen in die Geheimnisse des Militär-Straf-prozessverfahrens nicht eingeweihten deutschen Reichsbürger werden die Anwendung des höchsten Strafmaßes in diesem Falle nicht begreifen. —

**Wie sich die Zeiten doch ändern.** Herr Dr. Lieber gilt heute als der Führer des rechten Flügels seiner Partei, obwohl noch bei Gelegenheit der letzten Militär-Vorlage gerade dieser Herr es gewesen sein soll, der die Herren Graf Ballestrem und Freiherr von Quene wegen ihrer Liebäugelei mit der Regierung aus dem parlamentarischen Leben hinausgedrängt hat. Heute antichambriert Herr Dr. Lieber bei Hofe und soll er sich schwer geärgert haben, daß er bei seinem letzten Vorsein übersehen und der Graf Doensbroeck bevorzugt wurde.

Angesichts dieser neuesten Neigungen des vielgenannten Zentrumsführers ist es vielleicht von Interesse, an eine

Äußerung desselben Herrn zu erinnern, welche beweist, daß er früher seine Blicke in sehr entgegengegesetzter Richtung richtete. Es war am 8. Mai 1878, wo Herr Dr. Lieber im Reichstag bei Gelegenheit der Abwehr eines Angriffs des Herrn v. Hellborn sich äußerte wie folgt:  
„Wenn er (Herr v. Hellborn) und aber in dieser unserer Thätigkeit das Motiv des Kettentrens mit der Sozialdemokratie neuerdings unterscheidet, so ist ja die Phrase von der Verdrängung der schwarzen und roten Internationalen eine längst abgedroschene; sie ist, wenn sie hier erneuert wird, offenbar nur Verlegenheitsbehebel und ganz sicher auch ohne jede Erwiderung ein Schlag ins Wasser; und schließlich stehe ich auch nicht an, zu erklären: wenn ich die Wahl treffen müßte, ob mit dem Ad-geordneten von Hellborn oder mit dem Herrn v. Hellborn, ich entschiede mich immer noch lieber für das erste, als für das letzte.“  
Der stenographische Bericht verzeichnet an dieser Stelle „Große Heiterkeit. Bravo! im Zentrum.“

**Auch ich bin Bauer!** hat der erste Ex-Kanzler dem Bund der Landwirthe sagen lassen. Vor 20 Jahren, als der Betreffende noch nicht Ex war, rief er im Reichstage einmal aus: Auch ich bin Schnapsbrenner! Beide denkwürdigen Worte werden hoffentlich nicht in dem Album fehlen, das die Ransich-Bürgerbriefe, hübsch eingebunden, enthalten soll.

**Der Agrarische Staatsrath.** Die Regierung hat es mit der Ausrufung des vielgenannten Staatsrathes nicht allzu eilig. Die „Nordd. Allg. Bzg.“ schreibt heute Abend: Die königliche Staatsregierung beabsichtigt, den Staatsrath zur Verathung über die agrarischen Fragen so bald wie möglich zu berufen. Die hierzu nothwendigen unerlässlichen Vorbereitungen werden allerdings kaum gestatten, daß der Staatsrath vor dem 11. März wird verammelt werden können.

**Die Agrarier unter sich.** Eine bemerkenswerthe Äußerung ist dem konservativen Abgeordneten v. Podbielski, der bekanntlich zur Zeit gegen den russischen Handelsvertrag gestimmt hat, da derselbe den Untergang der deutschen Landwirtschaft herbeiführt, auf der Hauptversammlung der Vereinigung deutscher Schweinezüchter am Donnerstag entchlüpft. Der konservativ Herr gestand offen ein, daß er die Ueberhälle bei seiner Schweinezucht im letzten Jahre nur dadurch erreicht habe, daß es ihm möglich war, die in Folge des Handelsvertrages im Preise gesunkene russische Gerste billig zu kaufen. Wenn auch die Verträge im nationalen Interesse zu verwerfen seien, so solle man doch die Verhältnisse ausnutzen und nicht die vom Auslande angebotene billige Gerste von der Hand weisen.

**Erhöhung des Gemüse- und Sauerkraut-Preises** fordert der eben in Neuß a. Rh. tagende Kongress der Sauerkraut-Fabrikanten.

**Der Zentralverband deutscher Industrieller** hielt am Mittwoch hier in Berlin eine Zusammenkunft, auf der auch über die Arbeiterbewegung gesprochen wurde. Der Generalsekretär des Verbandes, Herr Wueck, führte aus, daß die augenblickliche Ruhe in der Lohnbewegung zurückzuführen sei auf die allgemeine wirtschaftliche Lage, welche Aussicht auf Erfolg den Agitatoren nicht eröffne. Wenn die sozialdemokratische Bewegung in den letzten Jahren so bedeutenden Umfang angenommen habe, so sei dies mit auf Rechnung der Förderung zu setzen, welche die sozialistischen Ideen von den Vertretern der Wissenschaft und Geistesfreiheit erfahren haben und noch erfahren. In dem Bestreben, das Wohl der arbeitenden Klassen zu fördern, sei die Industrie mit diesen Herren einig, wenn auch nicht in allen Punkten mit den Mitteln, die vorge schlagen werden; vor allem aber stelle sich das Tempo, welches sie eingeschlagen wissen wollen, als unheilvoll für unser ganzes Erwerbsleben heraus. Jedner behandelte sodann die Bedenken gegen die Bestrebungen auf Verleihung der Korporationsrechte an die Arbeiterorganisationen, die Arbeiterausschüsse und Arbeiterkammern. Ein geeignetes Mittel gegen die Arbeitslosigkeit sei die Errichtung des Arbeitsnachweises und würde dieselbe überall zu fördern sein. Allein auch hier sehe man, wie die Sozialdemokratie sich dieses Nachweises zu bemächtigen glaube, um die Arbeitgeber unter ihr Joch zu spannen. Ein bedauerliches Beispiel hierfür biete der Arbeitsnachweis der Brauer, die schon jetzt nicht mehr Herren im eigenen Hause seien. Die Sozialdemokratie habe bereits über 3000 Arbeitsnachweiskstellen, die sie in großartiger Weise zur Propaganda ihrer Bestrebungen ausnütze.

Genug! Wir kennen die Weisheit, wir kennen den Text, wir kennen auch den Verfasser. Der Verfasser ist Herr v. Stumm, und man sieht hier wieder einmal, daß Herr v. Stumm nicht nur in seinem Namen spricht, wenn er seine berückeligen Reden im Reichstag hält, — wie böswillige Menschen von ihm behaupten.

**Das Ende der Spähle- und Aukersfreund-Geschichte.** Das Reichsgericht verwarf die Revision der Redakteure der „Westdeutschen Zeitung“, Klefer und Zimmermann, welche am 20. November 1894 vom Kölner Gerichtshof wegen Beleidigung des Staatssekretärs Herr v. Marschall verurtheilt worden waren; ebenso wurde die vom Staatsanwalt in der gleichen Angelegenheit eingelegte Revision verworfen.

**Ein Demokrat Präsident eines deutschen Parlaments.** Die württembergische Kammer der Abgeordneten wählte Bayer mit 52 demokratischen, sozialdemokratischen und Zentrum-Stimmen zum Präsidenten; die freie Vereinigung, welche sämtliche Nichtdemokraten und nicht dem Zentrum angehörige Abgeordnete gebildet haben, besteht aus 38 Mitgliedern.

**Die Nationalliberalen in Württemberg** haben seit ihrer Wahlübernahme entschieden Pech. Wie ja schon berichtet, wurden bis jetzt zwei Wahlen deutschparteilicher Abgeordneter angefochten und als dritter im Bunde soll der deutschparteiliche Fabrikant Kraus figurieren. Die Wahl desselben, der in der Stichwahl mit 45 Stimmen mehr über die Volkspartei im Bezirk Heutlingen-Amt siegte, soll von letzterer angefochten werden, weil in Pfälzingen (wo die Fabrik des Herrn Kraus steht), junge Leute unter 25 Jahren in der Wählerliste gestanden haben.

**Milde Sitten.** Ein Telegramm aus Prag vom heutigen Tage besagt:  
Aus der Mitte eines Trupps von etwa 25 Gewerbeschülern heraus wurde gestern Nacht ein schwerer Gegenstand gegen die Fenster der Wells-Resourse geschleudert; derselbe prallte an dem Fensterrahmen ab. Ein zweites Wurfgeschloß, das sich als ein zugefälltes Bruchstück einer Thür-Linke herausstellte, drang in ein Zimmer, in welchem sich der Statthalter mit mehreren Herren befand.

Wie zahm doch die Menschen geworden sind! Im Jahre des Herrn 1896 wiesfen Plebejer von unten nach oben eine alte Thürflinte durchs Fenster, um politisch zu demonstrieren; und vor 27 Jahren — im Jahre des Herrn 1618 — warfen die Herren Aristokraten in demselben Prag von oben nach unten durchs Fenster — drei Stöck hoch — zwei ganze lebendige kaiserliche Soldaten — auch um politisch zu demonstrieren. Wir wollen hoffen, daß der Thürflintenwurf der 25 Prager Gewerbeschüler nicht so schlimme

Folgen haben wird, wie 1618 der aristokratische Menschenwurf, der bekanntlich den Anfang des dreißigjährigen Krieges bildete.

**Einen außerordentlichen Kongress** haben die belgischen Sozialisten auf nächsten Sonntag, den 24. Februar nach Brüssel berufen.

Die Fragen, mit denen der Kongress sich beschäftigen wird, sind:

1. Das geplante reaktionäre (dem preussischen nachgeahmte) Gemeindegesetz;
2. die Arbeiterpartei und die Annerexionen;
3. die Annerexion des Kongostantes; und
4. die Haltung der Arbeiter gegenüber der Regierung.

**Zum Lütticher Anarchistenprozess.** Der „Köln. Bzg.“ wird aus Lüttich geschrieben:

Justizminister Begemann besuchte vorgestern mit dem Direktor der belgischen Sicherheitspolizei de Latour das hiesige Gefängnis, in welchem die verurtheilten sieben deutschen Anarchisten der Entscheidung über das von ihnen eingereichte Revisionsgesuch harren. Der Minister begab sich in die Zellen von Westkamp und Müller, die bekanntlich zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilt sind. Westkamp behauptete wiederholt seine Unschuld und erklärte, das Erkenntnis habe ihn so erschüttert, daß er zu keiner Arbeit mehr fähig sei. Müller zeigte sich gleichgültig, wie er denn überhaupt einen sonderbaren Wechsel der Gesinnung bekundet. Nach seiner Verurtheilung schrieb er an seine Mutter, zu der er stets eine große Zärtlichkeit bekundet — sein Vater ist während der Gerichtsverhandlung gestorben —, daß er sich durch den russischen Baron habe verleiten lassen und zum eigenen Verderben zudem die Schuld der übrigen Angeklagten auf sich genommen habe. Müller hat wegen seiner gerichtlichen Ausfagen große Angst vor der Rache der Lütticher Anarchisten und behauptet, wenn er je aus dem Gefängnis käme, seines Lebens keine Stunde mehr sicher zu sein. Einiges Geld, das er durch Arbeit im Gefängnisse verdiente, hat er seine Mutter gesandt.

Es wird ferner aus Lüttich telegraphirt:  
Der Präsident des Wissenhofes hat gestern eine Aufforderung erlassen, wonach Jagokowitsch, alias Baron Ungern-Eternberg, in Petersburg, Cornelissen, Journalist in Amsterdam und Blegen, Journalist in Maasricht, aufgefordert werden, binnen acht Tagen vor dem Wissenhof in Lüttich zu erscheinen, um sich über die ihnen zur Last gelegten Verbrechen zu verantworten. Da voraussichtlich keiner derselben erscheinen wird, soll die Verurtheilung in contumaciam erfolgen und die Verhandlung ohne Geschworene stattfinden.

**Giolitti.** Aus Rom wird telegraphirt:  
Die Blätter beschäftigen sich mit der Rückkehr Giolitti's. Die Oppositionsorgane sprechen die Ansicht aus, Crispi werde es nicht wagen, Giolitti verhaften und verurtheilen zu lassen. In parlamentarischen Kreisen erwartet man dagegen die Verhaftung des früheren Rabinetschefs.

**Der Prozess gegen Saverio Merlino.** Aus Florenz schreibt man uns unterm 19. Februar: Gestern begann hier der Prozess gegen den bekannten Anarchisten, Advokaten Saverio Merlino aus Neapel. Er ist der Sohn eines Gerichtsraths, der Bruder eines Staatsanwalts. Seit 1876 ist er für den Anarchismus thätig. Der Schwurgerichtssaal war dicht gefüllt. Aus der Anklageschrift ist ersichtlich, daß Merlino mehrere Preßvergehen beschuldigt wird, die in zwei Artikeln enthalten sein sollen, welche in der in Prato (Provinz Florenz) erscheinenden „Tribuna dell' operaio“ und in einer in Brüssel gedruckten und von Domenico ins Italienische übersehten Flugschrift erschienen sind. Wegen dieser „Verbrechen“ wurde Merlino im Kontumazialverfahren zu sieben Jahren Gefängnis verurtheilt. Merlino wies nach, daß der inkriminierte Artikel aus der Flugschrift abgedruckt wurde; er konstatierte daher, daß er wegen eines einzigen „Verbrechens“ zweimal angeklagt sei. Der andere Artikel, sagte er, sei ohne sein Wissen aus der von ihm in Neapel geleiteten „Voce degli oppressi“ abgedruckt worden; er könne also weder wegen der Flugschrift, noch wegen der Artikel in Italien verurtheilt werden. Dann giebt er, unter lebhaften Unterbrechungen seitens des Präsidenten, eine Erklärung seiner Theorien. Auf den Ausgang des Prozesses ist man sehr gespannt. Merlino wird von den Anwälten Pucci, Di Fazio und Muratori und von dem sozialistischen Abgeordneten Professor Ferri vertheidigt.

**Das englische Ministerium** hat sich noch immer nicht zur Auflösung des Parlaments entschließen können. Ueber die Verhandlungen des letzten Ministerraths wird zwar das strikteste Geheimniß beobachtet, allein, wenn die Herren Rosebery und Goschen es als unumgänglich erkannt hätten, mit einer Majorität von 8 Mann fortzuregieren, dann müßten wir dies jetzt doch wissen. Die Herren Liberalen wollen offenbar ihre Salgenfrist aufs äußerste verlängern und inzwischen Stimmengang treiben. Daß ein Kabinett sich so feig vor der Auflösung „gedrückt“ hat, ist in England noch nicht vorgekommen. Kein Wunder, daß die Verachtung für die Liberalen fortwährend im Steigen ist.

**Ruhestörungen an der Petersburger Universität.** Nach einer Depesche der „Agence Havas“ aus Petersburg haben an der dortigen Universität ernste Ruhestörungen stattgefunden, bei denen es zu einem Zusammenstoß zwischen der Polizei und den Studirenden kam; es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen und die Ruhe später wieder hergestellt.

**Prinz Ferdinand in Athen.** In Bulgarien triffelt es jetzt aber ganz bedenklich. Schon vor Tagen drangen allerlei unkontrollirbare Erzählungen in die Oeffentlichkeit, Fürst Ferdinand befände sich auf der Flucht ins Ausland und dergleichen. — Erzählungen, die sich nachher als nicht korrekt herausstellten, von denen man aber auch niemals erfährt, aus welchen thatsächlichen Vorgängen heraus sie sich etwa erklären. Jedenfalls sind solche Gerüchte auch ein Zeichen für die dem „Fürsten“ sehr wenig geneigte Volkstimmung und dafür, daß überall das höchst unsichere der Lage empfunden wird. — Besonders ist es die behändig schwankende Haltung des Fürsten, ob die bisherige Stambulow'sche Unabhängigkeitspolitik fortgesetzt, oder ob Bulgarien gewissermaßen unter russische Oberhoheit gestellt werden soll, wie es Batakow will. — Der bulgarische Korrespondent der „Bosn. Zeitung“ charakterisirt die Verhältnisse unterm 17. d. M. folgendermaßen:

Die Lage spitzt sich mit jedem Tage mehr zu, und das Ultimatum Jankow's, daß in dem Vorschlage gipfelt, daß die auswärtige Politik Bulgariens in die Hände Rußlands gelegt werden soll, wird den Prinzen von Rudburg bald nöthigen, sich nach Rechts oder Links zu entscheiden. Die Agitation der oppositionellen Parteien wird zusehends immer heftiger und maßloser, so daß das Ministerium Stollow kaum noch lange mit den normalen Mitteln auskommen dürfte. Zunächst dürfte man es mit dem Belagerungsstand und dann mit der Militärdiktatur versuchen.

Ein vertrauliches Bülletten Stoilow's an die Kreisvertheiler, das durch ein oppositionelles Blatt aus Tageslicht befördert wurde, verräth deutlich, daß es der Regierung ganz

unheimlich zu Muthe ist. In dieser geheimen Ordre heißt es u. a.: Ich beauftrage Sie, die strengsten und energichsten Maßregeln zu ergreifen, um die Abhaltung von Versammlungen und die Abwendung von Petitionen an den Fürsten seitens der Opposition zu hindern. Jede Versammlung von Oppositionellen ist unbedingt aneinanderzujagen. Insbesondere müssen Sie auf die Anhänger Stambulow's und Radoslawow's ein wachsames Auge halten. Kontrolliren Sie auch streng die Haltung der Offiziere, unter welchen sich viele der Regierung abgeneigte Personen befinden und benachrichtigen Sie mich sofort telegraphisch, falls Ihnen ein Offizier verdächtig vorkommt.“ Es scheint fast, als ob die Regierung beforgen würde, daß Stambulow und Radoslawow zum zweiten Male mit Hilfe eines Theiles der Armee einen antirussischen Putsch durchführen könnten.

**In Egypten** ist man der englischen Vormundschaft gründlich müde. Die „nationale“ Bewegung, die 1882 von den Engländern — unter der Regierung des „demokratischen“ Gladstone im Blut erstickt wurde, scheint wieder aufleben zu wollen. Natürlich werden die auf Englands dominierende Stellung in Egypten eifersüchtigen Franzosen nicht darauf bedacht sein, die Schwierigkeiten der Engländer zu vermindern.

**Die vorausichtlichen Folgen des chinesisch-japanischen Krieges.** Der amerikanische General und Politiker Lew Wallace, ein Kenner der asiatischen Verhältnisse, schreibt im „Shanghai Mercury“:

Die Japaner werden unweifelhaft die Chinesen schlagen, so weit als es ihnen gestattet werden wird zu gehen. Aber wenn die Chinesen geschlagen sind, was wird dann geschehen? China wird erfahren, daß man es nicht länger stillsitten lassen wird, daß die Diplomatie es nicht retten wird, daß es sich durchkämpfen muß, und es wird dann anfangen moderne Ideen anzunehmen. Darin liegt für den Handel eine Bedrohung der westlichen Welt. China wird seine Wiedergeburt nicht auf das militärische Gebiet beschränken. Es wird ein Faktor im Welthandel werden. Wenn Kalifornien gefunden hat, daß der Chinese, der für 1 Doll. (4 M.) Tagelohn arbeitete, ein gefährlicher Konkurrent war, was wird die übrige Welt erleben, wenn der Chinese in seiner Heimath für 5—10 Cents (20—40 Pfg.) Tagelohn arbeitet? Man nehme an, daß infolge des jetzigen Krieges die Chinesen sich genüthigt sehen, Fabrication zu treiben, wie können die übrigen Nationen der Welt mit ihnen konkurriren? Kann Amerika, ja kann selbst das überdörferte Europa mit seinen niedrigen Löhnen damit überhaupt noch konkurriren? Wir sprechen schon jetzt von Ueberproduktion: wie wird es erst sein, wenn China, bis jetzt ein großer Markt für die Einfuhr, selbst ein großer Produzent wird?

Die „Kreuzzeitung“, der wir diesen Auszug entlehnen, rühmt sich, schon wiederholt auf die in der Zukunft drohende Konkurrenz Chinas hingewiesen zu haben. Das hindert aber nicht, daß die nämliche „Kreuzzeitung“ nach der letzten Etatsrede Liebknecht's, in welcher derselbe auf diese Verchiebung des Weltmarktes hingewiesen hatte, in das blöde Gelächter einstimmte, mit welchem die betreffende Voraussage von der Reichstagsmajorität aufgenommen wurde.

**Aus China und Japan** liegen heute die folgenden Meldungen vor:

**Tientsin, 21. Februar.** Ein kaiserlicher Befehl vom 19. d. M. giebt bekannt, daß Jaotai Kung und der General Jehichicao von dem Kriegsrathe zu Gefängnis bis zum Herbst verurtheilt wurden; alsdann sollen sie wegen des Verlustes von Fort Arthur hingerichtet werden.

**Hiroshima, 21. Februar.** Eine amtliche Depesche meldet: Am 17. Februar machten die Chinesen einen Angriff auf Ramotscheng in der Mandschurei und wurden mit Hinterlassung von 30 Todten zurückgeschlagen. Die Japaner hatten keine Verluste. Nach Aussage Gefangener war eine Truppe von 3000 Fußsoldaten und 100 Reitern mit 8 Geschützen unter dem Oberbefehl des General Schlung von Pianjang zum Angriff auf Ramotscheng abgeschickt worden; den Angriff am 17. d. Mts. hatte die aus 1000 Mann Infanterie und 30 Reitern bestehende Vorhut ausgeführt.

Aus Quitscheng vom 17. d. M. ist folgende Depesche des Generals der Kavallerie Kasura eingegangen: Die Stellung des Feindes bei Nintschuang ist unverändert; die feindlichen Truppen bei Pianjang beginnen vorzurücken.

**Hiroshima, 20. Febr.** Eine amtliche Depesche meldet: Die gesammte japanische Flotte ist Sonntag in den Hafen von Weihaiwei eingelaufen. Die Forts, alle Torpedobolzer, zehn chinesische Kriegsschiffe und die gesammte Garnison wurde den Japanern übergeben. Das chinesische Schiff „Kuangtschi“ wurde, nachdem es abgerüstet war, den Chinesen zum Transport der Leiche des Admirals Ting nach Tschifu übergeben.

**Tokio, 20. Februar.** Der bei dem japanischen Landtage beantragte neue Kriegskredit beträgt nicht 10 Millionen, sondern 100 Millionen Yen. Falls derselbe vom Landtage bewilligt wird, belaufen sich damit die gesammten bisherigen Kriegsauslagen auf 250 Millionen Yen.

## Parteinachrichten.

**Aktion, Parteigenossen aus dem Wahlkreis Straßburg-Nügen-Franzburg!** Unsere Bewegung in dem Wahlkreis Straßburg-Nügen-Franzburg ist eine verhältnismäßig schwache. Die Landbevölkerung ist in einer zu abhängigen Lage. Die ganze Agitation ruht auf den Schultern einiger weniger Genossen in Straßburg, der einzigen größeren Stadt in dem Kreis. Aber auch deren Bewegung ist infolge der zu geringen Geldmittel eine äußerst beschränkte. Wollen wir unsere Anhängerschaft in dem Kreis vermehren, so gilt es von hier aus heftig einzugreifen. Wir können das infolge unserer vielfachen Beziehungen und Verbindungen, die wir nach dort unterhalten, wir müssen das, weil die politische Konstellation eine Reichstags-Auflösung als nicht unwahrscheinlich erscheinen läßt.

Nachdem in der am vergangenen Sonntag stattgehabten Verbesprechung eine erfreuliche Uebereinstimmung bezüglich der Nothwendigkeit der Gründung eines Agitationsvereins für Straßburg-Nügen-Franzburg zu Tage getreten ist, ersuche ich alle Landleute aus dem genannten Wahlkreis, sich in der zu Sonntag, den 24. d. M., abends 5 Uhr, bei Köllig, Neue Friedrichstr. 44, zum Zwecke der Vereinsgründung anberaumten Versammlung zahlreich einzufinden bzw. für zahlreiche Besuch derselben zu agitieren.  
D. Vietz, Mammelerstr. 26, 3 Tr.

**Die Wahlagitation im Kreis Schwewe-Witzenhausen-Schmalldeden** wird jetzt mit großer Lebhaftigkeit geführt. Alle Parteien rüsten sich zum letzten Ansturm. Am nächsten Sonntag findet seitens unserer Partei die letzte Flugblattvertheilung statt. In einer Auflage von 50 000 Exemplaren soll dasselbe über das ganze Land verbreitet werden. Unser Genosse Mattiata-Verlin hält sich noch immer im Kreis auf, um den Kandidaten der Sozialdemokratie zu unterstützen.

**Wahlkreis-Konferenz.** In Wilsler fand am 17. Februar eine Wahlkreis-Konferenz für den 5. schleswig-holsteinischen Wahlkreis statt. Anwesend waren 19 Delegirte aus 12 verschiedenen Ortshausen, Viena-Neumünster als Delegirter der Agitationskommission. Der Vertrauensmann G. Kellermann erstattete Bericht und hob hervor, daß das finanzielle Ergebnis ein besseres wäre als das des Vorjahres. Die Einnahme betrage 1704,95 M., die Ausgabe 1411,40 M., gegen das Vorjahr eine Mehrerinnahme von circa 500 M. Flugblätter wurden 10 000, die „Nordwacht“ 20 000, der Kalender in 8000 Exemplaren vertheilt. Die

„Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ hat 621, die „Nordwest“ 224 Abonnenten, ohne die Postabonnenten; außerdem wurden jedes Mal 841 Exemplare vom „Wahren Jakob“ und 119 vom „Süddeutschen Postillon“ verkauft. Aus den Berichten der einzelnen Delegierten ist zu entnehmen, daß überall die Lokale zur Abhaltung von Versammlungen nicht zu haben sind. Insbesondere hat in Lägerdorf seit Jahren keine Volksversammlung stattfinden können. Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeiter ist dort so stark, daß sie einen wertvollen Bogen nicht durchführen können, um die Lokale zu erhalten. Ueber Organisation und Agitation hielt Genosse Martille-Hamburg einen kurzen Vortrag. Der Antrag, auch in diesem Jahr den „Volkskalender“ wieder zur Verfügung zu bringen, wurde angenommen. Als Kandidat des Wahlkreises wurde Genosse Martille wieder aufgestellt. Als Vorort wurde Jhehoe, als Vertrauensmann des Kreises Genosse Kellner-Jhehoe wieder gewählt. Auf Antrag der Genossen in Kellinghusen findet dort die nächste Konferenz statt.

**Zum badischen Parteifreie** nahm eine Versammlung des Wahlkreises Sulach Stellung durch folgende Resolution: Die badischen Genossen erklären den Streit Dr. Hädt contra Dreesbach als einen persönlichen und fordern die Parteipresse im Interesse der Partei auf, den Streit bis zum nächsten badischen Arbeitertag einzustellen, welcher über diese Angelegenheit endgültig entscheiden wird.

**Affordarbeit in Parteigeschäften.** In der letzten Versammlung des sozialdemokratischen Wahlkreises zu München wurde die Anfrage gestellt: „Wie verhält sich der Verein gegenüber dem Parteitagbeschlusse, daß in Parteigeschäften die Affordarbeit abgelehrt werden soll.“ Dieser Anregung folgt eine äußerst lebhaft diskutierte, in der einstimmig der Wunsch nach Abschaffung der Affordarbeit laut wurde, von den Genossen Reghäuser, Kiefer, Anders und Göschl die großen, in der Herstellungsweise der „M. Post“ beruhenden technischen Schwierigkeiten, die der Abschaffung entgegenstehen, und die Unmöglichkeit, dies jetzt sofort zu thun, betont wurden. Zum Schluß fand ein Antrag des Genossen Schlegel, wonach die Abschaffung der Affordarbeit in der „M. Post“ angestrebt werden soll, Annahme.

**Gleiches Recht für Alle.** In Plauen i. V. fand vor einigen Tagen eine zahlreiche Versammlung konservativer Vertrauensmänner aus dem 18. Wahlkreise Zwickau und dem Vogtlande statt, zu der sich auch die Vorstehenden des Landesvereins, die Herren Generalkonful Dr. Schöder und Generalkonfulent z. P. v. Rositz, eingefunden hatten. In der dreistündigen Verhandlung wurden die politischen Verhältnisse in den betreffenden Wahlkreisen ausführlich erörtert, Vorschläge zur Begründung neuer konservativer Vereine gemacht und beschlossen, eine energische Agitation zur Förderung der konservativen Bestrebungen ins Werk zu setzen. Das konservative „Vaterland“ freut sich, daß alles so schön glatt abgegangen und hofft, daß von diesem Tage an (9. Februar) sich ein neuer Aufschwung der konservativen Partei im Vogtlande herleiten wird. — Uns befremdet nur, bemerkt hierzu unser Zwickauer Parteiorgan, daß sich die Vertrauensmänner auch aus dem 18. Reichstagswahlkreise (Zwickau) zahlreich eingefunden hatten. Freilich, die konservative Partei hat man im Wahlkreise nicht aufgelöst wie die sozialdemokratische, deren Vertrauensmänner man als „regelmäßige Verbindung“ im Sinne des Vereinsgesetzes erklärte. Die konservativen Vertrauensmänner kommen auch bei Gelegenheiten, wie zu Zeiten der Wahl, vor der Wahl u. s. w. zusammen, während andererseits die „regelmäßige Vereinigung sozialdemokratischer Vertrauensmänner bei regelmäßig wiederkehrenden Ereignissen“ durch nichts bewiesen war. Fest steht dort wie hier, nur die bleibende Institution der Vertrauensmänner, das „System“, das übrigens die Konservativen erst nach der sozialdemokratischen Schablone bei sich eingeführt haben. Außerdem das Zusammen-treten dieser Vertrauensmänner dort wie hier bei gewissen Gelegenheiten. Unter diesen Umständen und weil die Konservativen nach dem „gleichen Recht für Alle“ auch nicht einen deut vor den Sozialdemokraten voraus haben, sind wir auf die Antwort gespannt, welche die Kreisvorsitzmannschaft Zwickau als Oberbehörde auf die eingereichte Beschwerde unseres Zwickauer Genossen Schmidt gegen das Verbot der sozialdemokratischen Partei ertheilen wird.

**Die „gereinigte“ Feuerwehr von Mittweida,** die nach der aufgelösten sozialistisch „vergifteten“ ins Leben gerufen wurde, scheint sehr an Mitglieder-mangel zu leiden, denn, wie die „Sächs. Arb. Ztg.“ mitteilt, macht schon jetzt das Kommando bekannt, daß Mannschaften gesucht werden. Schließlich sind sie froh, wenn die Sozialisten wieder kommen. Das dürfte allerdings schwerlich geschehen.

**Die österreichische „Pressefreiheit“** treibt merkwürdige Blüten. Die italienische Uebersetzung des Bebel'schen Buches „Die Frau und der Sozialismus“ ist in Triest verboten worden. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ bemerkt dazu: „Die „Frau“ von Bebel ist ein Buch, das heute in 80 000—90 000 Exemplaren verbreitet ist und in Wien in jeder Auslage zum Verkauf ausgestellt wird. Es ist daher selbstverständlich, daß wenigstens ein Gericht in Oesterreich von den vielen, welche über Pressefreiheit zu wachen haben, es verboten hat. Die sozialistische Literatur wird durch diese Verbote auf besondere Weise geehrt.“

**Totenliste der Partei.** Am 15. Februar starb im Krankenhaus zu Biedrich Genosse Karl Margare (Tischler) im Alter von 24 Jahren an der Schwindsucht. Obwohl noch jung, lernte er die Schäden unserer heutigen Gesellschaftsordnung früh erkennen und trat mit Eifer und Opfermuth für die Verwirklichung der sozialistischen Idee ein. Bei der Beerdigung, die am Sonntag stattfand, fanden sich auch Genossen von Mainz und Wiesbaden ein, um durch Niederlegen von Kränzen auf Grab dem in so jungen Jahren dahingegangenen Kämpfer die letzte Ehre zu erweisen. Die Biedricher Genossen werden ihm ein treues Andenken bewahren.

Am Dienstag, den 19. d. M., wurde der Genosse Schriftfeger Emad Engler zu Schwi e b u s zur letzten Ruhe gebracht. Derselbe starb an der Proletarierkrankheit im Alter von 31 Jahren. Zahlreiche Genossen gaben ihm das letzte Geleit. Es widmeten ihm Kränze der A. B. V., der A. G. F. und die deutsche Holzarbeiter-Jahreshefte.

**Polizeiliches, Gerichtliches etc.**  
— Die Agitation auf dem Lande wird sehr oft von untergeordneten Polizeiorganen in der Weise gestört, daß sie, ohne irgend ein Recht dazu zu haben, Flugblätter u. s. w. wieder einsammeln. In dieser Weise hat sich auch der Polizeifergeant Engel in Pinneberg um den Staat verdient gemacht, indem derselbe in verschiedenen Gastwirthschaften die an die Gastwirthe vertheilten Flugblätter einsammelte, worauf dann Klage wegen öffentlichen Verbreitens von Flugblättern gegen den Vertrauensmann, Genossen Preuß, erhoben wurde. In der am Freitag stattgefundenen Schöffengerichtverhandlung wurde durch Zeugen bestätigt, daß der Angeklagte in den betreffenden Gastwirthschaften keine Flugblätter vertheilt hatte, worauf kostenlose Freisprechung erfolgte. Die Ordnungshütern hatten diesmal entschieden Pech.

— Eine Untersuchung auf Grund der §§ 114 und 130 des R. St. G. B. ist gegen Genosse Dietrich, Bürgerausschuß-Mitglied in Stuttgart, eingeleitet worden. Das Vergehen soll Genosse Dietrich in einer öffentlichen Versammlung in Ulm am 27. Januar begangen haben, und wurde schon eine Anzahl Zeugen vor dem Ulmer Amtsgericht vernommen.

## Soziale Uebersicht.

**Die Zentralanstalt für Arbeitsnachweis in Mannheim** hat laut Jahresbericht seit ihrer Gründung bis zum 31. Dezember 1894 (17 Monate) im ganzen 19 471 Vermittlungsgeschäfte bestritten und zwar 5906 Arbeitgeber und 7656 Arbeitnehmer. Von letzteren waren es 5937 männliche und 1921 weibliche Personen. Nach auswärts gingen hiervon 1309 Arbeitnehmer, meist Handwerker und Arbeiter, deren Einstellung brieflich vermittelt wurde. Letzteres ist eine Folge der Veröffentlichung des Arbeitsmarktes in mehreren auswärtigen Zeitungen. Die Zahl sämtlicher thatsächlichen Vermittlungen dürfte demnach aus oben erwähnten Gründen mindestens 18 000 sein. Die eingeschriebenen Nachfragen von Arbeitnehmern sind 24 118.

**Arbeiterentlassungen.** Auf Zeche „Vereinigte Selterbeck“ wurden weitere Arbeiterentlassungen vorgenommen. Auf Schacht „Carnall“ ist 38 und auf Schacht „Müller“ 12 Mann gekündigt worden. Die Zeche „Friederle“ hat den Betrieb der Briquettsfabrik eingestellt und mehrere Arbeiter gekündigt. — Das Kohlen Syndikat zu Essen hat vor kurzem 50 Schreiber entlassen.

**Der Vorstand des Verbandes evangelischer Arbeitervereine von Rheinland und Westfalen** verhandelte in seiner letzten Sitzung in Dortmund über die Stellungnahme zum Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter. Es wurde beschlossen, an dem früheren Beschlusse festzuhalten, der dahin ging, daß die evangelischen Arbeitervereine sich dem Verein gegenüber neutral verhalten und es den einzelnen Mitgliedern überlassen, ob sie beitreten wollen oder nicht. Es wurde dabei dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß hervorragende Führer (Vize-Vorstand, M. Glöckner) diesen Beschlusse nicht achten und für den Gewerkeverein agitatorisch eintreten. — Der evangelische Arbeiterverein Elberfeld fordert in einem Antrage an den Vorstand, daß derselbe sich für den Befähigungsnachweis der Handwerker, für obligatorische Zimmungen etc. ausspricht. Der Vorstand beschloß, der Sache näher zu treten.

**Nahrungsmittelfälschungen.** Das chemische Untersuchungsamt in Breslau hat im verfloffenen Berichtsjahre Untersuchungen von gedörrtem Fleisch vorgenommen und gefunden, daß sehr häufig ein Präparat, das zur Konservierung dienen soll, zugesetzt wird. Dasselbe besteht hauptsächlich aus reinem Natriumsulfat und etwa 25 pCt. Schwefelsäureanhydrid. Sehr häufig indeffen sehen die Fleischer mehr von dem Konservierungsmittel zu, bisweilen solche Mengen, daß der Geschmack merklich beeinträchtigt wird. Keinerlich fällt so behandeltes Fleisch schon durch seine lebhaft rothe Färbung auf, meist ist auch ohne weiteres die schwellige Säure durch den Geruch zu erkennen. Nach ärztlichem Gutachten ist schon gedörrtes Fleisch, das mehr als 0,01 pCt. Schweflige Säure enthält, als gesundheits-schädlich anzusehen ist. Es sind daher wiederholt Bestrafungen erfolgt. Auch Wurstwaren sind nach dem Bericht des Chemischen Untersuchungsamtes in mehreren Fällen beanstandet worden, weil sie in faultiger Zersetzung begriffen waren. Wichtig bezüglich der Wurstwaren überhaupt ist eine Entscheidung des Reichsgerichts, die wie folgt lautet: „Enthält die Wurst Mehlsatz, so ist sie als gefälscht anzusehen.“ Danach ist jeder Mehlsatz bei der Wurstbereitung, selbst der geringste, auch nur als Bindemittel verwendet, verboten.

**Die Uebersuchungs-Kommission der organisierten Arbeiterschaft in Winterthur** betreffend Fabrikgesetz und Haftpflicht hat nach ihrem sechsten erstatteten Tätigkeitsbericht in den Jahren 1893/94 126 Fälle von Uebertretungen behandelt; davon entfielen 77 Fälle auf das Fabrikgesetz, 18 auf das Haftpflichtgesetz, 17 Fälle betrafen Schutzvorschriften, 5 Krankentasse und 9 verschiedene Uebelstände. Die Kommission hat diese sämtlichen Fälle in 45 Sitzungen behandelt.

**Vergarbeitsrisiko.** Ueber das von uns bereits mitgetheilte Grubenunglück auf der Königin Louise-Grube bei Zabrze werden dem hiesigen „Local-Anzeiger“ noch folgende Einzelheiten gemeldet:

Auf der genannten Grube wollten ein Steiger und mehrere Bergleute unter Benutzung von Masken und elektrischem Licht in ein abgedämmtes Feld vordringen, welches nach Mitteilung eines Fachmannes früher gebrannt haben mußte und wo sich schlechte Luft und Gase angesammelt hatten. Der Zugang zu diesem abgedämmten Felde wurde durch eine eiserne, hermetisch schließende Thür abgesperrt. Diese Thür wurde geöffnet, und die Männer drangen, mit Masken versehen, in dieses Feld. Von den Masken aus gehen Schläuche an einen zurückliegenden Apparat, durch welchen den Trägern frische Luft zugeführt wird. Auf irgend eine Weise soll nun die Thür zugefallen sein — die Schläuche wurden geklemmt, und die vordringenden Männer bekamen keine Luft. In der Angst, zu ertrinken, zerrissen die Leute die Schläuche und eilten auf die Thür zu. Nunmehr entstand eine Explosion. Die Bergleute warfen sich nach erfolgter Explosion sofort zu Boden und suchten, auf dem Bauch kriechend, sich nach einem Bergwerke hinauszukleppen. Die Zahl der verunglückten Bergleute beträgt acht, darunter ein Steiger. Sämtliche Leute sind im Knappschafts-Lazareth zu Zabrze aufgenommen worden. Bei den Verunglückten ist gegenwärtig eine Lebensgefahr ausgeschlossen.

## Gewerkschaftliches.

**Achtung, Metallschleifer!** Die Werkstatt von Hönike, Prinzstr. 31, ist gesperrt. Der Zugang ist fernzulegen.

**Achtung, Gewerkschaften in Schöneberg!** In der am Sonntag, den 24. Februar, stattfindenden öffentlichen Gewerkschaftsversammlung, in welcher über die Gewerkschaftskommission verhandelt werden soll, werden die Gewerkschaften ersucht, recht zahlreich zu erscheinen, hauptsächlich aber diejenigen, welche bis dahin noch nicht Stellung zu dieser Kommission genommen haben. Siehe näheres Inserat.

**Die streikenden Wandwirer der Firma Frowein** in Elberfeld haben das Gewerbeamt als Einigungsamt angerufen, um damit zu beweisen, daß sie nicht versäumen wollen, was zur Einigung führen kann. Alle Sendungen sind an Karl Schmidt, Schreinerstraße 28, zu senden. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Nochmals wird dringend ersucht, den Zugang nach hier fernzuhalten.

**Differenzen** sind ausgebrochen zwischen den Bergleuten und den Inhabern der Grube Maribay bei Lütlich.

**Der Streik der Bergleute** auf der Grube „Lüderich“ bei Unter-Schbach ist nach 4 tägiger Dauer beendet. Die Zahl der Ausständigen betrug 350. Die Ursache des Streiks bildete das Verlangen des Direktors, anstatt der bisherigen achtstündigen Schicht die 9/8 stündige einzuführen. Die „Rhein. Ztg.“ theilt mit, daß die Löhne auf dieser Grube als ganz außerordentlich niedrig bekannt sind. Der Durchschnittslohn beträgt drei- und zwanzig Mark monatlich, nur die tüchtigeren Löhner bringen es auf 40 bis 45 Mark monatlich. Die Direktion hatte einen Widerstand der Arbeiter jedenfalls nicht erwartet, ihr Schreien äußerte sich in der bekannten Weise durch Rufen nach der Polizei. Offenlich haben die Bergleute aus dem Streik die Lehre gezogen, daß es für sie notwendig ist, sich zu organisiren, um in Zukunft gegen derartige Angriffe des Unternehmerrthums gewappnet zu sein.

**Der Streik der Glaceleder-Arbeiter** ist zu gunsten der Arbeiter beendet. Das Komitee ersucht uns um Veröffentlichung eines Schreibens, das in möglichst getreuer Uebersetzung folgenden Wortlaut hat: „Dank unseren deutschen Brüdern für ihre pelniäre und moralische Unterstützung, die sie uns haben zu theil werden lassen. Wir werden das nicht vergessen. Aus allen Ländern sind uns Sympathie-Erklärungen und Unterstützungen zugegangen. Wohl haben wir einen Sieg er-

rungen, aber wir sind uns auch bewußt, daß wir uns vorbereiten haben für künftige Kämpfe; unsere Devise wird immer sein: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Keinen Halt, bis dies große Ziel erreicht! Für uns giebt es keine Grenzen; wir grüßen Euch als unsere Brüder.

Mit brüderlichem Gruß!  
Der Sekretär: M. Boffat.

**Auflösung von Vereinsversammlungen** wegen der famosen Polizeistunde scheint in nächster Nähe von Berlin zu einer siebenen Pubrit werden zu sollen. Nachdem bereits im vorigen Jahre in Steglitz eine Generalversammlung des dortigen Arbeiter-Bildungsvereins aus demselben Grunde aufgelöst, der betreffende Gendarm aber infolge ergangener Beschlüsse „reklifizirt“ worden war, sind in Rixdorf zwei Versammlungen wiederum aufgelöst worden. Dem Gastwirth K u m m e r, Berlinerstr. 136, der während des Bierbojotts sein Lokal zu Versammlungen hergab, wurde die Polizeistunde auf 10 Uhr beschränkt. Am vergangenen Dienstag tagte in diesem Lokal eine Versammlung der Maler, Filiale Rixdorf. Kaum war es 10 Uhr, da erhob sich der überwachende Gendarm mit den Worten: „Ich bin Güttnner und löse die Versammlung auf!“ Kehlich erging es am Mittwoch dem Verein „Vorwärts“, der seine regelrechte Mitgliederversammlung abhielt. Kurz vor der Eröffnung theilte nun der Gendarm bereits dem Vorsitzenden mit, daß um 10 Uhr die Versammlung zu Ende sein müsse, da er beauftragt sei, dieselbe im entgegengekehrten Falle aufzulösen. Vom Vorsitzenden und Referenten Jahm auf das ungelegliche dieser Handlungsweise aufmerksam gemacht, löste dennoch der betr. Beamte bald nach 10 Uhr, während des Referats, wiederum diese Vereinsversammlung unter Begunahme auf die Polizeistunde auf. Beschlüsse werden natürlich eingeleitet werden.

**Der Rechenschaftsbericht der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands,** den wir zum theil (Kassenbericht) schon wiedergegeben, erstreckt sich auf die Zeit vom 1. März 1892 bis 31. Dezember 1894. In einem zweiten Kapitel legt die Generalkommission Rechenschaft ab über die von ihr betriebene Agitation. Ihr Hauptaugenmerk war gerichtet einmal auf die ostelbischen Provinzen, zweitens auf die Arbeiter der Nahrungsmittelbranche. In Ostpreußen wurden 60 000 Flugblätter verbreitet. Dieser Verbreitung folgte eine Agitationstour des Genossen Eslein. Für Ostpreußen wurde in Königsberg für Westpreußen in Danzig eine Agitationskommission gebildet. Die erstere arrangirte vom Mai bis Dezember 1893 in den verschiedensten Städten Ostpreußens 40 Gewerkschaftsversammlungen. Am 1. April 1893, von wo an die Königsberger Agitationskommission ihre Thätigkeit entfaltet, zählte man in Ostpreußen im ganzen nur 1250 organisierte Arbeiter, am 1. Januar 1895 waren 1790 organisiert. Wenn dieses Wachstum auch das Maß der umfangreichen Agitation der Generalkommission sein mag, so beweist die im Verhältnis zur angewandten Agitationsarbeit doch nur gering zu nennende Zunahme, wie ungeheuer viel Arbeit noch in den Städten unter den Industrie-Arbeitern zu thun ist.

Der Agitationskommission von Königsberg wurden im ganzen 3650 M., der von Danzig 670 M. zur Verfügung gestellt und zum größten Theil zur Agitation verwandt. Mehrere Agitationstouren durch Ostpreußen wurden auch vom Vorsitzenden der Generalkommission selbst unternommen. — Im Auftrage der Generalkommission wurden außerdem zwei Agitationstouren im westlichen Deutschland und in Niederschlesien gemacht. Es wurden hier 12 Versammlungen abgehalten, die 198 M. lösteten, in Westdeutschland fanden 19 Versammlungen statt, welche 800 M. Kosten verursachten.

Eine lebhaftere Agitation unter den industriellen Arbeiterinnen steht in Aussicht, sobald eine genügende Zahl von Zuschriften eingelaufen sein wird.

Besonders lebhaft wurde die Agitation unter den Arbeitern der Nahrungsmittel-Industrie betrieben. Die Agitation wurde hier durch Verbreitung von 70 000 Flugblättern eingeleitet. Die Vorarbeiten zur mündlichen Agitation waren sehr umfangreich. Es wurden 14 Agitationsbezirke gebildet. Abgehalten wurden: 33 Bäder, 12 Brauer-, 14 Schlächter- und 7 Konditorenversammlungen. Außerdem fanden 95 allgemeine Versammlungen der Arbeiter der Nahrungsmittel-Industrie statt. Wenn auch die Zahl der durch diese Agitation direkt gewonnenen Arbeiter keine große ist (es meldeten sich bei der Agitation 1616 Personen zur Aufnahme in die Verbände), so wurde doch eine Anregung zur Organisation unter diese Arbeiter getragen, die von Nutzen für die weitere Bewegung unter denselben ist. Die Ausgaben für die mündliche Agitation unter den Arbeitern der Nahrungsmittel-Industrie stellten sich wie folgt: Fluggeld 1242,85 M., Diäten 3888,90 M., Annoncen und Drucksachen 1510,17 M., zusammen 6141,92 M. Hierin sind die Ausgaben für das Flugblatt nicht mit eingerechnet. — Dem Schlächter- und dem Mälierverband wurden noch je 800 M. zur Agitation zur Verfügung gestellt. Der sächsische Mälierverband erhielt außerdem 700 Mark zur Aufnahme einer Statistik. Ferner wurden noch mit Geldmitteln zur Agitation unterstützt: die Barbier mit 400 M., Bureauangestellte 800 M., Fabrikarbeiter 200 M., Handlungsgehilfen 175 M., Kellner (Dresden) 60 M., Seiler 300 M., Tapezierer 400 M. — Die Bemühungen der Generalkommission, die Agitation unter den Ziegler in Fluß zu bringen, waren von wenig Erfolg begleitet. Der Verband der Ziegler löste sich bald wieder auf.

Eine größere Agitationstour unternahm der Vorsitzende der Kommission im Ruhrrevier, um die dortigen Bergleute zur Organisation heranzuziehen; es wurden in diesem Gebiet 17 Bergarbeiter-Versammlungen abgehalten.

Aus dieser kurzen Schilderung ergibt sich, daß die Generalkommission auf dem Gebiete der Agitation redlich bemüht war, ihren Pflichten nachzukommen. Soweit diese Bemühungen nicht von Erfolg begleitet waren, dürfte kaum den betreffenden Personen, als vielmehr den allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen die Schuld beizumessen sein, welche gerade gegenwärtig der Neubildung und Vergrößerung von Gewerkschaftsorganisationen nur wenig günstig sind.

## Depeschen.

**Wolff's Telegraphen-Bureau.**

**Marseille, 21. Februar.** Die aus Lonkin mit der Post eingetroffenen Blätter melden, die Seeräuber hätten am 30. Dezember v. J. einen Proviantzug, welcher von 22 Tirailleurs und einem Sergeanten begleitet wurde, angegriffen und 13 Mann der Begleitung getödtet, 8 verwundet; die Seeräuber entflohen mit ihrer Beute. Eine Truppenkolonne hob am 11. Januar die von den Seeräubern nach der sibirischen Grenze zu besetzte Stellung von Langbat auf; hierbei wurden 9 Offiziere verwundet, sowie 9 Soldaten getödtet, 23 zumest eingeborene Soldaten verwundet.

**Tientsin, 21. Februar.** Es gilt jetzt als sicher, daß Einigung sich nach Japan begiebt, um wegen des Friedensabschlusses zu unterhandeln.

**(Depeschen-Bureau Herald.)**

**Paris, 21. Februar.** „Libre Parole“ bringt heute folgende Mittheilung, für welche sie die Aufmerksamkeit des Kriegsministers erwartet: Einem Verträge des früheren Kriegsministers mit einem Industriellen in Maubeuge gemäß transportirt der letztere zahlreiche französische Gewehre nach Belgien. Von dort werden die Waffen über Antwerpen nach Hamburg gebracht und dann nach Madagaskar geschafft, wo die in Frankreich gefertigten Gewehre von den Hovas gegen die Franzosen geführt werden.

**Rom, 21. Februar.** Giolitti ist in Begleitung zahlreicher Freunde und seines Vertheidigers Galimberti bei Cavour eingetroffen, wo ihm die Bürger einen herrlichen Empfang bereiteten. Giolitti ist von Detektivs streng überwacht.

## Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

43. Sitzung vom 21. Februar 1895, 1 Uhr.  
Am Bundesrathssitz: Graf v. Posadowsky.  
Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Tabaksteuer-Gesetzes.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Vorlage hat eine wesentliche Veränderung gegenüber dem vorjährigen Entwurf erfahren. Es ist eine höhere Heranziehung der fremden Fabrikate durch erhöhte Zoll vorgezogen, die Kontrollvorschriften für die Tabakhändler sind fortgefallen, indem man sie lediglich verpflichtet hat, über die von ihnen bezogenen Fabrikate und die darüber ausgestellten Fakturen eine Liste zu führen. Eine Erhöhung der Reichseinnahmen ist notwendig. Der Ueberschuß für 1894/95, der in den Etat für 1896/97 einzustellen ist, wird sich nur auf etwa 3 1/2 Millionen belaufen, 11 Millionen weniger als der in den Etat des Jahres 1895/96 einzustellende Ueberschuß. Es ist gar nicht vorzusehen, daß die diesjährige Ersparnis bei der Militärverwaltung eine dauernde sein wird; die niedrigen Getreidepreise werden nicht anhalten. Im Etat für 1896/97 wird ein Mehrbedarf von circa 20 Millionen zu erwarten sein. Durch die Beschlüsse der Subjekt-Kommission ist die Spannung zwischen den Matricularbeiträgen und Ueberweisungen von 38 auf 19 Millionen herabgemindert. Ob diese Beschlüsse die Genehmigung des Plenums finden, ist noch zweifelhaft; aber selbst, wenn es geschieht, wird unter der Voraussetzung, daß 1896/97 dieselbe Spannung wie 1895/96 vorhanden ist, ein Mehrbedarf von 39 Millionen vorhanden sein. Alljährlich steigen die Ausgaben des Etats um ca. 4 pCt. Auch mit der größten Sparfamkeit ist daran nichts zu ändern. Also ein Minderüberschuß von 11 Millionen, Fortfall der Ersparnis an den Heeresausgaben von 9 Millionen, Befestigungsarbeiten der Spanning von 19 Millionen und die natürliche Vermehrung der Ausgaben um 32 Millionen; soll der Etat also fernhin balancieren, so bedarf der Etat zur Balancierung neuer Mittel, und die Forderung von 82 Millionen zu diesem Zwecke aus der Tabaksteuer ist keine Uebertreibung. Die Presse hat von einem künstlichen Defizit gesprochen; wir sollten es auf neue Steuern auf Vorrath abgesehen haben. Aber selbst von oppositioneller Seite ist anerkannt worden, daß der Etat mit bürgerlicher Sparfamkeit aufgestellt ist, und daß die Reichsfinanzverwaltung den Wunsch gehabt hat, den Bedarf an neuen Mitteln zu beschränken. Durch anderweitige Veranschlagung der Einnahmen sind etwa 8 Millionen mehr und bei den Heeresausgaben ist eine Minderausgabe von 6 1/2 Millionen in den Etat eingestellt worden, und zwar ohne Anregung seitens des Reichstages, sodaß dadurch die Spannung um 14 1/2 Millionen verringert worden ist. Die Einnahmen des vorigen Jahres stellen sich ja nun im allgemeinen günstig. Der Rückschluß auf die Erhöhung der Einnahmen auch für 1896/97 ist aber hinfällig, denn eine Steigerung bis zur Deckung des Mehrbedarfs ist in keinem Falle zu erwarten. Aus der Tabaksteuer haben wir den Betrag von 32 Millionen erbeten. Wird die Vorlage Gesetz, so sind so umfangreiche Ausführungsbestimmungen nötig, daß garnicht daran zu denken ist, daß sie wirksam wird vor dem 1. Juli d. J. Dieses Jahr überweisen wir den Einzelstaaten 5 Millionen, während in den letzten Jahren die Ueberweisungssumme 48 Millionen jährlich betrug. Wir brauchen neue Mittel; der Reichstag hat die moralische Verpflichtung, nachdem er die Militärvorlage bewilligt hat, auch den Ausfall zu decken. Die Einkommensteuer und die Erbschaftsteuer verweisen. Die staatsrechtlichen Bedenken gegen die Erbschaftsteuer sind in der vorigen Session schlagend dargelegt worden. Gleichwertige Bedenken liegen gegen eine Erbschaftsteuer nicht vor; aber schon 1875 hat sich Uebereinstimmung darüber ergeben, daß eine solche Steuer progressiv sein müßte und daß durchschlagende Bedenken gegen diese Steuer war, daß, so lange wir kein einheitliches deutsches Erbrecht haben, die Erbmasse nach der Verschiedenheit des Verwandtschaftsgrades einer verschiedenen Besteuerung unterliegen müßte, woraus sich wieder ganz besondere Ungerechtigkeiten ergeben würden. Die Erbschaftsteuer würde auch in diesem Hause keine Mehrheit finden. Was bleibt also übrig, um dem Reich die fehlenden Mittel zu beschaffen? Man verweise uns auch noch auf Luxussteuern. Es sind da ziemlich phantastische Projekte vorgeschlagen worden. Die Erörterung darüber hat gezeigt, daß in der praktischen Ausführung dieser Projekte allgemeine Abneigung zu Tage tritt. Die ultima ratio einer Reichssteuer bleibt immer das Bier und der Tabak. Der Tabak ist ein reiner Luxusartikel, das Bier zum Theil, insofern es nicht in mäßigem Umfange genossen wird. (Weiterkeit.) Ein Hauptgrund dafür, daß wir die Vermehrung der Einnahmen vorgezogen haben, liegt in der Finanzreform, in dem Bedürfnis, Einnahmen und Ausgaben zu balancieren und die Etats der Einzelstaaten auf eine feste Grundlage zu stellen. Stellen wir das Bier voran, so würden wir nur erreichen, daß Süddeutschland eine Erhöhung seiner Matricularbeiträge zahlt als Äquivalent für die Erhöhung der Brausteuer in Norddeutschland. In Bayern werden an Brausteuer 5 M., in Württemberg 4 M., in Baden 2,50 M. pro Kopf erhoben. Nehmen wir im Reiche die Verpflichtung ab, die Mittel für die Militärvorlage zu decken, so heißt das nichts anderes, als die Last für dieselbe auf die Schultern der Einzelstaaten abzuschieben. Ich halte bis auf weiteres diesen Weg für ungangbar. Zunächst giebt es ja Intrantsanten, welche den Tabak unter keinen Umständen höher belasten wollen. Diese wissen ganz genau, daß bei dem jetzigen Steuersystem sie vor jeder Erhöhung geschützt sind. Aber unter den Interessenten der Tabakindustrie giebt es auch verhältnißmäßig Gemüthliche, welche im unbewachten Augenblick erklären, der Tabak könnte mehr tragen gegenüber der starken Belastung anderer Verbrauchsartikel. Diese Herren verweisen uns auf einen höheren Zoll, parallel mit der Erhöhung der Inlandsteuer. Damit würde aber der inländische Tabak noch ungerechter als bisher belastet werden, und der inländische Tabakbau wahrscheinlich zum Erliegen kommen. Weiter ist vorgeschlagen ein Staffelsoll; aber auch dieser Weg ist technisch ungangbar. Eine solche Staffelsoll des Zolles soll nach den Sachverständigen allenfalls nur für Stengel möglich sein. Schließlich hat man die Kontingentierung oder das gänzliche Verbot des inländischen Tabakbaues und die Erhöhung des Zolles auf 125 Mark vorgeschlagen. Die Kontingentierung wäre allerdings ein ganz neuer Weg. Das Verbot würde uns in dieselbe Lage bringen wie beim Monopol, wir müßten von dem Ertrage eine sehr erhebliche Summe zur Entschädigung herausgeben. Mit der Erhöhung des Zolles wächst die Gefahr des Schmuggels, dem Deutschland nicht so geschickt gegenübersteht wie England. Auch dieser Weg würde zu einem praktischen Resultat nicht führen. Es bleibt also nur übrig das Monopol oder die Fabriksteuer. Das Monopol würde in diesem Hause eine Mehrheit nicht finden. Andere Staaten denken darüber anders. Die Schweiz ist im Begriff, es einzuführen. So bleibt also nichts übrig als die Fabriksteuer; will man höhere Erträge aus dem Tabak haben, so führt kein anderer Weg nach Rüchardt.

Die Aufhebung der Feldkontrolle hat die Einführung der Fabriksteuer zur Vorbedingung. Sie kann nur aufgehoben werden, wenn an ihre Stelle die Kontrolle des Rohabzugs und der Fabrikate tritt. Wer die Aufhebung der Feldkontrolle will, muß für die Fabriksteuer stimmen. Es ist doch auch ein großer Vortheil, wenn die Kontrolle soweit vom Pflanzler abridet. Schon aus diesem Grunde haben die Pflanzler das dringende Interesse, für diese Form der Steuer einzutreten. Die Zigarrenfabrikanten haben gegen die Ermäßigung der Steuer auf Rohabak, die ebenfalls im Interesse der Pflanzler vorgezogen ist, eingewendet, daß das Rauchen von Pfeifentabak zunehmen würde. Die Erfahrungen in den Monopolländern sprechen dagegen. Von der Einheitssteuer, wie Amerika sie jetzt hat, nachdem die Werthsteuer dort aufgehoben ist, haben wir abgesehen. Die Verhältnisse Amerikas sind mit den unsrigen nicht vergleichbar. Die Einheitssteuer ist nichts weiter als eine Gewichtsteuer. Die Einheitssteuer Amerikas ist auch nicht niedriger als die Werthsteuer, welche für die billigen Zigarren eingeführt werden soll. Wir sind davon ausgegangen, daß eine Werthsteuer von 9 M. pro Mille Zigarren erhoben werden soll. In Amerika beträgt die Einheitssteuer 12,60 M. Die Einheitsbelastung der amerikanischen Zigarren ist ebenso hoch, wie die durchschnittliche zukünftige Belastung der billigeren Zigarren bei uns. Die Hauptwände gegen die Fabriksteuer sind der Konsumrückgang mit seinen sozialen Folgen und die Härte der Kontrolle. Ein Konsumrückgang durch die Tabaksteuererhebung von 1879 läßt sich ja statistisch nachweisen; stellt man aber 1881 und 1891 gegenüber, so ergibt sich eine Steigerung des Konsums. Ich gebe auf diese Berechnungen nicht sehr viel, weil man die Inlandproduktion nicht kennt, da man nicht genau weiß, was auf der Fläche, die besteuert wurde, gewachsen ist. Das eine aber sieht fest, daß die Zollerhöhung von 1879 nicht so sehr auf den Konsum gewirkt haben kann, weil ein so erheblicher Rückgang der Preise stattfand, daß die Zollerhöhung völlig ausgeglichen wurde. Niemand kann wissen, was das deutsche Volk für seinen Tabak ausgeben will und ausgiebt; eine derartige Berechnung, die à tout prix eine Erhöhung der Tabakbelastung abweisen soll, ist für Deutschland völlig imaginär. Seit 1879/80 hat der brave Deutsche jährlich 7,50 M. pro Kopf für seinen Biergenuss ausgegeben. Nun hat das Bier noch einen ethischen Werth im Kampfe gegen den Branntwein, der dem Tabakgenuss nicht betwöhnt. Der Branntwein ist trotz der Belastung mit dem dreifachen des Wertes seit 1887/88 im Durchschnitt der letzten Jahre gegenüber dem der Periode vorher nur um 22 pCt. zurückgegangen; wenn man aber 1887/88 selbst außer Betracht läßt, hat der Rückgang nur 9 pCt. betragen. Der Tabak soll nur mit 25 pCt. belastet werden und da spricht man von ungeheurem Konsumrückgang von 40 pCt. und von 80000 brotlos werdenden Arbeitern! Solche Behauptungen halte ich für geradezu frivol und für eine unverantwortliche Hehe der Arbeiter gegen die verbündeten Regierungen! Die Grundbelastung des Tabaks in Frankreich, Oesterreich und Ungarn ist viel größer als bei uns und dennoch ist eine ganz namhafte Steigerung des Konsums pro Kopf in diesen drei Ländern eingetreten. Diesen statistisch erhärteten Thatsachen gegenüber fallen die Behauptungen der Interessenten gänzlich in sich zusammen. Nach der jetzigen Konstruktions des Gesetzes sollen die billigen Hausabak und die billigen Zigarren noch billiger, noch weniger steuerlich belastet werden. Die ganze Bekämpfung der Vorlage beschränkt sich auf den Kampf der 5 Pfg.-Zigarre gegen die verbündeten Regierungen (Weiterkeit), die etwa 1/2 Pfg. theurer werden soll. Was die Kontrolle betrifft, so wird uns entgegengehalten, wir hätten sie möglichst leicht gemacht, um das Gesetz durchzuführen, andererseits wird eine vollkommene Unträglichkeit der Kontrollvorschriften behauptet. Ich glaube weder das eine noch das andere. Das Gesetz sieht ausdrücklich vor, daß auch in der Durchführung für die kleinen Betriebe, die ohnehin pauschalirt werden sollen, eine Erleichterung eintreten soll. Die Kontrolle dieser kleinen Betriebe wird also eine Schädigung derselben nicht zur Folge haben. Weshalb gerade die Tabakhändler in ihrem Betriebe weniger unter eine Steuerkontrolle gestellt werden sollen, ist nicht abzusehen. Daß die Interessenten sich dagegen wehren, ist nur natürlich; aber steuern und sterben muß man überall. Die Kontrolle der Kleinhandlender soll vollkommen fortfallen bis auf eine einfache Buchkontrolle. Die Händler haben doch gewiß schon heute in irgend einer Form immer den Eingang der Waare bescheinigt und die Richtigkeit der Fakturen anerkannt. Wer meint, das Reich brauche keine neuen Mittel oder wer die bisherige Matricularwirtschaft weiter gehen lassen will, der wird sich für die Vorlage nicht interessieren. Wer sich aber dessen bewußt ist, daß eine gesetzgebende Versammlung, die die Militärvorlage und die Ausfälle an Zöllen durch die Handelsverträge bewilligte, die Verpflichtungen zum Erfas hat, wer sich der Bedeutung der Finanzreform bewußt ist, wird einem Gesetze wie dieses, in der abgeschwächten Form, wie es vorliegt, seine Zustimmung geben müssen. Die verbündeten Regierungen sind bereit, über alle Einzelheiten des Gesetzes mit sich sprechen zu lassen. (Beifall rechts.)

Abg. Müller-Hulda (Z.): Die Militärvorlage ist feinerzeit bewilligt worden mit Hilfe der deutschen Reformpartei. Dieser Partei ist von der Regierung die feste Zusage gegeben worden, daß sie die Lasten nicht den schwachen Schultern aufbürden wolle. Wir haben im vorigen Jahr die Wörsensteuer mitbewilligt, welche zur Deckung der Kosten der Militärvorlage mit bestimmt war. Die anderen Vorlagen, welche damals vorgelegt worden sind, entsprachen jener Zusage nicht und mußten deshalb von uns abgelehnt werden. Darunter befand sich auch die Tabakfabriksteuer-Vorlage. Die diesjährige Vorlage ist bei weitem besser, als die vorige; sie mildert die schlimmsten Bestimmungen der vorjährigen ab. Die Erhöhung des Zolles werden wir ohne Bedenken annehmen. Die wirtschaftlichen Bedenken gegen die sonstigen Bestimmungen der Vorlage werden wir in der Kommission Gelegenheit nehmen näher darzulegen. (Die Einzelansführungen des Redners werden aus der Tribüne nicht verhandelt.) Die Verärchtung, daß eine ansehnliche Zahl von Tabak- und Zigarrenarbeitern brotlos werden würde, sei nicht gerüstet. Auch die gewählte Form der Besteuerung sei sehr ansehbar. Die Nothwendigkeit der Vorlage sei auch nicht nachgewiesen. Die Hauptsache sei Sparfamkeit und nicht Bewilligung neuer Ausgaben, gewissermaßen ins Blaue hinein, und die Stellung immer neuer Ansprüchen, für die Deckung nicht vorhanden sei. Wo bleiben die Abänderungen des Posttarifs für Zeitungen, welche sehr leicht einige Millionen bringen könnten? Bei der Menge von indirekten Steuern, die schon auf dem Volke lasteten, müsse man gegen eine weitere Belastung der schwachen Schultern Bedenken haben, zumal diese schwachen Schultern auch die eigentliche Militärlast tragen müßten. Die niederzulegende Kommission solle aus der Vorlage das Gute herauschälen, die Erhöhung des Zolles, die Erleichterung der Feldkontrolle. Auf einen ganz und gar ablehnenden Standpunkt stellen wir uns der Vorlage gegenüber nicht.

Abg. Clemm-Ludwigshafen (natl.) findet ebenfalls, daß die

diesmalige Vorlage sich von der vorjährigen sehr günstig unterscheidet, auch gegen das Steuer-gesetz von 1879 große Fortschritte aufweist. Der Pflanzler ist nicht mehr gezwungen, seinen Tabak bis zu einem bestimmten Moment zu verkaufen; darin liegt für ihn ein sehr großer Vortheil. Den Zoll von 40 M. halte ich aber wegen seiner Geringfügigkeit für sehr bedenklich, bleibt es dabei, so ist dem inländischen Tabakbauer nicht geholfen. Denn die billigen überseeischen Tabake sind es gerade, welche dem deutschen Tabakbauer die schlimmste Konkurrenz machen. Dazu gehört Domingo, der in Hamburg mit 17 M. verkauft wird. Der deutsche Tabak kostet mindestens 20 M., mit den Unkosten und dem Verdienst des Händlers mindestens 30 M. Billiger noch ist der Virginier, der 6 bis 8 Pfd. per Pfund, verzollt 26 bis 28 Pfd. kostet. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, mit diesen Produkten im Auslande zu konkurrieren. Eine Zollerhöhung muß also stattfinden, wenn das Gesetz den Tabakbauern annehmbar gemacht werden soll. Die theuersten Havannazigarren sollten höher verzollt werden als die billigeren; hierüber wird die Kommission näher zu unterhalten haben. Daß Arbeiterentlassungen in so großem Maße stattfinden werden, wie die Fabrikanten behaupten, glaube ich nicht. Im Jahre 1879 sind die gleichen Prophezeiungen auch nicht eingetroffen. Der große deutsche Tabakverein hat in seiner Eingabe an den Reichstag angeführt, daß die Tabakindustrie schon jetzt im Untergang begriffen sei. Bewiesen ist diese Behauptung aber nicht. Es sind neue Fabriken errichtet worden und von Arbeiterentlassungen in irgend größerem Umfange hat man nichts gehört. Die vorausgesagte Entlassung von 30000 Arbeitern wird ebenfalls zwar behauptet, aber nicht im mindesten wahrscheinlich gemacht. Die 34 Millionen, welche die Vorlage fordert, sollen nicht durch die Industrie gepart werden, sondern der Konsumant soll sie darauf legen; von der Nothwendigkeit dieser Ersparnis durch die Entlassung so vieler tausende von Arbeitern kann also keine Rede sein. Auch sonst sind die Fabrikanten weit über das Ziel hinausgeschossen. Die Fabrikanten von Bünde in Westfalen haben an den Oberpräsidenten der Provinz direkt eine Vorstellung gerichtet, worin sie drohen, ihre gesammten 20000 Arbeiter zu entlassen, wenn die Vorlage angenommen wird. Dasselbe hat ein Fabrikant der Pfalz gethan. Solche Art der Agitation halte ich für unverantwortlich und muß als Arbeitgeber dagegen protestieren. Einem Antrage auf Kommissionserberatung kann ich nur beitreten.

Abg. Frese (rs. Vg.): Ich behaupte, der Tabak ist nicht im eminentem Sinne ein Luxusartikel, wie es der Herr Staatssekretär als seine Auffassung hinstellt. Soll er durchaus mehr Mittel aufbringen, so meinen die Fabrikanten, es ginge noch eher auf dem Wege der gleichmäßigen Erhöhung von Steuer und Zoll. Daß bloß die Fabriksteuer übrig bleibe, erklärt der Schatzsekretär auch damit, daß das Monopol im Reichstage keine Annahme finden würde. Daraus scheint beinahe eine geheime Schwärmerei für das Monopol zu sprechen. Die Grenzplattierungen auf Amerika sind nicht beweiskräftig für die Vorlage. Die 5 Pfennig-Zigarre muß dem deutschen Käufer erhalten bleiben; denn sie hängt auf engste mit seinem ganzen Budget zusammen. Der Schatzsekretär spricht von einer Hehe der Arbeiter gegen die Regierung. Hat er damit die große Versammlung in Bünde gemeint, welche Herr v. Hammerlein berufen hatte, und in der sogar Pastoren auftraten, die sich bereit erklärten, die bedrohten Tabakarbeiter in großen Scharen nach Berlin zu führen, um sie der Regierung als leibhaftige Opfer der Vorlage vorzuführen? (Weiterkeit links.) Der Tabakbau in Süddeutschland hat im vergangenen Jahre zugenommen und wird nach meinen Nachrichten noch weiter zunehmen. Wird nun nach Herrn Clemm ein höherer Schutzoll eingeführt, so ist eine Ueberproduktion die unausbleibliche Folge, und namentlich der badische Tabakbauer ist um nichts gebessert. Die Vorlage spricht von der Steuer auf den „fabrikmäßigen Preis“; was ist fabrikmäßiger Preis? Die Ertragsberechnung in der Vorlage halte ich für zu hoch. In den ersten Jahren wird der Konsum besonders des ausländischen Tabaks ganz erheblich zurückgehen, auch bei der Fabriksteuer; 10 pCt. dürfte der Rückgang mindestens betragen. Die Vorschrift der Rücksendung der Faktura durch den Abnehmer an den Fabrikanten ist in der Praxis jedem privaten Abnehmer gegenüber einfach unausführbar. Wie will man es anstellen, sie zur Rücksendung anzuhalten? Das kommt auf die bekannte Geschichte vom Jochen hinaus, der ausgeschickt wurde, den Haster zu holen. Daß die Preisfestsetzung für die Zigarren unter der Fabriksteuer sehr schwierig sein wird, steht fest. Wird die 5 Pfennig-Zigarre plötzlich qualitätsärmer, dann wird das Publikum sie energisch zurückweisen; die Zigarre, die an ihre Stelle bei den Rauchern tritt, würde aber der Regierung keine Steuer einbringen. Die Regierung wollte voriges Jahr nicht gelten lassen, daß 160000 Arbeiter in der Tabakindustrie beschäftigt seien, jetzt hat sie sich dazu verstanden, die Zahl 150000 gelten zu lassen. Daß die Frage der Entlassung nicht so leicht genommen werden kann, wie die Vorredner es thun, bedarf keines Beweises, wenn man im Auge behält, was in Westfalen ausgeführt und angedroht worden ist. Keine Industrie ist so lange beunruhigt und herumgehört worden, wie die Tabakindustrie. Wo soll es überhaupt mit der Umwälzung unserer gewerblichen Verhältnisse hin? Da kommt man mit Kündigung des argentinischen Handelsvertrages, im Hintergrunde steht der Antrag Rantih, hier will man einer Industrie eine schwere unbedequate Belastung auferlegen. Neben die endlich der schwer bedrängten Tabakindustrie die Ruhe wieder! Ich hoffe, der Reichstag wird diesem Rufe folgen und die Vorlage einfach ablehnen. (Beifall links.)

Abg. Graf Holstein (Dl.): Meine Freunde stehen in der großen Mehrheit der Vorlage freundlich gegenüber, obwohl sie sie nicht in allen Punkten werden annehmen können. Wenn man die Schilderung liest, wie die Tabakarbeiter sich die Folgen dieses Gesetzes denken, muß man allerdings stutzig werden, ob man die Interessen dieser Arbeiterklasse mit gutem Gewissen hintenanziehen kann. Aber Geld müssen wir haben, das ist klar. Weshalb sind wir nicht auf das Bier gekommen? Ich weiß es nicht. Wir sind schon nahe daran gewesen, eine solche Steuer zu bekommen. Der Staatssekretär des Reichsschatzamt und der bayerische Minister waren feinerzeit vollständig einig über die Biersteuer; da verschwand sie plötzlich in der Verlesung. Nun freue ich mich, daß heute zum ersten Male wieder vom Bundesrathliche das Wort Bier überhaupt gefallen ist. (Weiterkeit.) Ich denke dabei natürlich nur an die feineren Biere. Daß der Konsum des Bieres durch eine Steuer verringert werden wird, glaube ich nicht, dafür kenne ich die Deutschen zu gut; sie werden pro patria noch ein mehr trinken. (Große Weiterkeit.) Wir müssen mit den Reichsschulden aufräumen. (Beifall rechts.)

Abg. Förster-Neuß (Soz.): Nachdem gegen die vorjährige Tabaksteuer sämtliche interessirten Handelskammern und Petitionen mit einer Million Unterschriften sich erklärt haben, ist es eigentlich wunderbar, daß die Regierung uns wieder mit einer Fabriksteuer kommt. Allerdings sind die Steuererträge herabgemindert worden, aber in den Motiven wird diese Herabminderung an die Voraussetzung geknüpft, daß der steuer-

ökologische Zweck erreicht werden wird. Er wird aber nicht erreicht werden, denn der Konsumrückgang wird sich nicht in so geringfügigem Umfange vollziehen, wie die Motive annehmen. Der Schatzsekretär hat auf die Monopolländer hingewiesen, wo ebenfalls der Konsum nicht zurückgegangen sei trotz einer Steigerung der Preise. Es handelt sich aber hier um ganz unähnliche Begriffe. Die ganze Art und Form der Fabrikation ist eine durchaus verschiedene. In den Monopolländern ist der Zirkus zugleich Unternehmer. Ein Luxus ist der Tabak keineswegs in dem Umfange, wie der Schatzsekretär es behauptet. Unbedingt zum Leben und zur Gesundheit notwendig ist der Tabak ebenso wenig wie eine ganze Reihe anderer Gegenstände. Aber ein Artikel, der von so weiten Kreisen der Bevölkerung gebraucht wird, kann doch wohl nicht als ein Luxusartikel angesehen werden. Der Tabak steht auf einer Linie wie der Kaffee. Wenn der Staatssekretär davon spricht, daß der Tabak sich nicht erheblich verteuern würde, so ist das doch nicht ohne weiteres zu unterschreiben; wir können doch gefesselt niemand zwingen, eine Zigarre zu rauchen, deren Qualität ihm nicht mehr zusagt. Und die Steuererhöhung muß doch in der Qualität des Produkts zum Ausdruck kommen. Man sieht immer die triviale Redensart ins Feld: Geraucht wird immer! Gewiß. Aber es ist ein Unterschied, ob der Raucher den Tabak in der bisherigen Qualität rauchen kann oder nicht. Die Zahl derjenigen, welche partout eine Zigarre rauchen, ob sie theuer ist oder nicht, ist doch im Verhältnis zur Gesamtheit der Konsumenten eine verschwindend kleine, sodaß man keineswegs annehmen kann, daß ein Konsumrückgang nicht stattfinden wird. Ich gebe zu, daß es eine Unmöglichkeit ist, unter der gegenwärtigen Form der Besteuerung, eine größere Einnahme herauszubekommen. Darum hat sich ja eben die Regierung nach einem andern Steuersystem, der Fabriksteuer, umgesehen. Aber gerade die elastische Form dieser Steuer mahnt zur Vorsicht. Es wird hier nicht mehr das Material besteuert, sondern auch der Arbeitslohn und der Unternehmerrisiko, und das ist etwas ganz Neues. Nur so kann man aus dem Tabak mehr herausholen als bisher. Der Schatzsekretär hat uns in der vorigen Session gesagt, die vorgeschlagene Form der Besteuerung würde für die Tabakpflanzer von besonderem Vortheil sein. Ich weiß nicht, wie weit das der Fall ist. Wenn die deutsche Zigarre noch rauchbar sein und einen bescheidenen Genuß gewähren soll, so muß sie mit amerikanischen Tabak verarbeitet werden. Eine Zigarre aus reinem deutschen Tabak stellt keinen Genuß mehr dar. (Weiterkeit.) 1879 war die Zollerrhöhung im Konsumrückgang in sehr augenfälliger Weise zum Ausdruck gekommen. Es sind damals alle möglichen Mittel angewendet worden, um den Geschmach der Raucher irre zu führen, zugleich aber wurde milderer amerikanischer Tabak mit verwendet, um einen Ausgleich herbeizuführen. Herr Clemm sprach von dem billigen amerikanischen Tabak zum Beweise, daß eine Zollerrhöhung nothwendig sei. Ich bitte Sie, sich diesen Tabak anzusehen, zu rauchen, er ist nicht, es kann einem da etwas Uebles passieren. (Weiterkeit.)

Der Schatzsekretär hat behauptet, daß sich die 5 Pfennig-Zigarre um 1/2 Pf. verteuern würde. Das wird aber nicht der Fall sein; denn da man 1/2 Pf. nicht bezahlen kann, wird man 6 Pf. bezahlen müssen. Sie können unmöglich die Beobachtung gemacht haben, daß man sich so sehr darum reißt, Steuern zu bezahlen. Der Mann, der sich sonst in der Woche 1/2 Duzend Zigarren für 80 Pf. gekauft hat, wird künftig nur dasselbe ausgeben und eine Zigarre weniger rauchen. Darum, daß ein Konsumrückgang eintreten wird, kommen Sie nicht herum. (Sehr richtig! links.) Da ist die sozialpolitische Wirkung der Vorlage. Je höher der Prozentsatz hinaufgeschraubt wird, desto enger wird der Kreis der Konsumenten. Die kleinen Fabrikanten werden ruiniert werden und der Rest der Fabrikanten wird der Regierung das Monopol auf dem Präsenzteller bringen. Das Wort: Der Tabak kann noch mehr bluten, hat sich soweit gesteigert, daß dieser Werth kein „Bluten“ mehr, sondern ein „Verbluten“ bedeutet. Auch ich bin einer von den kleinen Fabrikanten, von denen der Schatzsekretär meinte, daß man mit ihnen sich würde verständigen können. Das ist menschlich sehr schön, aber es wird nichts nützen. Die Konkurrenz zwingt die Fabrikanten dazu, trotz der neuen Art der Besteuerung ungefähr ein gleiches Produkt zu liefern, und so werden diese das Mehr der Steuer hauptsächlich vom Arbeitslohn nehmen. Man soll an den Verpackungsarten sparen. Diese sind aber ohnehin schon so billig, daß an ihnen nichts mehr zu sparen ist, und wenn es möglich wäre, würden die Arbeiter, welche sie herstellen, darunter zu leiden haben. Aus Amerika kommen die verschiedensten Sorten von Tabak auf unsern Markt, verschieden im Preis nach der Qualität und dem Anfall der Ernte. Eine Preisbewegung jedoch in dem Sinne, wie bei andern Artikeln, bezieht sich auf Tabak nicht. Die kleinen Erzeugnisse werden wirtschaftlich einfach ruiniert. Der Fabrikantenverein, dem die großen Unternehmer angehören, ist sich darüber ganz klar. Der Verein schätzt die Zahl der beschäftigungslos gewordenen Arbeiter auf 80-85 000. Der Abgeordnete Frese kommt noch auf 17 000, wahrscheinlich aber wird die Zahl über die Annahme des Fabrikantenvereins noch hinausgehen weil die Steuer gerade in eine Zeit der wirtschaftlichen Depression fällt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jeder, der mit Tabakfabrikanten handelt, wird bestätigen, daß in Zeiten, wo die große Mehrheit der Bevölkerung häufig ohne Arbeit ist, zunächst an dem Rauchbedürfnis abgeknappt wird. Die Tabakindustrie merkt sofort, wenn solche Zustände vorhanden sind. Das Zentrum ist geneigt, in einer Kommission das Gute aus der Vorlage herauszuschälen. Ich bedauere das sehr. Was soll denn da noch herausgeschält werden? Wird dadurch das Ergebnis der Steuer geringer, so erklärt die Regierung das Gesetz einfach für unannehmbar, oder wollen Sie (zum Zentrum) das Ergebnis etwa noch weiter hinausschrauben? Es wird nach keiner Seite etwas Brauchbares aus der Vorlage zu machen sein. Die Arbeiter der Tabakindustrie, die schon ein ganzes Jahr hindurch in der Schwere gehalten werden, müssen endlich einmal wissen, woran sie sind, und deshalb muß sich das Haus einfach dafür entscheiden, daß die Vorlage wegen ihrer sozialpolitischen Folgen unannehmbar ist. Die Nationalliberalen haben im vorigen Jahre die Vorlage „mit schwerem Herzen“ abgelehnt. Das kann man den Herren aus Wort glauben, denn sie sind nicht gewohnt, der Regierung etwas abzuschlagen. Aber der damalige Redner dieser Partei, Herr Baffermann, sagte auch, daß es mit der fortgesetzten Vermehrung der indirekten Steuern seine Grenze haben müsse. Unsere Tabakindustrie hat eine so große Ausbeutung gewonnen, weil sie in den Stand gesetzt ist, der Geschnaderrichtung, die beim Tabak eine außerordentliche Rolle spielt, Rechnung zu tragen. In wenigen Tagen werden wir darüber beraten, wie man dem Mittelstande, dem kleinen Handwerker helfen könne. Die heutige Vorlage wird nothwendig nach tausenden zählende kleine Existenzen einfach vernichten. (Sehr richtig! links.) Die Hilfe der Gesetzgebung für den Mittelstand ist außerordentlich problematisch, die Vernichtung der mittleren Existenzen durch diese Vorlage ist es nicht. Wie soll man das im Lande verstehen? Und wie stimmt die soziale Fürsorge für die Arbeiter mit dieser steuerpolitischen Maßregel? Freiherr v. Stumm ist ja in seinem souveränen Urtheil in der Sache fertig. Er sagt, es sei eine Wohlthat für die Leute, aus den dymphen Tabakfabriken herauszukommen, der Landwirtschaft mangle es an Arbeitskräften, da würden die Leute gesündere Arbeit finden. So kann über diese Dinge nur sprechen, wer sie so kennt, wie Herr v. Stumm. Schon jetzt sind ja viele Arbeiter beschäftigungslos, und durch diese Vorlage wird die Zahl der Arbeitslosen und die Summe des Elends noch vermehrt.

Meine Partei hält es nicht für wünschenswerth und nothwendig, die Vorlage an eine Kommission zu verweisen. (Sehr

richtig! bei den Sozialdemokraten.) Man sagt den Leuten immer, sie sollten sich nach der Dede strecken und auf die Verhältnisse Rücksicht nehmen, aber hier wird darauf keine Rücksicht genommen. Der Reichskanzler sagt, der Reichstag habe die Militärvorlage angenommen, die Lasten auf sich genommen, und habe jetzt die Verpflichtung, die Mittel herbei zu schaffen. Meine Partei hat die Vorlage nicht bewilligt, und auch daher jetzt nicht für die Mittel zu sorgen.

Der Schatzsekretär hat gegen die Reichs-Einkommensteuer haarscharfliche Bedenken. Wiegen denn aber die staatsrechtlichen Bedenken schwerer als die bösen Wirkungen der Tabaksteuer auf die Arbeiter und kleinen Fabrikanten? Mir scheint die Tabaksteuer unter beiden Uebeln das größere zu sein. Der Reichstag soll einfach erklären, er glaube die Wirkung der Tabaksteuer verantworten zu können. Entschieden sich der Reichstag aber wirklich für die Vorlage, so werden die, welche sie annehmen und das Odium dafür auf sich nehmen, später, wenn die Folgen eintreten, nicht sagen können, sie hätten nicht geglaubt, daß die Steuer eine solche Wirkung auf die Arbeiter und kleinen Existenzen haben werde, denn es ist ihnen von den Vertretern keiner Industrie gesagt worden. Der Schatzsekretär wird sagen, diese Herren vertreten das einseitige Interesse der Industrie, aber der Schatzsekretär vertritt das ebenso einseitige steuerpolitische Interesse. Die Vorlage ist die letzte Stufe zum Monopol. Die Regierung macht damit allerdings ein außerordentlich gutes Geschäft. Wenn diese Vorlage die Arbeiter und kleinen Existenzen zu tausenden ruiniert hat, braucht die Regierung beim Monopol nur noch einen Bruchtheil der Fabrikanten abzulösen. Aber der Reichstag wird hoffentlich seine Hand nicht dazu bieten. Ich empfehle Ihnen kurzer Hand die Ablehnung der Vorlage. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Herr Zimmermann (deutsche Reformpartei): Wir können unser Bestreben nicht unterdrücken, daß wir mit dieser so entschieden im vorigen Jahre zurückgewiesenen Vorlage überrascht worden sind. Die Vorlage hat sich nicht gebessert. Da auch das Wort „Biere“ gefallen ist, so möchte ich mich dagegen verwahren, daß jetzt die Biersteuer auf der Bildfläche erscheint. Um so mehr muß es überraschen, wenn die Anregung aus dem hohen Hause selbst kommt. Der Reichsschatzsekretär hat uns die moralische Verpflichtung zugeschoben, für die Kosten der Militärvorlage zu sorgen, die wir bewilligt haben. Das ist geschehen durch die Börsensteuer, die man noch etwas schärfer hätte ausgestalten können.

Den Ausschluß der Handelsverträge gebracht haben, gehen uns auch nichts an, weil wir gegen die Handelsverträge gestimmt haben, während die damaligen Stützen der Regierung, die Sozialdemokraten, dafür gestimmt haben.

Herr Caprivi wollte die Steuern nicht auf die schwächeren Schultern und nicht auf die Landwirtschaft legen; er hat dies im Namen der verbündeten Regierungen gethan. Stellen Sie sich noch auf den damaligen Standpunkt? Wenn man andere Steuern wie die Zugssteuer nicht bringen will, warum geht man dann nicht auf die Wehrsteuer zurück? Warum nimmt man nicht den Antrag Ranig an, der dem Reiche sofort reichliche Mittel gewährt? (Sehr richtig! rechts.) Die Reichs-Einkommensteuer ist durchführbar und sie wird kommen, weil sie kommen muß.

Die großen Tabakfabriken werden die Steuer aushalten, die kleineren werden den Schaden zu erleiden haben. Man besorgt unbewußt die Geschäfte des Großkapitalismus, indem man die Massen belastet. Es ist ein Unrecht, eine so gut entwickelte Industrie fortwährend zu beunruhigen und die Arbeiter, die sich hauptsächlich aus den schwächeren Elementen zusammensetzen, zu benachteiligen. Für die Zollerrhöhung auf ausländische Fabrikate treten wir ein. Nach den Erfahrungen des vorigen Jahres glauben wir nicht, daß aus der Kommissionsberatung etwas herauskommen wird. Wir werden unferneits gegen eine Kommissionsberatung stimmen.

Um 3/4 Uhr wird die weitere Beratung bis Freitag 1 Uhr vertagt.

### Parlamentarisches.

Die sozialdemokratische Fraktion beschloß in ihrer letzten Sitzung gelegentlich der zweiten Lesung des Militär-Etats folgende Resolution einzubringen:

„Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen: Dem Reichstage einen Gesekentwurf vorzulegen, durch welchen die Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit und die Umwandlung der jetzigen Heeresorganisation in eine Militz-Wehrordnung angebahnt wird.“

Die Kommission zur Beratung eines Gesekentwurfs betr. die Abänderung der Gewerbe-Ordnung (Wandergewerbe) tagte am Mittwoch Abend. Von den Abgeordneten Schmidt und Reichhaus (Soz.) sind mehrere Anträge eingebracht, die das Verhältnis der Bühnengehörigen zu den Schauspiel-Unternehmern regeln sollen.

liberalen Abg. Franke (giltig) und des Antisemiten König-Witten (ungiltig) und beschloß dann, die Wahl des elsässischen Abgeordneten Colbus (Reformer Abg. Fischer) vorläufig zu beanstanden und über die in zwei Protesten eingegangenen Beschwerden amtliche Erhebungen zu veranlassen. Der von unseren Genossen aus dem betreffenden Kreise (Saargemünd-Forbach) eingesandte Protest liefert eine treffende Illustration zu der Diktaturdebatte, die letzter Tage im Reichstage stattgefunden hat. Entgegen den klaren Bestimmungen des Wahlgesetzes wurden in einer ganzen Reihe von Orten am Sonntag oder am Abend vor dem Wahltage die Verbreiter von sozialdemokratischen Stimmzetteln und Flugblättern von den Gendarmen kurzerhand verhaftet, gefesselt und bis zu 15 Kilometer weit nach dem nächsten Bezirksorte transportirt. Dort wurden ihnen Stimmzettel und Flugblätter abgenommen, sie selber aber entweder kurz darauf wieder entlassen, oder auch bis zu 24 Stunden eingesperrt. Das Resultat war denn natürlich das, daß mangels von Stimmzetteln und Agitation in mehr als 50 Orten überhaupt keine sozialdemokratischen Stimmen abgegeben werden konnten. Der gewählte Pfarrer Colbus hatte dadurch eine Majorität von 843 Stimmen erhalten. Die angestellte Untersuchung soll nach Beschluß der Wahlprüfungskommission auch dahin ausgehen werden, ob etwa von seiten der Kreisdirektion eine Verfügung erlassen worden sei, die für die Gendarmen der Anlaß zu diesen summarischen Diktaturverfahren war.

In der Justizgesetz-Kommission wurde am Donnerstag der Einführung der Berufung gegen Straflammer-Urtheile in erster Lesung zugestimmt. Der Abgeordnete Spahn hatte beantragt, daß für die Berufung ebenfalls die Landgerichte zuständig sein sollen und demgemäß eine entsprechende Ergänzung des § 59 des Gerichtsverfassung-Gesetzes vorgeschlagen, während die Regierungsvorlage die Zuständigkeit für die Berufung den Ober-Landesgerichten überweisen will. Spahn machte für seinen Antrag namentlich geltend, daß die Kosten bei dem höheren Gericht sehr hoch würden und andere Schwierigkeiten entständen, bei der oft weiten Entfernung des Oberlandesgerichts von den zugehörigen Landgerichten. Auch werde das Verfahren sorgfältiger sein können bei den Landgerichten. Um zu verhindern, daß die Richter der ersten Instanz einen Einfluß hätten, könnte bestimmt werden, daß die Berufung bei einem anderen Landgerichte verhandelt werde. Sollmar betonte, daß obgleich unsere Fraktion die Berufung an sich für gut halte, dieselbe doch nicht so wichtig sei, daß man nur um ihre Verwirklichung weitere oder gar bereits vorhandene Prozeßgarantien verzichten wolle. Die Regierungsvertreter hielten daran fest, daß die Oberlandesgerichte für die Berufung zuständig sein sollen. Der Vertreter der preussischen Justizverwaltung machte dabei ein interessantes Geständnis. Er bemerkte nämlich: die Kosten seien allerdings ein wesentlicher Punkt. Es frage sich, ob die allgemeinen Kulturinteressen (!) es gestatten, für einen speziellen Zweig der Verwaltung größere Kosten zu bewilligen. Der preussische Finanzminister habe sich aus diesem Grunde nur schwer entschließen können, der Vorlage zuzustimmen! — Die konservativen und nationalliberalen Gegner der Berufung gaben ihren Widerstand auf; nur der Abgeordnete Schröder von der freisinnigen Vereinigung bleibt auf seiner entschiedenen Gegnerschaft bestehen, und zwar auf Grund seiner unzweifelhaft richtigen Ansicht, daß das beste Rechtsmittel nicht im Stande sei, wirksame Prozeßgarantien zu ersetzen; man solle diese letzteren zweckentsprechend erweitern, dann sei jedes Rechtsmittel entbehrlich.

Nach längerer Debatte wurde dann der Antrag Spahn zu § 59 mit 18 gegen 3 Stimmen abgelehnt und die Regierungsvorlage zu § 123 mit 19 gegen 1 Stimme angenommen.

Ohne Debatte wurde dann der § 136, der die Zuständigkeit des Reichsgerichts bestimmt, mit den durch die vorhergehenden Beschlüsse nöthigen Änderungen des Abjages einstimmig angenommen. — In § 124 soll eine Bestimmung nach der Regierungs-Vorlage aufgenommen werden, welche dem Uebellände, der durch die weite Entfernung einzelner Landgerichte von dem Ober-Landesgerichte eintreten kann, abhelfen soll. Zu diesem Zwecke soll durch Anordnung der Landes-Justizverwaltung für ein oder mehrere Landgerichte eines Bezirkes ein Straßennetz aus Mitgliedern des Ober-Landesgerichts oder der Landesgerichte gebildet werden können, denen in dem Bezirk die gesammte Thätigkeit in der Berufungsinstant übertragen wird. (sogenannte detachirte Straßennetze). Es wurden verschiedene Abänderungsanträge für diese Bestimmung vorgeschlagen und wurde deshalb die Beschlusfassung hierüber vertagt.

**Zollvorlage-Kommission.** In der Sitzung am 21. d. M. beschloß die Kommission in erster Linie mit der Resolution Stumm, in welcher die Regierung aufgefordert wird, für Quebrachholz und andere Gerbstoffe einen wirksamen Zollschutz einzuführen. Außer von Stumm wurde der Antrag von dem nationalliberalen Abgeordneten Dresler, welcher den Wahlkreis Siegen vertritt, und dem antisemitischen Abg. Hirschel vertheidigt. Gegen den Antrag sprachen die Abgg. Barm, Möller-Dortmund und Siegle. Es wurde hervorgehoben, daß der projektirte Zoll eine ganze Industrie mit mehreren tausend Arbeitern ruiniere werde. Der Abg. Siegle theilte u. a. mit, daß nach einer ihm verbürgt zugegangenen Mittheilung das Leder zu den Seffeln im Sitzungssaal des Reichstags mit Quebracho gerberet sei, was wohl gegen die Nichtigkeit der Behauptung spreche, die Quebracho-Berbung lauge nichts. Die Vertreter der Regierung verhielten sich schweigend. Die Resolution, in welcher ein bestimmter Zollsatz noch nicht vorgeschlagen ist, wurde mit 12 gegen 8 Stimmen angenommen. Die Anträge Hammacher und Salisch, nach welchen der Bundesrath die Ermächtigung empfängt, Kampfschiffe gegen Spanien einzuführen, wurden mit 12 gegen 7 Stimmen angenommen. — Die zweite Lesung der Zollvorlage findet im Plenum voraussichtlich nächsten Montag statt.

**Die Budgetkommission des Reichstages** erledigte in der Sitzung am Donnerstag das Ordinarium des Marineetat's. Abgelehnt wurde eine Summe von 800 000 M. an den Indienststellungen der Flotte. Da andererseits die Verpflegung auf dem Lande sich durch diese Abstriche um 72 000 M. erhöht, so verringert sich in Wirklichkeit das Ordinarium des Marine-etats durch den Abstrich nur um 728 000 M. Zimmerlin umfaßt auch nach diesem Abstrich die Erweiterung der Indienststellung Mehrausgaben gegen das Vorjahr im Betrage von ungefähr 2 Millionen Mark. Vorbehalten wurde die Beschlusfassung über eine Position von 1 800 000 M. betreffend Umänderungen an den alten großen Panzerschiffen „Deutschland“, „König Wilhelm“ und „Friedrich dem Großen“ bis zur Veranlassung des Extraordinariums. Der Abstrich an den Indienststellungen wurde einstimmig beschloßen.

Im weiteren Verlauf der Beratungen kamen die großen Kosten zur Sprache, welche die neuen Schießbahnen der Marine verursachen. Abgeordneter Richter regte an, gegenüber diesen nothwendigen Mehrkosten auf der anderen Seite das unnütze Salutschießen einzuschränken. Staatssekretär Hollmann suchte dasselbe zu vertheidigen unter Berufung auf internationale Gebräuche. Außerdem würde zu den Salutschüssen das alte minderwertige Pulver noch verwendet. Abgeordneter Richter meinte, daß zunächst das Uebermaß von Salutschüssen innerhalb der deutschen Flotte abguschaffen sei. Je mehr altes Pulver aufgebraucht würde zum Salutschießen, desto weniger bleibe davon übrig für Gefechtsübungen. Das neue rauchschwache Pulver erheischt die sehr hohen Kosten. — Auf Anregung aus der Kommission macht Staatssekretär Hollmann aber die Briefstaubensationen der Marine Mittheilungen. Dieselben bestehen für die Nordsee und für die Ostsee. Es werden Briefstaubensationen geachtet, um Nachrichten

von den Schiffen auf offener See, von den Feuerschiffen und den Aufstellungen, auch von Helgoland nach den Kriegshäfen gelangen zu lassen. Die Tauben in Wilhelmshaven sind eingetrennt in Flüge für den Westen, Norden und Osten und werden den Kriegsschiffen mitgegeben, um alsdann je nach der Stellung der Tauben aus näherer oder weiterer Entfernung aufgelassen zu werden. Außerdem werden Privatvereine Preise gezahlt, sofern dieselben durch ihre Briefstaubzucht die Marine unterstützen.

## Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 21. Februar 1895, nachm. 5 Uhr.

Der Stadtv. Degmeier, der der Versammlung seit 1878 ununterbrochen angehört hat, ist verstorben. Sein Andenken wird in der üblichen Weise geehrt.

Zur Verhandlung liegt zunächst die Vorlage betr. die Eingemeindung von Vororten, wozu der Magistrat inzwischen das erforderliche statistische und sonstige Material zum größeren Theil der Versammlung zugänglich gemacht hat.

Stadtv. Dr. Preuß hält bei der noch wenig vorgeschrittenen Klärung der Frage eine Generaldiskussion für nothwendig, bevor man die Vorlage einem Ausschuss überweist. Berlin bilde mit seinen sogenannten Vororten längst einen einzigen Gesamtkörper, und es sei ein Anachronismus, daß Berlin nicht auch organisatorisch bereits ein solcher sei. Die Eingemeindungen hätten immer des Anstoßes von oben bedurft, so auch die von 1890/91, gegen die sich der Magistrat ebenfalls gekämpft hatte, die aber heute sicher niemand mehr ungeheuren Wünschen könne. Die Versuche, den Schwierigkeiten, in welche die Vororte gekommen seien, auf anderem Wege als durch Inkommunalisierung abzuwehren, seien bisher fehlgeschlagen und würden weiter fehlgeschlagen, da der Riese Berlin stets die Zwerggemeinden, die man etwa bilden könnte, erdrücken würde. Die Vorlage gehe nun, wenn auch widerwillig und gedrängt, auf diese Gesichtspunkte ein, wenn sie auch noch zahlreiche unnatürliche Zerschneidungen von Vororten, wie die Lichtenbergs in Aussicht nehme. Es sei ja nun auch tatsächlich nicht nothwendig, gleich den „ganzen Schwamm“ zu nehmen, aber es müsse ein Generalplan aufgestellt werden, der nach und nach zur Ausführung gelange. Die schlimmste Seite der Sache sei der Kostenpunkt. Von 3-400 Millionen sei die Rede gewesen. Sollte sich nicht diese Summe vergrößern oder verkleinern lassen je nach dem für die Eingemeindung in Aussicht zu nehmenden Zeitraum? Man brauche ja nicht so stürmisch in den Vororten mit allen kommunalen Einrichtungen vorzugehen, deren Berlin sich erfreue. Hauptsächlich würden sich diese Gesichtspunkte im Ausschuss zur Geltung bringen.

Stadtv. Dentig bittet die Versammlung, heute endlich zu einem bestimmten Beschluß zu kommen und beantragt den Beschluß der gemischten Deputation vom 15. März 1893 zuzustimmen, welche die Eingemeindungsfrage besser gelöst habe als die heutige Vorlage und ebenfalls jede Veränderung der bestehenden Verwaltungsorganisation ausschließe. Die politischen und sanitären Zustände, die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse seien in den Vororten geradezu unhaltbar. Die Ringbahn und die Wasserscheidegrenze reichen heute nicht aus; das Nichtigste habe der Beschluß von 1893 getroffen, sämmtliche an Berlin stoßende Vororte mit ihrem ganzen Gebiet einzuverleiben. Je länger die Sache hinausgeschoben werde, desto wilder wuchere die Bau- und Terrain speculation in den Vororten empor.

Stadtv. Spinola: Es handelt sich nur noch um den Umfang der Eingemeindung, und da sage ich: Wenn schon, denn schon! Die Eingemeindung im großen Stile ist das einzig angemessene; es muß ein Groß-Berlin geschaffen werden. Die Magistratsvorlage ist nicht akzeptabel; dazu sind die Nordorfer und Schöneberger doch wahrhaftig nicht dumm genug, sich einfach halbiren zu lassen! (Weiterkeit.) Falsch ist es auch, den Norden ganz draußen zu lassen und den Westen noch hypertrophischer und didaktischer aufzuwickeln zu lassen. (Zustimmung.)

Oberbürgermeister Jelle: Selten ist eine große tief einschneidende Maßregel mit weniger allgemeiner Freude begrüßt worden als diese. In einer Versammlung der Vorortinteressenten im Januar ist angeprochen worden, daß es den einzelnen Vororten gar nicht so ganz besonders darauf ankommt, einverleibt zu werden. Ganz ablehnend hat sich auch Charlottenburg verhalten; Charlottenburg sei bloß mitleidende Kuh für Berlin, heißt es in der dortigen Stadtverordneten-Versammlung. (Weiterkeit.) Wir haben ein Gesetz von 1880, welches die Berliner Sicherheitspolizei auf gewisse Theile der Umgebung ausdehnen gestattet; man begreift nicht, warum von dieser Befugniß kein Gebrauch gemacht wird. Die Freunde der großen Eingemeindung lassen die Frage nach den Armenlasten links liegen. Die Vororte klagen über die Kreisabgaben, für die sie nichts haben. Erlangen die Vororte Stadtrechte, so fallen die Kreisabgaben fort. Berlin thut bereits ganz erhebliches für die Vororte. Wir liefern Gas und Wasser für eine Reihe von Vororten, Theile von Schöneberg und Charlottenburg partizipiren an der Kanalisation; in den städtischen Schulen sitzen hunderte von Kindern der Vororte. Die Gemeindefschulen werden diesen für 10 M. jährlich geöffnet. Auch die Krankenhäuser stehen den Vororten offen; gegen einen sehr mäßigen Satz machen sie davon einen umfangreichen Gebrauch. Sind die Herren aus den Vororten erst bei uns, dann werden sie von uns nehmen, was sie nur immer erlangen können. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn wir schon einverleiben, sollen die Herren draußen ihre Realsteuern so lange erhöhen, bis sie ihre Gebäude und Einrichtungen auf Berliner Stand gebracht haben. (Sehr richtig!) Im Norden haben wir schon einverleibt. Auf dem Berliner Terrain zwischen Biehof und Humboldtthain können noch 800 000 Menschen wohnen. Bleiben Sie bei dem Plane des Magistrats! (Beifall.)

Stadtv. Singer: Es ist dem Ober-Bürgermeister doch nicht ganz gelungen, die Angriffe gegen die Haltung des Magistrats zurückzuweisen und seine Vorlage zu verteidigen. Die ganze Haltung des Magistrats in der Frage erinnert wirklich sehr an den Wahlpruch der alten österreichischen Landwehr: Immer langsam voran! Die Protokolle der gemischten Deputation geben denen recht, die über die ungemeine Pangsamkeit klagen, mit der der Magistrat die Angelegenheit behandelt hat. Im Magistrat und theilweise auch in der Versammlung herrscht ein Widerwille gegen die Eingemeindung überhaupt. Diesen Standpunkt bedauere ich sehr, gebe ihm aber vor einem ganz unzulässigen Kompromiß den Vorzug, durch welches man den Freunden der Eingemeindung, nur um sie los zu werden, ein ganz kleines Stückchen entgegenkommt. Den gleichen Standpunkt nahm heute auch der Ober-Bürgermeister ein. Was Berlin für die Vororte bereits gethan hat und noch thut, scheint mir gerade den Gedanken der Eingemeindung zu unterstützen. Es handelt sich hier auch nicht darum, Wohlthaten aufzudrängen. Wir stehen nicht davor, den Charlottenburgern, Nordorfern u. einen Gefallen zu thun. Nach unseren Interessen haben wir zu entscheiden, und diese verlangen gebieterisch die Eingemeindung aus ökonomischen und hygienischen Gründen. Ein großer Theil der Einwohner der Vororte häuft täglich im Berliner Reichthum, sie wohnen draußen, arbeiten hier, verkehren in der Stadt und bringen uns alle aus ungefunten Verhältnissen entstehenden Gefahren nach Berlin hinein. Alle unsere hygienischen Einrichtungen sind pro nihilo, so lange hierin nicht Wandel geschaffen wird. Die Epidemien sind demokratisch genug, um nicht vor den Thoren Berlins Halt zu machen; wir können uns daher nur schämen, wenn wir unsere Einrichtungen auf die Vororte übertragen. Auch aus ökonomischen Erwägungen ist die Eingemeindung nöthig.

So steht es nicht, daß es ein Vortheil für die Vororte ist, daß deren Bewohner in Berlin arbeiten. Die ungeheure Vertheuerung von Grund und Boden hat die Bevölkerung aus Berlin herausgedrängt; mit ihrer Arbeitskraft und Thätigkeit heben sie aber den Wohlstand Berlins. Es ist, wenn die Anschauung des Magistrats zum Durchbruch gelangt, beinahe ein Glück, daß die letzte Entscheidung andere Faktoren in der Hand haben. Aus dem Standpunkt der finanziellen Interessen Berlins darf die Frage nicht betrachtet werden. Gegenüber der Sterilität des Magistrats halte ich es wirklich für ein Glück, daß das Eingemeindungsgeheh der preussische Landtag macht. (Hört, hört!) Der Magistrat will nur das allernothwendigste einverleiben und sucht nebenbei noch die finanziell kräftigeren Orte aus, die anderen läßt er hübsch draußen. (Weiterkeit.) Ja, er nimmt auch von den einzelnen Orten die steuerkräftigsten Theile, zerstückt die Gemeinden und überläßt den größeren feuerkräftigeren Theil, der die größten Lasten trägt, seinem Schicksal. Hält er wirklich eine solche Regelung für möglich? Mit Recht vermisst man in den Vororten die Anwendung der großen Gesichtspunkte seitens des Magistrats. Der Zuwachs an zahlreichen leiblich eingerichteten Gemeinden hat doch so viel Werth, daß die Vororte nicht nöthig haben, sich vom Magistrat als Bettler behandeln zu lassen. (Widerspruch und Lachen.) Bis jetzt haben erfreulicher Weise alle Redner die Magistratsvorlage als nicht ausreichend bezeichnet. Eine so willkürliche Zufallsgränze wie die Ringbahn, ohne allen inneren Zusammenhang mit Stadt und Umgebung können wir nicht gelten lassen. Wir müssen entweder die Gemeinden nehmen, wie sie sind, oder sie draußen lassen. Die Befürchtung, daß aus der Inkommunalisierung sofort ungeheure Kosten erwachsen würden, sind gehörig übertrieben. Das sofort nach der Eingemeindung in jedem Vororte alle Einrichtungen, deren Berlin sich erfreut, getroffen werden müssen, davon ist gar keine Rede. Wir werden die neuen Mitbürger einfach darauf verweisen, daß es auch in Berlin Jahrzehnte und Jahrzehnte gedauert hat, bis die Peripherie die Einrichtungen erhielt, welche das Zentrum längst besaß. Was in bezug auf Versorgung mit Gas, Wasser u. s. w. schon vorhanden ist, erleichtert ja nur die Eingemeindung. Den Antrag Dentig lehne ich ab, weil wir nicht gut über den Kopf des Magistrats hinweg Anträge annehmen können, zu denen er sich vorläufig ablehnend erklärt. Ich unterstütze den Antrag auf Ausschussberatung in der Hoffnung, daß der Ausschuss mehr als die Deputation leisten wird, da ihm das Bleigewicht des Magistrats fehlt. Er muß aber die Vollmacht haben, mit seinen Vorschlägen auch über die Magistratsvorlage hinausgehen zu dürfen, sonst könnten wir ruhig zu der Vorlage in des Magistrats schon heute Nein sagen.

Stadtv. Cassel: Ich kann mich der Befürchtung trotz alledem nicht entschlagen, daß die Eingemeindung den Berliner Steuerzahlern schwere Lasten in Zukunft auferlegen wird. Niemand kann sagen, geschweige beweisen, daß der Verlauf der Dinge 1890 und 1891 sich jetzt wiederholen wird, wo die Eingemeindung in viel größerem Maße geplant wird. Ist die Eingemeindung erfolgt, dann wird die Bescheidenheit der Bewohner der neu angegliederten Vororte verschwunden sein, alle werden sie dann auch elektrisches Licht, Krankenhäuser u. s. w. verlangen, denn sie sind dann auch alle Berliner Bürger und zwar ein bevorzugtes Viertel. Ich bin für die Eingemeindung nur, weil ich in den sauren Apfel beißen muß. Den Norden werden wir aber in der That nicht anschließen können; ob dort noch unbebautes Terrain liegt, kann doch nicht entscheidend sein. Der Norden muß verklärnere, wenn er durch die Verschiebung des Berliner Zentrums nach Westen noch weiter isolirt wird.

Stadtv. Kast spricht sich auch für eine größere Eingemeindung aus. Im Norden Berlins, in dem zu Berlin gehörigen Grundrücken, brennen noch in Menge Petroleumlaternen; dort ist noch heute die Gasbeleuchtung nicht durchgeführt. Mit den kostspieligen Einrichtungen in den einzuverleibenden Vororten werde es also wohl noch gute Wege haben.

Stadtv. Dr. Vangerhans: Ich bin stets für eine geringere Eingemeindung eingetreten, weil Ziegeler, Treppow und Weisenfeer keine gemeinsamen Interessen und kein Gefühl für einander haben werden, weil es sich dann um ein homogenes Stadtgebilde nicht mehr handeln würde. Die Bemerkungen des Stadtverordneten Singer wegen der hygienischen und wirtschaftlichen Rücksichten sind unzutreffend. Die Vororte verdanken, was sie sind, ganz allein der Stadt Berlin. Es ist ungerecht zu behaupten, daß wir bloß die reichsten Vororte einverleiben wollen; wir nehmen die ärmsten Vororte, wie Vohagen und Nimmelsburg, willig auf. Ist noch eine einheitliche Verwaltung, ist noch kommunales Leben in einem Groß-Berlin möglich? Ich sage nein. Als Bettler betrachten wir die Vororte nicht. Ich sehe von den finanziellen Berechnungen überhaupt ganz ab. Aber eine Provinz kann ich nicht als eine Gemeinde ansehen. Und wird man in einem Groß-Berlin die kommunale Selbständigkeit lassen, lassen können? Wir werden unfehlbar einen Spreeprefekten mit oberer Polizeigewalt erhalten. In unsern Wohlthateneinrichtungen, im Schulwesen müssen wir zurückbleiben, wenn alle unsere Mittel von der Eingemeindung aufgezehrt werden. Lassen Sie uns vorsichtig sein, lassen wir's beim Unerlässlichen! (Beifall.)

Darauf geht die Vorlage an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Es folgt die Vorlage betr. die Langen'sche Schwabebahn.

Der Magistrat schlägt vor, die Herstellung der Bahn als Versuch dem Geh. Kommerzienrath Langen zu übertragen, der sie Ende 1898 auf seine Kosten wieder beseitigen soll, wenn kein Vertrag über den Fortbestand zu Stande gekommen sein sollte.

Oberbürgermeister Jelle: Die Deputation und der Magistrat hatten geglaubt, es handle sich bei der mit dem Geh. Rath Langen vereinbarten Trance um einen Versuch, den der Magistrat in der Person bis Ende 1898 zeitlich begrenzt hat. Ein Schreiben des Herrn Langen ergibt, daß wir uns im Irrthum befinden haben; er lehnt es ab, auf die „ungerechte“ Bedingung einzugehen, daß die Bahn event. zu diesem Zeitpunkt auf seine Kosten wieder beseitigt werden müsse und will von dem Ausdruck „Versuchsstrecke“ nichts wissen. Unter diesem Gesichtspunkte ist die nochmalige Erörterung der Vorlage in der gemischten Deputation jedenfalls zweckmäßig.

Die Stadtv. Dinsch und Rosenow, welche die Juridverweisung beantragt haben, verzichten auf das Wort.

Stadtv. Vogtherr: Wir sind stets Gegner der Vergebung solcher Unternehmungen an Private gewesen, sondern geben der Herstellung in Regie der Gemeinde den Vorzug. Vom Standpunkte des reinen Geschäftsmannes ist die Erklärung des Herrn Langen durchaus begrifflich. Der Sache selbst sind wir im Interesse der Stadt sehr geneigt gewesen. Wenn nun der Magistrat in die Vorlage diese Bedingung hineinbrachte, die sich wie ein indirektes Hemmnis annehmen, so hat er vielleicht nicht mit der ganzen Geneigtheit, die man auch beim Magistrat voraussehen sollte, die Angelegenheit gefördert; und war das nicht seine Absicht, so ist es jedenfalls die Wirkung gewesen.

Stadtv. Cassel widerspricht dieser Auffassung, er hofft, man werde auch jetzt noch zu einem erproblichen Resultate gelangen.

Die Vorlage geht an eine gemischte Deputation zurück.

Der Ausschuss für die Angelegenheit betreffend die Verabfolgung der Gaspreise hat sich in seiner letzten Sitzung auf den Antrag geeinigt, daß vom 1. April 1895 ab für Kraftgas eine Ermäßigung von 12 S auf 10 Pfennige eintreten, der Preis von 16 Pf. für Leuchtgas aber bestehen bleiben soll. Der frühere Beschluß auf Einführung eines Einheitspreises von 18 Pf. ist fallen gelassen worden. Stadtv. Scheidung referirt.

Stadtv. Deter behauptet, daß etwas weiteres aus den Ausschussberatungen nicht herausgekommen ist, will aber auch das gebotene akzeptiren, wenn er zunächst nicht mehr erhalten kann. Die Leistungsfähigkeit der städtischen Werke könne thatsächlich bis zu 120 Millionen Kubikmeter hinausgebracht werden, ohne daß besondere Bauten oder Anlagen nöthig seien. Nach dem Ausbau der Retortenhäuser könnten 700 000—750 000 Kubikmeter täglich erzeugt werden. Die Hoffnung, daß man noch einmal zum Einheitspreis gelangen werde, will Redner nicht aufgeben. In der neuen Deputation für die Gaswerke habe man seinen Anträgen seitens des Magistrats leider keine Förderung angebeiden lassen.

Stadtrath Marggraff befreit Letzteres. Die Gasdeputation habe fast genau dasselbe beschlossen, wie der Ausschuss, nämlich das technische Gas mit 33 1/3 pCt. Rabatt abzulassen. Auch sonst sei Herrn Deter durchaus entgegengekommen worden. Es handle sich zunächst um eine schleunige Hebung der Gasproduktion, um die Sicherstellung der Zukunft unserer Gaswerke. Er hoffe, daß zum 1. April das neue Verfahren bezüglich der Abgabe des Kraftgases mit dem billigeren Preise zur Durchführung gelangen werde. Beschwerden über mangelndes Entgegenkommen der Verwaltung der Gaswerke, werde er nach Möglichkeit abhelfen, wenn solche Beschwerden an die Zentralstelle geleitet werden.

Stadtv. Lüben will auch eine Leuchtflamme beim Kochapparat in der Küche zu dem ermäßigten Preise von 10 Pf. gewährt wissen.

Unter Annahme dieses Amendements wird der Ausschussantrag genehmigt, nachdem der Referent Scheidung dem Stadtv. Deter für seine ganz außerordentlichen Bemühungen um die Förderung der Angelegenheit unter dem Beifall der Versammlung seinen Dank ausgesprochen.

Schluß 8 1/2 Uhr.

## Lokales.

In die Lokalliste sind noch eingetragen: Seidel, G e s u n d b r u n n e n, Kleiner Volksgarten. Ferner die in R u m m e l s b u r g belegenen Lokale von B o w i n k e l, Hauptstraße 88 und Müller, Reue Prinz Albrechtstraße 70. G e s p e r t sind in Nimmelsburg: Café Bellevue, Hauptstraße 2, Brücke, Hauptstraße 23, Walter, Hauptstraße 87, Weigel, Türschmidtstraße 45, Wagner's Ruh, in der Köpenicker Heide.

Im Auftrage der Lokalkommission: Karl Scholz, Wrangelstr. 82.

Von der grauenhaften Höhe des gegenwärtigen Elends entwirft eine hiesige Korrespondenz die folgende Schilderung: In recht schroffem Gegensatz zu der vor kurzem gemachten Mittheilung von dem in Berlin vorhandenen Geldüberfluß und der erheblichen Vermehrung der Spareinlagen bei den hiesigen Sparcassen sieht die traurige Thatsache, daß gegenwärtig die Berliner Leihhäuser eine ganz ungewöhnlich bedeutende Frequenz aufweisen. Ja, der Andrang zu diesen Instituten ist jetzt, vor allem seitens der ärmeren Bevölkerung, so stark, daß die Leihhausbesitzer, wenigstens die Privaten, auf die ihnen gebrachten Verfassungen nur noch ganz geringe Beträge herleihen und viele sogar lediglich noch werthvolle Schmuckgegenstände, ganz neue gute Waare und dergl. als Pfänder annehmen. Mit Kleidungsstücken, selbst den theuersten und sehr gut erhaltenen, müssen die Geldbedürftigen zumeist von einem Leihhause zum andern ziehen, ehe sie endlich eines finden, dessen Besitzer in seinen bereits vollgeproppten Leiherräumen für einige Stücke mehr noch Platz hat, und der sich daher mit vieler Mühe erweihen läßt, für Sachen von etwa 60 bis 100 Mark Werth ganze 6 bis 8 Mark oder im günstigsten Falle 10 Mark herzugeben. Das reicht einige Tage aus. Und dann ist bei der Infolge des andauernden strengen Winters herrschenden, namentlich die Bauhandwerker hart bedrückenden, gegenwärtigen großen Arbeitslosigkeit dieselbe Noth im Hause, wie vorher. In dieser Lage befinden sich zur Zeit tausende von Familien, die immer wieder mit einem Stück nach dem andern die Leihhäuser aufsuchen müssen, so daß diese jetzt zeitweilig von Geldbedürftigen im wahren Sinne des Wortes belagert sind.

Aus Schorndorf. Von einer kaufertreuen Leistung, die alles bisher auf diesem Gebiete dagewesene übertrumpfen dürfte, erzählt die „Volks-Zig.“ das folgende:

Die Charlottenburger Stadtverwaltung hatte einmal den Schnee von jener Chaussee wegräumen lassen, die Berlin direkt mit Charlottenburg verbindet. Als die Räumungsarbeit glücklich vollzogen war, äußerte Kaiser Wilhelm II. den Wunsch, auf jener Strecke Schlitten zu fahren und die bestärkten Stadtköcher besetzen sich, den weggeführten Schnee wieder dahin zurückbringen zu lassen, wo er hergenommen war, damit der Monarch die erwünschte Schlittenbahn nicht vermissen.

Seit dieser Zeit soll die Charlottenburger Stadtverwaltung für unvorhergesehene Fälle immer einen genügenden Vorrath Schnee in Reserve halten.

In einer wahren Rasamität wächst sich nachgerade die Eigenthümlichkeit unserer königlichen Equipagen aus, rücksichtslos mit einer wahrhaft rasenden Schnelligkeit durch die Straßen zu jagen und nicht einmal an den Straßenkreuzungen das Tempo zu mäßigen. Unsere Polizei, die jeden Schlächtermagen, der auch nur annähernd so schnell eine Straßenecke passieren würde, sofort beim Krachen nimmt, beschränkt sich dem gegenüber darauf, die — a n d e r e n Wagen, die sicher fast immer wichtigere gesellschaftliche Funktionen zu verrichten haben, zum Halten zu veranlassen und dann vor der betreffenden Equipage stramm zu stehen.

Am Sonntag Abend gegen 1/9 Uhr kam es infolge solchen Jagens einer königlichen Equipage — oder war es, wir sind hierin nicht ganz sachverständig, nur eine hochadlige? — an der Ecke der Wilhelm- und Leipzigerstraße zu einem Zusammenstoß mit einer Fahrpreisanzeiger-Droschke. Eine erste Equipage der genannten Art hatte, ohne Schaden zu thun, die betreffende Ecke im Zuge der Wilhelmstraße passiert; eine zweite, unmittelbar im gleichen, rasenden Tempo folgende stieß dagegen, nachdem sie noch gerade knapp an einem Pferdebahnwagen vorbei gekommen, mit der daneben fahrenden Droschke zusammen, deren Führer durch den Pferdebahnwagen gebündelt gewesen, die Equipage und den Halt! rufenden Schutzmann rechtzeitig zu bemerken. Der Droschke wurde, trotz des schleunigen Zurück- und Seitwärtswehens des Pferdes von seiten des Droschkenführers, ein Scheerbaum zerbrochen; eine halbe Sekunde Zeitunterschied und ein größeres Unglück wäre unvermeidlich gewesen! Selbstverständlich fuhr die betreffende Equipage, ohne sich darum zu kümmern, was für Unheil sie angerichtet, in gleichem Tempo weiter.

Das verartige und schlimmere Unglücksfälle nicht tagtäglich durch das geschändete Verhalten dieser Equipagen veranlaßt werden, ist geradezu als ein Wunder zu bezeichnen. Wir fragen nun: gedenkt die hohe Polizei sich auch weiter auf das oben beschriebene Verhalten dem gegenüber zu beschränken, bis erst Bürgerleben dadurch umgelommen sind? Oder würde auch das nicht genügen, und muß erst einmal ein Insaße einer solchen Equipage dadurch zu Schaden gekommen sein, ehe die Polizei die Fahrregeln, deren Beachtung sie von anderen Fuhrwerken verlangt, auch auf jene Equipagen ausdehnt?

Doch halt! wir haben etwas richtig zu stellen. In dem oben erwähnten Falle hat sich die Polizei in Gestalt des an der betreffenden Stelle postirten Schutzmannes ja nicht auf das beschriebene Verhalten beschränkt. Nachdem das Unglück passiert, that sie ja etwas weiteres. Sie — langte ihr Notizbuch heraus, um den Droschkenführer aufzuschreiben. Glücklicherweise hatten eine ganze Reihe von Privatpersonen das Vorkommnis beobachtet und gaben dem Kutscher bereitwillig ihre Adresse, um, wenn nöthig, seine Unschuld zu bezeugen. Und noch ein weiteres scheint infolge jenes Zusammenstoßes geschehen zu sein. Vorgestern Mittag wenigstens sahen wir an der be-

treffenden Gede nicht nur wie am Sonntag Abend einen Schuhmann zu Fuß stationiert, sondern einen Schuhmann zu Fuß und einen zu Pferde. Jetzt können die betreffenden Equipagen also ungefährdet auch diese Straßenzugung durchziehen.

**Ein „Edelster und Vester der Nation“** annouciert in der „Vossischen Zeitung“: „Adoption. Vornehmer, älterer Kavaliere von uraltem Adel wäre eventuell geneigt, sehr reicher Dame seinen Namen zu geben. Strengste Diskretion. Offerten u. s. w.“ Kürzlich suchte ein „talentvoller christlicher Herr“ durch Annonce einen „edelgedenkenden Edelmann“, um sich von ihm gegen größere Entschädigung adoptieren und sich dadurch einen bestimmten Beruf zugänglich machen zu lassen. Sollte das nicht „was für den „Kavaliere von uraltem Adel“ sein? Ob Herr oder Dame, das ist doch egal, wenn das Adoptivkind nur ordentlich zahlt.“

**Nache ist süß!** Es wird berichtet: Bei der letzten Reichstagswahl war in einem vor den Thoren Berlins belegenen Kreise der sozialdemokratische Kandidat Sieger geblieben. Seinem unterlegenen Gegner war bei dem Erscheinen in einem kleinen Orte von Anhängern der Sozialdemokratie selbstverständlich gebührend heimgeleuchtet worden. Im Laufe des jetzigen Winters erkannte nun der durchgefallene Kandidat unter den Leuten, die in der schlechten Arbeitszeit Beschäftigung in seinem großen Betriebe nachsuchten, auch solche, die ihm damals ihr Mißfallen kundgegeben hatten. Auf ihr Gesicht um Arbeit wurde ihnen die Antwort: „Dann bei der Wahl habt Ihr mir etwas gepiffen, jetzt pfeife ich auf Euch. Laßt Euch von dem Arbeit geben, den Ihr damals gewählt habt.“

Man sieht, wie recht die Arbeiter thaten, als sie einen solchen Rißel bei der Wahl den Stuhl vor die Thüre setzten. Wenn es wieder zur Wahl kommt, wird das arbeitende Volk hoffentlich noch manche seiner Feinde mit frühlichem Pfiff zum Durchfall verbeugen.

**Aus einem Nacht-Café.** Entsetzliche Vorgänge haben sich am Donnerstag Morgen gegen 4 Uhr in dem in der Zimmerstraße belegenen „Café Polonia“ abgespielt. Dies ist ein Lokal, in dem die Bedienung von zarter Hand die einkehrenden Gäste nach Möglichkeit zu rupfen sucht. Um die bezeichneter Stunde wurden Hausbewohner durch gellende Hilferufe aus dem Schlafe gestört, und ein Herr Meyer gewahrte auf dem Hofe unter dem Schem des vom Lokal ausströmenden Lichtes ein Mädchen, das sich in einer Wutlage wälzte. Er rief halb angeleitet von der Straße einen Schuhmann, einen Droschkenfahrer und andere Personen herbei. Das auf dem Hofe liegende Mädchen war die etwa 26 Jahre alte Kellnerin Beder, die in dem Wirtshaus thätig war, und der die Schlagader am Halse durchstochen war. Sie war, wie sich später herausstellte, aus einem Fenster des Lokals herausgesprungen und auf dem Hofe zusammengebrochen. Der inzwischen am Thore erschienen Heiligensilber Werner von der Sanitätswache nahm sich der schwerverletzten Kellnerin an, und die übrige Hilfe stieg unter Vorantritt des Droschkenfahrers durch ein Fenster in das Schanklokal. Die Räume wurden abgeputzt, und man holte hinter einem Vorhange den 21 Jahre alten Bäckergehilfen Tannner hervor, der aus Prenzlau am Abend vorher hier eingetroffen sein will und sich angeblich auf der Auswanderungsreise nach Amerika befindet. Er hatte in Berlin den Abschied von der Heimath feiern wollen und war auf seiner Wanderung am Mittwoch Abend um 7 Uhr in das „Café Polonia“ geraten. Seine mit 320 M. gepickte Börse bot sowohl der Wirtin, als auch den Kellnerinnen die Aussicht auf ein gutes Geschäft. Der Bäckergehilfe wurde daher außerordentlich standesgemäß behandelt, bis der erreichte Zweck erreicht war, und Wein und Sekt in Strömen floß. Das Festgelage hatte bis gegen 4 Uhr gedauert, als die Wirthschaft des Auswanderers auf 20 M. zusammengekommen war. Die Bedienung wollte aber auch noch den letzten Goldstück einheimen, Tannner widersetzte sich und es kam zu Uneinigkeiten, die alsbald in Thätlichkeiten ausarteten. Hierbei erhielt zunächst die Wirtin Anna Deuter mit einer Weinsflasche einen Schlag über das Gesicht, ohne daß indeß eine schwere Verletzung entstand. Dann brachte Tannner mittelst eines Tischmessers, das er in dem Lokal gefunden hatte, der Kellnerin Beder den lebensgefährlichen Stich in den Hals bei. Der Stoß war ein so heftiger, daß die Klinge abbrach. Während die Polizei die schwerverwundete Kellnerin nach der Unfallstation I in der Wilhelmstraße brachte und auch die Wirtin sicherstellte, warfen sich die in das Wirtshaus eingetretenen Personen auf den Bäckergehilfen und richteten ihn unter Zuhilfenahme von Flaschen derart zu, daß auch ihm von dem Heiligensilber Werner ein Verband angelegt werden mußte, bevor die Polizei ihn nach der Wache abführte. Die Wirtin konnte nach der polizeilichen Feststellung des Thatbestandes wieder entlassen werden. Das Lokal, das durch umherliegende Scherben von Flaschen und Fensterscherben, durch das stark geflossene Blut und durch sonstige Trümmer einen wüsten Anblick bot, ist zunächst geschlossen worden. Der Zustand der Kellnerin hat sich gegen Mittag auf der Unfallstation gebessert, so daß nach ärztlicher Ansicht trotz des ungeheuren Blutverlustes eine unmittelbare Gefahr für das Leben nicht besteht. Eine Verschlimmerung ist nur noch dann zu befürchten, wenn das zu dem Stoß gebrauchte Messer schmutzig gewesen ist. Die Weder dürfte noch am Nachmittage vernommen werden. Ein klares Bild über die Entwicklung des Kampfes läßt sich noch nicht geben. Die That Tannners erscheint im Hinblick auf die an ihm vorgenommene Ausplünderung in einem milderen Lichte.

Auch dieser Vorgang drängt wieder zu der Frage, warum die Polizei in ihrer Eigenschaft als unparteiische Schlichterin der Sittlichkeit den Fleischbörsen, Kupfanstalten und ähnlichen Förderstätten der Ungezucht bis in die späte Nacht hinein Konzeption giebt, während sie von Wirtshaus anhängiger Arbeiterlokale bereits um 11 Uhr Feiertabend fordert. Wistlang ist diese schon oft von uns gestellte Frage noch nicht beantwortet worden. Wie wäre es jetzt mit einer Rechtfertigung in der „Berliner Korrespondenz“, Herr Polizeiminister v. Köller?

**In dem Vorfall im Café Polonia** wird noch gemeldet, daß Wilhelm Tannner aus Ober-Erdmannsdorf bei Lauban stammt. Er kam am 19. d. M., wie er in seiner Vernehmung ausgesagt hat, nach Berlin, um über Hamburg aufzuzuwandern. Gestern Abend um 7 Uhr führte ihn sein Unstern in die „Animitreibe“, wo er mit den beiden Kellnerinnen und der Wirtin zwei Flaschen Rothwein zu je 7,50 M. und elf Flaschen Sekt zu je 15 M. trank. Er zahlte 200 M. und schiefte dann ein. Als er erwachte, fand er in seiner Geldtasche, deren Inhalt aus 320 M. bestanden hatte, nur noch ein Zwanzigmarkstück vor. Tannner nahm an, daß man ihn bestohlen habe, wurde sehr aufgebracht und schlug der Wirtin mit einer Bierflasche auf den Kopf. Dann wollte er sich entfernen, fand das Lokal aber verschlossen. Als die Kellnerin Hedwig Beder ihm laut schreitend entgegentrat, weil sie wohl glaubte, daß er ihr noch Geld schuldig sei, ergriß er ein auf einem Tische liegendes Messer und stieß es dem Mädchen in den Hals unmittelbar neben der Schlagader. Dann wollte er fliehen, wurde aber von Personen, die sich inzwischen angesammelt hatten, angehalten und überwältigt.

**Der Extrablatt-Schwindel** treibt wieder neue Blüthen. Die von dem Bäcker Wilhelm Tannner, der zweifellos betrunken gewesen ist und über seine gänzliche Ausplünderung mit Recht erregt war, begangene Körperverletzung wurde am Donnerstag Nachmittag gegen 3 Uhr dem Publikum unter dem Titel „Mord in der Zimmerstraße“ in einem aus einer Druckerei der Friedrichstraße hervorgegangenen Extrablatt dargeboten. Die angeblich ermordete Kellnerin Hedwig Beder ist bereits auf der Unfallstation von der Kriminalpolizei vernommen worden und befindet sich auch am Donnerstag Nachmittag in einem durchaus nicht lebensgefährlichen Zustande.

**In der Angelegenheit der verhafteten Gräfin Perpouche** bemerkt sich z. B. der Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Schwandt, eine Hauptklage gegen die Bürgerschaft zu erwirken. Er ist auf telegraphischem Wege von dem z. B. im Orient auf einer Vergnügungsreise weilenden Grafen P. ermächtigt worden, eine Bürgerschaft in jeder beliebigen Höhe anzubieten. Die Verhaftete, die mit Entschiedenheit befreit, ihre Cesspflicht verleiht zu haben, bleibt dabei, daß sie mit dem Grafen P., mit welchem sie vor Jahren gemeinschaftlich in Amerika weilte, rechtmäßig verheiratet sei. An den Vertheidiger wird die Aufgabe herangetragen, diesen Punkt vollständig aufzuklären, da er für die Verhaftete von strafrechtlicher Bedeutung werden könnte. Die Verhaftete wird bekanntlich beschuldigt, wider besseres Wissen den ihr nachgesagten vertraulichen Umgang mit einem Dr. med. S. aus einem Ort bei Eberswalde abgeschlossen zu haben. Steht die Verhaftete in einem ehelichen Verhältnis zu dem Grafen P., so würde event. der § 157 St.-G.-B. gegen sie Platz greifen, wonach die Strafe für Meineid auf die Hälfte bis ein Viertel zu ermäßigen ist, wenn die Angaben der Wahrheit gegen den Betroffenen selbst eine Verfolgung wegen eines Verbrechens oder Vergehens nach sich ziehen konnte. Thatsache ist übrigens, daß die Verhaftete während ihres Sommeraufenthalts in Eberswalde ihren Mädchennamen Pohl geführt hat. Ihr angeblicher Ehemann soll nach den Meldungen des Berichterstatters ein in Schlesien reich begüterter Herr sein, der nach Beendigung einer jugendlichen Sturm- und Drangperiode durch den Tod seines Vaters in den Besitz großer Güterkomplexe gelangt ist.

**Ein frecher Straßendieb** ist in den Vormittagsstunden des gestrigen Tages von einem leider unergreifen gebliebenen Strahlg gegen ein jähriges Mädchen namens Martha Blum in der Niederstraße in Szene gesetzt worden. Das Kind befand sich auf dem Wege zu einem Kaufmann um Einkäufe zu machen, als ein halbwüchsiger Burche das Mädchen anhielt und ihm die Geldsumme, die es in der Hand trug entriß. Auf die Hilferufe des Mädchens machten sich mehrere Passanten an eine Verfolgung des Straßendiebers, jedoch gelang es leider nicht, denselben zu ergreifen. Derselbe war nach der Novalisstraße zu entflohen und in einem der dortigen Häuser verschwunden.

**Verhaftet** wurde dieser Tage ein ebenso ehrbarer wie wohlhabender Schlächtermeister in der M.straße. Der brave Mann steht mit einem Fleischdiebstahl in Verbindung, den sein Schlächtergeselle H. an dem Eigentum des Engroschlächters Stönke begangen hat. Dieb und Gehilfe befinden sich in Untersuchungshaft.

**Wein Zubereiten von Fischen** zog sich die in der Reinickendorferstr. 120 wohnende Frau des Gärtners Rothnagel eine leichte Verletzung an der linken Hand zu, der sie jedoch keine Bedeutung beilegte. Bereits nach ganz kurzer Zeit stellte sich eine hochgradige Blutvergiftung ein, die durch „Fischgift“ hervorgerufen innerhalb 24 Stunden, am Dienstag Abend den Tod der 30jährigen Frau herbeiführte.

**Ueberrfahren** wurde am Donnerstag Nachmittag 4 1/2 Uhr ein alter Guitarrspieler, als er den Alexanderplatz in der Nähe der Neuen Königstraße überschreiten wollte. Das Gefährt, eine Droschke, verlor die Unglückliche derart, daß er schleunigst in ein Krankenhaus geschafft wurde.

**Polizeibericht.** Am 20. d. M. mittags gerieth in einem Hause in der Pappel-Allee die Kleider eines mit Kochen beschäftigten neunjährigen Mädchens in Brand. Das Kind wurde so schwer verletzt, daß seine Ueberführung nach dem Krankenhaus erforderlich wurde. — In der Barwalderstraße fiel ein Mann beim Befahren eines in der Fahrt befindlichen Pferdebahnwagens hin und zog sich eine erhebliche Verletzung am Kopfe zu. — Nachmittags wurde im Landwehrkanal, am Garten-Ufer, die bereits stark verweste Leiche einer Frau angeschwemmt. — In der Burgstraße fiel eine Frau infolge eines Fehltritts hin und wurde durch einen gerade vorüberfahrenden Pferdebahnwagen eine Strecke weit mitgeschleift. Sie erlitt hierbei anscheinend schwere innere Verletzungen. — In der Nacht zum 21. d. M. wurde in einer Schankwirtschaft in der Zimmerstraße eine Kellnerin von einem Gaste durch einige Messerstiche schwer verletzt. — Im Laufe des Tages fanden vier Brände statt, darunter einer in der Hartgummifabrik von Döbler, Hochstr. 20a, durch den ein Theil des Fabrikgebäudes, mehrere Maschinen und ein Theil der Vorräthe vernichtet wurden.

### Witterungsübersicht vom 21. Februar 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) zu 6, — 4, 10 M.
Swinemünde . . .	760	WSW	3	Dunst	— 0
Hamburg . . .	763	WS	4	bedeckt	1
Berlin . . .	763	W	2	Schnee	— 0
Wiesbaden . . .	768	—	—	bedeckt	0
München . . .	767	SW	2	wolkenlos	— 13
Wien . . .	767	W	2	bedeckt	— 3
Saparanda . . .	757	NO	6	bedeckt	— 11
Petersburg . . .	754	S	2	Schnee	— 8
Cork . . .	771	WSW	3	halb bedeckt	8
Aberdin . . .	770	NO	6	wollig	4
Paris . . .	769	NO	1	wolkenlos	— 6

**Wetter-Prognose für Freitag, 22. Februar 1895.**  
Zeitweise aufklärendes, vorwiegend trübes Wetter mit geringen Niederschlägen und mäßigen nordwestlichen Winden, Temperatur wenig verändert.  
Berliner Wetterbureau.

### Literarisches.

**Der wahre Jacob.** Auch die neueste Nummer zeichnet sich durch reichen Bilderreichtum und trefflichen Text aus. Wir erwähnen besonders, daß die Nummer auch das gut getroffene Portrait und eine kurze Biographie von Ehren-Reuß enthält.

### Kunst und Wissenschaft.

**Richard Wagner's „Tannhäuser“** soll nunmehr endgiltig Anfang April in der großen Oper zu Paris aufgeführt werden.

### Gerichts-Beitrag.

**Der Mörder Thomas-Schlacken-Prozess** kam dieser Tage vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Die Revision des Staatsanwalts gegen die Freisprechung des Ingenieurs Massmey in Eberde wurde aber durch Urtheilsspruch vom 20. Februar verworfen.

**Eine Anklage wegen gewerbmäßigen Glückspiels** wurde gestern vor der 8. Strafkammer am Landgericht I gegen den Kaufmann Georg Simon und den Handelsmann Hermann Pahl verhandelt. Ersterer hatte sich außerdem noch wegen zweier ihm zur Last gelegten Betrugsfälle zu verantworten. Die Angeklagten sollen auf der Rückfahrt von Remplagen im Eisenbahnloco, sowie in den hiesigen Restaurationen von Lauritzen und Diesendach die ihnen zur Last gelegten Vergehen begangen haben. Die Beweisaufnahme fiel derart zu gunsten der von den Rechtsanwältinnen Dr. Friedmann und Dr. Cohnmann vertretenen Angeklagten aus, daß nur ein kleiner Theil der geladenen Zeugen vernommen wurde. Der Staatsanwalt ließ die Anklage wegen Betruges gegen Simon, sowie wegen gewerbmäßigen Glückspiels gegen Pahl fallen und beantragte, nur den ersteren

wegen gewerbmäßigen Glückspiels mit einem Jahr Gefängnis und 500 M. Geldstrafe zu bestrafen. Das Urtheil lautete auf drei Monate Gefängnis, wovon zwei Monate durch die Untersuchungsstift für verbüßt erachtet wurden. Pahl wurde freigesprochen, Simon aus der Haft entlassen.

**Eine unnötige Eüstirung zur Wache** hat für den Maurer Schaudin unangenehme Folgen gehabt, wie in der Verhandlung, die gestern vor dem Schöffengericht stattfand, zur Sprache kam. Vor einem Neubau stand an einem Oktobertage des vorigen Jahres der Maurer Zippel. Er war hinfestgestellt worden, da man ihm Arbeit in Aussicht gestellt hatte. Ein Schuhmann mochte wohl befürchten, daß Zippel es auf irgend eine Ausweichung abgesehen habe und forderte ihn deshalb auf, sich zu entfernen. Als Zippel sich weigerte unter der Bemerkung, daß er befehligt sei, die Baustelle zu betreten, wollte der Schuhmann ihn zur Wache führen. In diesem Augenblicke trat der Maurer Schaudin hinzu und machte dem Schuhmann bemerklich, daß er im Stande sei, über die Persönlichkeit des Zippel genaue Auskunft zu geben, die Eüstirung sei somit nicht nötig. Der Beamte bestand trotzdem darauf, daß Zippel ihm zur Wache folgen solle. Schaudin und noch ein zweiter Maurer waren über das Benehmen des Beamten empört, sie begleiteten den Zippel zur Wache und verlangten, ebenfalls zu Protokoll vernommen zu werden. Nach der Aussage des Schuhmannes haben die Maurer dort immer durcheinander gesprochen, so daß ihre Vernehmung nicht möglich war. Die drei Maurer sollten deshalb in die Eüstirung gebracht werden. Während zwei von ihnen sich fügten, wollte Schaudin seine Folge leisten, er weigerte sich, seine Taschen ihres Inhalts zu entleeren. Zwei Schutzleute wendeten nun Gewalt an, sie drückten Schaudin zu Boden und legten ihm Hand- und Fußschellen an. Wegen des hierbei geleisteten Widerstandes erhielt Schaudin dann eine Anklage. Er behauptete im Termine, daß die Beamten ihn beim Anlegen der Fesseln genöthigt hätten und ihn mit Füßen getreten hätten. Nach dem ärztlichen Attest, welches der Angeklagte sich hatte ausstellen lassen, hatte er eine Menge Schrammen im Gesicht und an den Waden blaue Flecke gehabt, welche nicht, wie die Schutzleute meinten, von den Fesseln herüber kommen konnten. Der Staatsanwalt hielt wegen des bewiesenen Widerstandes eine Geldstrafe von 30 M. für angemessen, der Gerichtshof beschiednete das Verhalten des Schuhmannes aber als rigoros und die Eüstirung des Zippel für unnötig. Schaudin sei deshalb nur zu einer Geldstrafe von 6 M. verurtheilt worden.

**Die Schwere**, mit der deutsche Richter Arbeiter zu bestrafen wissen, die im wirtschaftlichen Interessenkampf einmal ein Wort zu sagen, ist bekannt. Ein neuer Beleg für die heutigen Tage übliche heraufschreiende Auffassung von dem entehrenden Vergehen der Erpressung und Nötigung wurde gestern in einer Anklage gegen die Maurergesellen Schulz und Wägener erbracht, die sich vor der achten Strafkammer am Landgericht I zu verantworten hatten. Dem „Erpressungsprozeß“ lag folgender Thatbestand zu grunde. Der Restaurateur Schönberg ließ durch den Maurermeister Rohlmey einen Bau aufführen und gab nach alter Sitte nach Vollendung des ersten Stockwerks den Arbeitern ein fälsches Bier zum Besten. Es war boykottirtes Bier der Unionsbrauerei. Der Maurerpolier beruhigte jedoch den Bauern darüber, daß es den Arbeitern dennoch schaden würde. Einzelne sollen auch das Bier getrunken haben, andere dagegen wiesen es zurück und gossen es unter nicht mißzuverstehenden Worten auf den Hof. Der ausführende Maurermeister sah darin eine „Beleidigung“ des Bauherrn und entließ den betreffenden Theil der Arbeiter. Am nächsten Tage suchte Schulz in einer Unterredung mit dem Bauherrn Schönberg diesen zu bewegen, die entlassenen Arbeiter wieder einzustellen, widrigenfalls die Fertigstellung des Baues verzögert werden sollte. Wie der Bauberr seinerzeit dem Maurermeister mitgeteilt hatte, soll dabei auch das Wort gefallen sein: „Sie würden sonst die Macht der Sozialdemokratie kennen lernen!“ Der Zeuge Schönberg giebt zu, daß die Unterredung keinen erregten Charakter gehabt habe und versichert, daß er großen Schaden gehabt haben würde, wenn der Bau liegen geblieben wäre. Der Angeklagte Schulz und sein Begleiter bei jener Unterredung versicherten übereinstimmend, daß nur von Bitten, aber nicht von Drohungen die Rede gewesen sei. Die Wiedereinstellung der entlassenen Arbeiter wurde abgelehnt, und nun suchte Wägener auf einen trotzdem weiter arbeitenden Maurer einzuwirken, indem er ihm sagte: „er solle sich was schämen, und verdiene eigentlich einen Denkfettel.“ Der Staatsanwalt erblickte hierin nicht nur ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung, sondern auch gegen § 240 St.-G.-B. (versuchte Nötigung), und beantragte gegen Schulz sechs Monate, gegen Wägener vier Monate Gefängnis. — Rechtsanwältig Rah bestritt das Vorhandensein einer strafbaren Handlung und hielt es für unzulässig, neben der Strafbestimmung des § 153 der Gewerbe-Ordnung auch noch den § 240 des Strafgesetzbuches heranzuziehen. — Der Gerichtshof war der Ansicht des Staatsanwalts und verurtheilte die Angeklagten wegen der gethanen Neuzerren zu je drei Monaten Gefängnis.

**Der ehemalige Kammerer Lehmann aus Eberswalde** ist wegen der in Höhe von 55 000 M. an der dortigen Stadtkasse begangenen Unterschlagungen von dem Schwurgericht in Prenzlau zu fünf Jahren Zuchthaus, sechsjährigem Ehrverlust und Tragung sämmtlicher Kosten verurtheilt worden.

**Das Urtheil im Boriser Erpressungsprozeß** wurde am Donnerstag verurtheilt. De Clercq wurde zu 15 Monaten Gefängnis und 200 Mk. Geldstrafe, Girard zu 2 Jahren Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe, Hestler ebenfalls zu 2 Jahren Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe verurtheilt; Trocard wurde freigesprochen, ebenso Canivet. Drensch wurde zu 1 Jahr Gefängnis und 500 Mk. Geldstrafe verurtheilt, Portalis in contumaciam zu 5 Jahren und 8000 Mk. Geldstrafe, Blazowsky in contumaciam zu 2 Jahren Gefängnis und 200 Mk. Geldstrafe.

### Vermischtes.

**Der berühmte Kinderarzt Canini in Livorno**, welcher dieser Tage gestorben ist, hat sein ganzes Vermögen von 2 300 000 Lire für ein Kinderhospital vermacht, in welchem arme, an Diphteritis erkrankte Kinder unentgeltlich mit Behring'schem Heilserum behandelt werden sollen.

**Eisenbahn-Unfall in Rußland.** Aus Petersburg wird vom Donnerstag berichtet: Nach einer Depesche der „Nowoje Wremja“ aus Tambow stieß in der Nacht zum 17. d. M. ein aus Rossow abgelassener Schnellzug bei der Station Drjzski (Woronesher Linie) auf einen Güterzug. Drei Wagen des Schnellzuges und sieben Wagen des Güterzuges wurden zertrümmert, sieben Personen getödtet.

### Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Ansage eine Adresse (Zwei Nachnamen oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.  
**C. M. 20.** Wenden Sie sich an den Polizeirevier.  
**C. P. G.** Das können wir nicht genau wissen. Wahrscheinlich bleiben Sie militärisch.  
**Lenke.** Für Sie gilt dieselbe Antwort.  
**W. Sch., Auguststraße.** Lassen Sie entweder die Zebrlinge zu uns kommen oder bringen Sie den Vorfall in einer Gewerkschaftsversammlung vor.  
**N. 1859.** Adressen von Vergen veröffentlichen wir nicht im Briefkasten. Sehen Sie den Adresskalender nach.  
**Musterwerkstatt.** Budgetkommission: Singer, Rebel und Meister. Amsturzkommission: Auer, Rebel und Frohme. Kommission für die Gewerbenovelle: Reichhaus und Schmidt (Berlin). Kommission für die Berufszählung: Schoenlauf.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung vom 21. Februar, 11 Uhr. Am Ministertische: v. Köller und Kommissarien. Die zweite Beratung des Staatshaushalts-Etats für 1895/96 wird fortgesetzt beim Etat des Ministeriums des Innern.

Beim Kapitel Polizeiverwaltung in Berlin empfiehlt

Abg. Graf Douglad zur Verhinderung der Ausbreitung von Seuchen eine schärfere polizeiliche Kontrolle der sogenannten Haltetinder und die Einführung schärferer hygienischer Maßregeln hinsichtlich der Trinkhallen und der öffentlichen Bedürfnisanstalten, desgleichen zur Beseitigung des Staubes auf öffentlichen Promenaden. Besonders notwendig sei die Einführung von abwischbaren Fußdecken in den öffentlichen Fuhrwerken, Droschken u. s. w.

Abg. Langerhans erkennt an, daß durch das Aufwirbeln von Staub in den Straßen und auf öffentlichen Plätzen namentlich in Folge des Tragens von Damen-Schleppkleidern eine Menge von Bakterien und sonstigen Krankheitskeimen verbreitet wird. Viel gefährlicher aber noch sei das Eindringen und Einschleppen von Staub und Schmutz in die Wohnungen. Mit Gewalt lasse sich hier aber nicht vorgehen. Außerdem habe es sich gezeigt, daß anfangs in den Zeitungen angegriffene hygienische Maßregeln sich nachher als unwirksam erwiesen haben. Das beste prophylaktische Mittel sei immer noch die Reinlichkeit und in dieser Beziehung würde es in der That ein großer Fortschritt sein, wenn an Stelle der bisherigen Decken in den Droschken z. B. abwischbare Decken, wie Linoleum, eingeführt würden, welche durchaus nicht kostspieliger seien, als die bisherigen Decken. Die Kontrolle über die Pflege der Haltetinder würde von den Waisensämlingen bereits bis zur Einsegnung und darüber hinaus geführt.

Scheimer Rath Lindig bemerkt, daß der Minister des Innern mit dem Minister des Kultus die Fragen in sorgfältige Erledigung nehmen würde.

Abg. Arendt wünscht im Interesse des öffentlichen Dienstes und der öffentlichen Sicherheit eine telephonische Verbindung der Polizeireviere unter einander und mit dem Polizeipräsidenten.

Minister v. Köller: Das Polizeipräsidentium besitzt eine eigene Telegraphenlinie mit den sämtlichen Polizeibureaus und er sei der Meinung, daß diese telegraphische Verbindung dem Bedürfnis genüge. Gleichwohl werde er Veranlassung nehmen, dem Polizeipräsidenten die Anregung des Abg. Arendt zur Prüfung vorzulegen.

Abg. Hansen (fl.) macht darauf aufmerksam, daß in Berlin öffentliche und Privatfuhrwerke oft so schnell fahren, daß Gefahr für die Passanten entsteht. Redner erinnert an die Abg. von Gerlach, von Mantuffel und von Färth, die Geh. Räte Lüders, Haase und Behrens, sowie Professor Curtius, die durch schnelles Fahren verunglückt sind. Redner bittet den Minister, für Berlin ähnliche Verfügungen gegen schnelles Fahren zu erlassen, wie sie in anderen Städten schon bestehen.

Abg. v. Arndt (l.): Keine Stadt hat eine so gute Straßenpolizei wie Berlin; die Veranlassungen Hansen's seien grundlos. Die verunglückten Herren gingen in politische Gedanken verlost auf der Straße; an ihrem Unglück seien die Kutscher unschuldig. Auf eine Anregung des Abg. Träger (Dr. Sp.), den Bureau-Assistenten des Einwohner-Werke-Amtes das Aufsicht in die Stellen der Polizeisekretäre zu ernennen, bemerkt

Scheimer Rath Lindig, daß an diese Assistenten, die eine nur mechanische Tätigkeit haben, geringere Anforderungen als an die Polizeisekretäre gestellt werden. Aber besonders tüchtige Assistenten könnten doch in die Sekretärstellen kommen.

Abg. Wallbrecht (nat.) tritt für die hannoverschen Polizeibeamten ein.

Bei den Ausgaben für die Polizeiverwaltungen in den Provinzen erklärt auf eine Anregung des Abg. Herold der Minister des Innern v. Köller, daß Polizeibehörden bei ihren Bauten natürlich allen polizeilichen Vorschriften wie jeder Privatmann unterliegen.

Abg. v. Heeremann (3.) bittet den Minister, schärfer gegen theatralische Darstellungen einzuschreiten, welche Sitte und Religion verhöhnen, wie es früher nicht geschehen ist. Das Theater ist zu einer Stätte der Unsitte und Unacht herabgesunken und hat damit auch den Geschmack des Publikums verschlechtert.

Minister v. Köller dankt für die Anregung des Vorredners. Er ist auch der Ansicht, daß die Theater seit einigen Jahrzehnten nicht mehr eine Bildungsstätte, eine Stätte zur Pflege historischer Erinnerungen sind. In der Reflexion vor allem sind Theater entstanden, die zunächst recht viel verdienen wollen, selbst auf die Gefahr hin, die Moral des Volkes zu ruinieren. (Zuruf des Abg. Graf Strachwitz: Wie die meisten neueren Schriftsteller!) Das ist richtig. (Widerpruch des Abgeordneten Nidert.) Der moralische Sinn des Volkes geht verloren. (Abgeordneter Nidert: Sehr richtig, in Folge der Interessenwirtschaft.) Aber es gelingt nicht immer, den richtigen Willen durchzusetzen, weil das Ober-Verwaltungsgericht die polizeilichen Verfügungen aufhebt, z. B. bezüglich der „Weber“. Aber das gilt nur für den einzelnen Fall. Ich bin deshalb der Polizeiverwaltung, welche kürzlich die Weber wiederum verboten hat, besonders dankbar. Ich kann nur bitten, solche Skandalfälle hier vorzubringen und die Regierung bei ihren Maßregeln zu unterstützen. (Beifall.)

Abg. Graf Limburg-Stirum (l.) erklärt sein Einverständnis mit dem Minister, bittet aber das Zentrum, das Mißtrauen der Regierung gegenüber lassen zu lassen und ihr größere Machtvollkommenheiten zu gewähren, und zwar nicht bloß auf diesem Gebiete.

Abg. Nidert (Dr. Sp.): Ich muß Protest dagegen einlegen, daß der Minister das Urteil des höchsten Gerichts kritisiert hat und einer Polizeibehörde Lob spendet hat, die gegen das Urteil gehandelt hat. Das sind subversive Tendenzen. Die Umsturzbewegung wird durch die allgemeine Interessenwirtschaft in vielen Kreisen gefördert. (Zustimmung links. Widerspruch rechts.)

Minister von Köller: Möge Herr Nidert in seinen Kreisen die Interessenwirtschaft beseitigen und der Regierung die ihr nahegehenden Kreise überlassen. (Zustimmung.) Ich habe nicht das Urteil kritisiert, sondern nur gesagt, daß dasselbe nur für den einzelnen Fall gilt, und ich hoffe, daß das Gericht demnächst anders urtheilen wird. Nur für Berlin und Breslau ist aus lokalen Gründen die Aufführung gestattet worden. Meine Bemerkungen mögen unangenehm sein, aber es muß Ernst gemacht werden mit dem Schutz der heiligsten Güter der Nation, solange wir die Gewalt noch hinter uns haben, ob das Herrn Nidert gefällt oder nicht. Ihre Kritik, Herr Nidert, ist mir nicht mehr werth, als die Kritik der ganzen Presse. (Beifall rechts.)

Abg. v. Heeremann (3.): Herr Nidert hat doch keinen Grund,

sich zu ereifern, wenn es sich um die Verhinderung der Verhöhnung von Sitte und Religion handelt. Ein Gerichtsurteil kann kritisiert werden; war Herr Nidert nicht über das Urteil im Falle Peiß auch sehr entrüstet? Auf dem Gebiete des Rechtschutzes können wir der Regierung nicht nachgeben; bei der Handhabung der Polizei muß ein gewisser Spielraum gegeben sein. Soll das Zentrum sein Mißtrauen aufgeben, dann sollte Graf Limburg die Reste des Kulturkampfes beseitigen, z. B. die aufgehobenen Verfassungsartikel wieder herstellen. Von dem Minister erwarten wir ein energisches Vorgehen zum Schutze der religiösen Auffassungen des Volkes.

Abg. v. Zedlitz (fl.): Wir sind mit dem Minister in bezug auf die Zulassung von Städten wie die „Weber“ vollständig einverstanden. Wenn man sich die Szenen bei Aufführung der „Weber“ vergegenwärtigt, dann muß man sagen, daß die lokalen Verhältnisse die Aufführung in Berlin nicht gestatten, daß das Ober-Verwaltungsgericht von falschen Voraussetzungen ausgegangen ist.

Abg. Graf Limburg-Stirum (l.): Wir wollen die Gerichtshöfe nicht antasten, aber wir wollen ihnen auch nicht eine größere Kompetenz zuschreiben, als sie haben. Sollen etwa wegen des einen Urtheils die „Weber“ überall aufgeführt werden dürfen? Wo blieben da die Rechte der Krone und der Minister?

Abg. Nidert (nat.): Wir sind mit der zweiten Erklärung des Ministers einverstanden; von der ersten hatte ich auch den Eindruck, als wenn eine Kritik an dem Ober-Verwaltungsgerichte geübt werden sollte. Ich halte dieses Gericht für die größte Errungenschaft der letzten Jahrzehnte und möchte dasselbe in keiner Weise angegriffen sehen. (Zustimmung links.)

Abg. Nidert (Dr. Sp.): Gegen Eingetragel u. s. w. sollte man einschreiten, aber die Besucher sind meist nicht Arbeiter, sondern gehören anderen Volksklassen an. (Zuruf: Juden.) Ein Theil der Debatte gehört in den Reichstag, wo wir uns mit dem Schutz von Religion u. s. w. zu beschäftigen haben. Herrn Nidert danke ich für seine Bemerkungen. Die Kritik des Ministers hat heute ebenso wenig Werth für mich, wie früher, als er noch Abgeordneter war. Er ist derselbe geblieben. Was würden Sie dazu sagen, wenn ein Justizminister ein Urtheil des Kammergerichts in dieser Weise kritisieren wollte. (Zuruf rechts: Geht nicht alle Tage!) Herr v. Schelling hat auf das peinlichste vermiehen, sich in die Justiz einzumischen. Der Minister sollte etwas vorsichtiger sein, denn auch nur die Möglichkeit einer ministeriellen Einwirkung schwäche das Ansehen des Ober-Verwaltungsgerichts.

Minister v. Köller: Den Rathschlägen des Herrn Nidert werde ich niemals folgen. Ich habe das Urteil nicht kritisiert; sondern nur bemerkt, daß es sich um einen einzelnen Fall handelt, der nunmehr erledigt ist. An den Gründen habe ich keine Kritik geübt, sondern die Hoffnung ausgesprochen, daß nach den gemachten Erfahrungen das Urteil anders ausfallen würde, wenn die Polizeibehörden das Verbot an anderen Stellen ansprechen. Ich habe damit den Behörden nur eine Direktive geben wollen, und das ist mein gutes Recht, von dem ich Gebrauch machen werde, selbst auf die Gefahr hin, die Liebe des Abgeordneten Nidert zu verlieren. (Zustimmung rechts.)

Beim Kapitel Landgendarmarie verlangt Abg. Graf Strachwitz (3.) ein schärferes Einschreiten gegen die von sogenannten geschlossenen Gesellschaften veranstalteten Vergnügungen, die schließlich zu öffentlichen Ausartungen.

Bei den allgemeinen Ausgaben sind für geheime Ausgaben statt 120 000 M. 80 000 M. mehr, also 200 000 M. ausgeworfen.

Abg. Herms (fl. Sp.) erklärt sich gegen eine Erhöhung des Titels und gegen den Titel selbst, der vom Zentrum und den Freisinnigen heftig bekämpft sei.

Wenn die Stimmen der Freisinnigen wird die Erhöhung genehmigt. Beim Kapitel für Wohlthätigkeitszwecke bemängelt Abg. Arendt (fl.) den niedrigen Betrag der Fonds, der es begreiflich mache, daß bei solchen Unglücksfällen wie auf Helgoland, in Eisleben und Schneidemühl der Fonds verjage, so daß man schließlich zu einer Lotterie habe greifen müssen. Redner empfiehlt eine reichlichere Dotierung der Fonds aus einer Vermehrung der Loose der Klassenlotterie und bittet um Genehmigung des Scheel'schen Sparsystems.

Bei dem Fonds für unvorhergesehene Ausgaben spricht Abg. Arendt (fl.) seine Freude über die Gründung der „Berliner Korrespondenz“ aus; es sei etwas besser geworden. Allein trotz der Erklärung des Ministers befehlt noch allgemein die Ansicht, daß auch die „Nord. Allgem. Zig.“ und die „Berliner Pol. Nachr.“ offiziöse Blätter seien. In den letzten Tagen hat die erste Gelegenheit genommen, Neußerungen der Regierung und der Parteien zu glossiren. Es sollte erklärt werden, daß diese Neußerungen nicht amtlichen Ursprungs sind.

Minister v. Köller: Die Presseverhältnisse im Reich und in Preußen bedürfen einer gewissen Aufmerksamkeit. Schon mancher wird auf den Gedanken gekommen sein, was alles gedruckt werden kann. Man kann beinahe sagen, daß das in den Zeitungen Gedruckte nur mit der größten Vorsicht aufgenommen werden kann. Namentlich liegt die Gefahr darin, daß in den Kreisen der kleinen Leute, wo wenig gelesen wird, Dinge verbreitet werden, die der Schreiber nicht verantworten kann. Der Regierung werden Absichten unterstellt, die sie hat, aber gehabt haben oder aufgegeben haben soll. Ein Widerspruch dagegen ist schwer möglich und wenn es gelingt, dann wird er auch noch angezweifelt. Deshalb ist es mein Bestreben gewesen, in der „Berliner Korrespondenz“ ein Organ zur Verfügung zu haben, welches Richtigstellungen bringt. Sie wird jedem Zeitungsunternehmer zur Verfügung gestellt. Dafür sollten alle Parteien der Regierung dankbar sein. Ein solches Unternehmen ist nicht leicht auf eine gewisse Höhe zu bringen, da es nicht den Parteien zu Munde redet. Daß ich nur Landrat, Hohn und Spott ernten würde, wußte ich im voraus. Ich wollte, die Schaffung der „Berliner Korrespondenz“ wäre nicht nötig geworden, dann wäre es ein Zeichen der Gesundung der Presse gewesen. Leider muß sie noch manche Dementis bringen. Langweilig mag das Blatt sein, aber es war eine Nothwendigkeit, um auch an die kleinen Blätter objektive Parlamentsberichte zu bringen. Man muß aber nicht zu viel verlangen; es können nicht alle altherkömmlichen Dementis werden, sondern nur solche, an deren Berichtigung die Regierung ein Interesse hat. Gegenüber dem offiziellen Pressenwesen ist das Blatt sehr nützlich; es bekommen auch andere Blätter hin und wieder Nachrichten, deren sie den Mantel des „Offiziösen“ umhängen. Andere offiziöse und offizielle Blätter als den „Reichsanzeiger“ und die „Berliner Korrespondenz“ giebt es nicht. (Beifall.) Die letztere soll der Lüge und Unwahrheit entgegenzutreten und wird hoffentlich ihren Beruf nicht verfehlen.

Der Rest des Etats wird ohne Debatte genehmigt. Der Gesetzentwurf, betreffend die Fischerei der Ufergemeinden an den Privatflüssen der Rheinprovinz, wird, nachdem die

Abg. v. Plattenberg (l.), Knebel (nat.) und Kirsch (3.) einige Bedenken geltend gemacht hatten, einer Kommission von 7 Mitgliedern überwiesen.

Schluß 3/4 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 11 Uhr. (Etat des Kultusministeriums.)

Erster Deutscher Bäcker-Kongress.

Die Gefahr, daß durch die reservirte Haltung der Regierung, unterstützt von der skrupellosen Hebe der Meistervereinigungen, die versprochene Regelung der Arbeitszeit im Bäckergewerbe wieder auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben werde, hatte die Berliner Agitationskommission der Bäckerei-Arbeiter veranlaßt, einen allgemeinen deutschen Bäckertag nach der Reichshauptstadt, wie es in dem diesbezüglichen Aufrufe hieß, einzuberufen. Die Anregung fiel auf fruchtbaren Boden; in zahlreichen öffentlichen Versammlungen erklärte man sich damit einverstanden, energischen Protest gegen die Verschleppung einer so wichtigen Materie zu erheben.

Am 20. Februar wurden die Verhandlungen im Lokal von Busse, Grenadierstraße, eröffnet. Vertreten sind durch 30 Delegirte folgende Städte: Leipzig, Kiel, Berlin, Bremen, Oldenburg, Hamburg, München, Magdeburg, Straßburg, Dresden, Hannover, Bielefeld, Altona, Oera, Frankfurt a. M., Münster, Wilhelmshaven, Mannheim, Harburg, Hildesheim, Wiesbaden, Stuttgart, Offenbach, Brandenburg, Rostock und Krimmitschau. Zusammengekommen sind 14 000 Bäckereiarbeiter Delegirte entsandt. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: 1. Situationsberichte. 2. Maximal-Arbeitszeit. 3. Stellen-Vermittlungswesen. 4. Organisation. 5. Fachpresse. 6. Diverse Anträge.

Die Erörterung des ersten Punktes ergab ein trübes Bild der wirtschaftlichen Misere. Ten Keigen eröffnete Geyer Leipzig. Der Redner erwähnte, daß durch die Veröffentlichung der Reichlichen Broschüre die Bewegung gegen die schreienden Mißstände im Bäckergewerbe in Fluß gekommen ist. Die organisirten Bäcker haben statistische Erhebungen noch in letzter Zeit veranstaltet, die besonders das Treiben der Innungsheiden insoweit kargelegt haben, daß die Sonntagsarbeit in hohem Maße kultivirt wird. Nicht selten zahlen die großmächtigen Innungsmeister noch weniger, als den Minimallohn, den sie durch Innungsbeschlüsse festgesetzt haben. Aus Kiel wird berichtet, daß in einem Fünftel der Betriebe mehr als sechzehnständige Arbeitszeit herrscht. Die Polizei verbietet das Betreten der Arbeitsräume auf Treiben der Meister, als man statistische Erhebungen machen wollte. Wochenlöhne sind 5-14 M.; die Genossenschaftsbäckerei zahlt die höchsten Löhne. Der Redner flagt, daß die harmonisierfreundlichen Gesellenvereinigungen im Norden, die sog. Bäckerschaften, die Agitation sehr erschweren. Sehr schlechte Schlafräume sind nach dem Bericht des Delegirten Liescher in Hamburg. Die Innungen waren aufs höchste erbost, als die Sanitätspolizei nach der Cholera-Epidemie die Arbeitsräume inspizierte. Das Genossenschaftswesen, betont der Delegirte, hat die Organisationsbestrebungen in keiner Weise gefördert. Heilmeyer-München fährt aus, daß die Bäckerei an dem Orte in den Händen der kleinen Meister liegt, der Großbetrieb ist sehr wenig vertreten; das erschwert die Agitation ungemein. Selbstverständlich blüht dort die Behrlings-Achterei. Organisirte sind 250 Kollegen. Der Magdeburger Delegirte macht Mittheilung, in welcher unverfrorenen Art die Innungsmeister die Agitation gegen den drohenden Maximal-Arbeitszeit betrieben haben. Man hat die Gesellen in die Versammlungen gelockt, und dort durch Freibier die richtige Stimmung erzielt, in welcher eine Petition gegen den Maximal-Arbeitszeit unterschrieben wurde. (Psui!) Löhne sind sehr niedrig, die Arbeitszeit ist im Durchschnitt 15-16 Stunden. Ueber die Verhältnisse in Straßburg berichtete Huber. Dort herrschen in vielen Bäckereien ausnahmsweise mißliche Zustände bezüglich der Reinlichkeit. Das Bodwasser wird benutzt, nachdem die Hände - event. sogar Wäsche darin gereinigt ist. (Hört, hört!) Auch Dresden hat, wie Reichart hervorhebt, durch die Veröffentlichung der Mißstände in der Arbeiterpresse die besten Erfolge erzielt. Most-Berlin weist auf die große Zahl derjenigen hin, die in Berlin ständig arbeitslos sind. Zwei Innungen betreiben die Ausbeutung der Arbeitskräfte. So wenig sie sonst sind, so giebt doch keiner der anderen in puncto „Arbeiterfeindlichkeit“ etwas nach. Da man selbst in der Umgegend Berlins nicht einmal mehr Bebrlinge aufreiben kann, so werden dieselben aus entfernteren Gegenden bezogen - förmlich gekauft. In Bremen hat man, wie der Delegirte versichert, miserable Arbeits- und Schlafräume; ein Drittel aller Kranken leidet an der Bäckerkrantheit, der Krätze. Eine ganze Reihe von Delegirten erhebt lebhafteste Klage über den Druck der Innungsmeister gegen die organisirten Arbeiter; die Ausbeutung übersteigt an einzelnen Orten alle Vorstellungen. Aus Altona wird z. B. berichtet, daß 4/5 aller Betriebe ohne Gesellen arbeiten. Als die Behörde aus Drängen der Gesellen Revision anstellte, kam die Auswucherung der aus Bayern und Schlesien bezogenen Bebrlinge ans Tageslicht. An vielen Orten haben die Meister schwarze Listen der Gesellen aufgestellt, die in solcher Weise die Schäden im Gewerbe aufdecken. 18-19 Stunden Arbeitszeit herrschen in Münster; der Lohn ist 2,50 Mark im Durchschnitt. In Süddeutschland liegen die Verhältnisse wie aus allen Berichten hervorgeht, noch wesentlich ungünstiger. Zwei Mann schlafen in einem Bett - das ist die Regel, sagt ein Delegirter, in dasselbe Bett legt sich der Hausdiener, wenn diese aufstehen. Es gehört nicht zu den Seltenheiten, daß von Sonnabend Abend bis Sonntag um 3-4 Uhr nachmittags gearbeitet wird; dann scheidet der fromme Meister die todtnüchternen Bebrlinge noch in die Kirche. Eine 18-20stündige Arbeitszeit ist überhaupt an der Tagesordnung. Die Organisation liegt in den süddeutschen Städten zumeist sehr darnieder, eine rühmliche Ausnahme macht Offenbach, das procentual am stärksten organisiert ist. - Die Verichterstattung nahm eine ziemliche Zeit in Anspruch. Danach kam man zum Hauptpunkt der Tagesordnung: Maximal-Arbeitszeit.

Der Referent Pfeiffer-Berlin schildert an der Hand eines reichen Materials, wie wenig die Befürchtungen der Meister, daß das ganze Gewerbe bei einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 12 Stunden vernichtet werde, begründet sind. In Breslau florirt eine Konsumbäckerei bei achtstündiger Arbeitszeit. Man dürfe einen „freien Arbeiter“ doch logischerweise nicht hinter einen Strafgefangenen zurücksetzen, der eine zehnstündige Arbeitszeit innehalten muß. Die große Zahl der ständig Beschäftigungslosen im Bäckergewerbe, deren Zahl man gering gerechnet auf 30 000 veranschlagen müsse, sollte dahin drängen, einen gesetzlichen Eingriff so bald als möglich vorzunehmen. Nach dem Geschrei der Innungsmeister, die in überwiegender Zahl nur durch die schamloseste Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft der sogenannten „Bebrlinge“ ein behäbiges Leben führen, könne eine Regierung, die Hilfe bringen wolle, unmöglich tragen. Leider sei die Behandlung dieser Frage durch den Bundesrath nicht so, wie man es erwarten könnte. Auf eine Anregung des Abg. Wollenbuh habe Herr v. Bötticher am 11. Februar im Reichstage ein Spezialgesetz in Aussicht gestellt. In den Kreisen der organisirten Bäcker befürchtet man, daß nochmals umständliche Enquetes und dergleichen veranstaltet werden, wodurch sich die



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

### Theater.

**Freitag, 22. Februar.**  
**Opernhaus.** Bohengrin.  
**Schauspielhaus.** König Ottokars Glück und Ende.  
**Deutsches Theater.** Der Kaufmann von Venedig.  
**Berliner Theater.** Die Kinder der Gyzellen.  
**Festung-Theater.** Aus Berlin W.  
**Neues Theater.** Unsere Backfische. Der selige Loupinel.  
**Residenz-Theater.** Fernand's Ehekontrakt.  
**Theater Unter den Linden.** Der Probefuß.  
**Schiller-Theater.** Der Schwabenreich.  
**Sellealliance-Theater.** Verliebte Mädchen.  
**Friedrich-Wilhelmstadt-Theater.** Der Obersteiger.  
**Adolph Ernst-Theater.** Ein fideles Corps. Gefindeball.  
**Central-Theater.** Unsere Rentiers.  
**National-Theater.** Die lebende Brücke.  
**Alexanderplatz-Theater.** Maria Stuart.  
**Reichshallentheater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**American-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.

### Schiller-Theater.

**(Wallner-Theater.)**  
**Wallner-Theaterstrasse.**  
**Freitag, den 22. Februar, abends 8 Uhr:** Der Schwabenreich.  
**Sonntag, 23. Februar, nachmittags 3 Uhr:** Schiller - Vorstellung.  
**Abds. 8 Uhr:** Der Schwabenreich.  
**Prinz Friedrich von Homburg.**  
**Abonnementshefte** werden täglich von 11-1 und 6-8 Uhr abgegeben.

### National-Theater.

**Große Frankfurterstrasse 192.**  
**Sensationelle Novität!**  
**Wasspiel der amerikanischen Gesellschaft William Calder**  
**(Direktion G. Verstraete u. G. M. Polini).**  
**Die lebende Brücke.**  
**(The span of Life.)**  
**Großes Sensationschauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern), neuen Dekorationen und Kostümen, nach dem Englischen von Sutton Vane, überföhrt von G. Schwab. Dirigent: Adolph Wiedemann. Elektr. Beleuchtungseffekte v. Kalowsky. Regie: Max Samat.**  
**Offnung 8 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.**  
**Morgen: Diefelbe Vorstellung.**  
**Sonntag Nachm. 4 Uhr: Schiller-Vorstellung.**  
**Vorföhrt von Nebelbildern wissenschaftlichen Inhalts.**

### Central-Theater

**Alte Jakobstrasse Nr. 30.**  
**Emil Thomas u. G.**  
**Novität! Zum 2. Male: Novität!**  
**Unsere Rentiers.**  
**Große Poffe mit Gefang und Tanz in 4 Akten von Wilhelm Mannstädt und Julius Freund.**  
**Musik von Julius Einödshofer.**  
**Anfang 1/28 Uhr.**  
**Montag: Unsere Rentiers.**  
**Die für heute Sonntag, den 17. d. M. angekündigte Nachmittags-Vorstellung von O. diese Berliner! findet nächsten Sonntag, den 24. d. M. statt und werden bereits gelöste Billets an der Verkaufsstelle umgetauscht.**

### Nur noch kurze Zeit.

### Circus Renz

**Carlstrasse.**  
**Freitag, den 22. Februar 1895, abends 7 1/2 Uhr:**  
**Große Komiker-Vorstellung.**  
**Humor! Witz! Laune!**  
**Auftreten sämtlicher Clowns und des "Kugeln" Mr. Lavater Lee in ihren wirkungsvollsten Entrees. Außerdem: Das Apportierpferd Mohr, hierauf: Prinz Karneval und sein Gefolge, vorgeföhrt von Herrn R. Renz. Das Schulpferd Beantifel. Hierauf irland. Springspferd Blitz, geritten von Frau Renz-Stark. Colmar, schwarz-brauner Dengst in der hohen Schule geritten von Herrn E. Renz.**

### Tjo Ni En.

**(Beim Jahreswechsel in Peking.)**  
**Neue Musik-Einlagen.**  
**Morgen Sonntags: Auf vielseitiges Verlangen: Wiederholung der Parade-Vorstellung, wie solche Donnerstag, den 7. Februar stattfand. Gala-Fest-Akt. Auf, auf zur fröhlichen Jagd!**  
**Sonntag, den 24. Februar: Zwei Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr: (ermäßigte Preise). Die lustigen Heidelberger. Abends 7 1/2 Uhr: Tjo Ni En. Fr. Renz, Kommissionsrath.**

### Adolph Ernst-Theater

**Auftreten der ersten Pionette- u. Courbette-Tänzerin Englands vom Prince of Wales-Theater in London.**  
**Ein fideles Corps.**  
**Große Gefangepoffe mit Tanz.**  
**Nach dem englischen Original, "A Gaiety Girl" von Jones Sidney, frei bearbeitet von Eduard Jacobson und Jean Kren.**  
**Vorher:**  
**Gefindeball.**  
**Schwank in 1 Akt**  
**von Ed. Jacobson und Jean Kren.**  
**Anfang 7 1/2 Uhr.**  
**Morgen: Diefelbe Vorstellung.**

### "Sanssouci"

**Gottbusserstrasse 4a.**  
**Jeden Donnerstag u. Sonntag: Grosse Soirée der Stettiner Sänger**  
**(Meyzel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl und Schrader.)**  
**Anfang 8 Uhr.**  
**Entree 50 Pfg.**  
**Vorverkauf 40 Pfg. (siehe Plakate.)**  
**Durchweg neues Programm.**  
**Freitag: Viktoria - Branerei.**  
**Es sind an unserer Kasse sogenannte grüne "Vorzugsbillets" mit 15 Pfg. Nachzahlung präferirt worden; wir weisen darauf hin, daß derartige Gewaltmittel zu unseren Soirées keine Gültigkeit haben. In gleicher Zeit benutzen wir die Gelegenheit, das geehrte Publikum dahin aufzuklären, daß alle anderen unsere Firma, Annoncen und Plakate nachführenden Gesellschaften mit uns, d. h. mit den altbekanntesten Stettiner Sängern durchaus nichts zu thun haben!**

### Parodie-Theater

**Granien-Strasse 52 (am Morikpl.).**  
**Madame Sans-Gène.**  
**Vorher:**  
**Grand Café Unfallverhütung.**  
**Zum Schluß:**  
**Heimath.**

### Feen-Palast

**Burgstr. 22, neben der Börse.**  
**Riesen-Februar-Programm.**  
**Ein Liebes-Drama,**  
**oder:**  
**Der Brand auf der Taubenburg.**  
**Das unruhige Haus am Mitternacht.**  
**Max und Moritz**  
**Gubenskreiche.**  
**Die Wunder-Elefanten.**  
**James Capelli.**  
**Miss Tanisan.**  
**Wilhelm Fröbel.**  
**Mary Myra Maa.**  
**Anita & Jul. Schaffeur.**  
**Truppe Largards etc.**  
**Anfang: Wochentags 7 1/2 Uhr.**  
**Sonntag: Konzert 6 Uhr, Vorstellung 7 Uhr.**

### Urania

**Anstalt für volkstümliche Naturkunde.**  
**Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).**  
**Geöffnet von 5-10 Uhr.**  
**Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.**  
**Näheres die Anschlagzettel.**

### Ben-

**Unter den Linden 21.**  
**Jeden Sonntag Nachmittags Familienvorstg. zu halb. Preisen.**  
**Orientalische Ali-Zauber und Bey's Wunder.**  
**Täglich Anfang 1/8 Uhr.**

### Passage - Panopticum.

**Das Riesen-Kind mit den 24 Fingern.**  


### Kaufmann's Variété.

**Beispielloser Erfolg!**  
**Es braucht kein Black-Patti zu sein.**  
**Naucke als White-Patti**  
**ist auch nicht schlecht.**  
**Und noch 16 Glanznummern!**  
**In Vorbereitung:**  
**Kneip-Genies**  
**von Emil Naucke und Arthur Fränkel.**

### Castan's Panoptikum.

**Noch nie dagewesen!**  
**Die Riesen des dunkeln Erdhells:**  
**Die Dinka,**  
**40 Männer, Frauen u. Kinder.**  
**Das schockige Mädchen Mariotta.**  
**Weihnachts-Ausstellung**

### In Roh-Tabaken

**und Utensilien für Cigarren-Fabrikanten**  
**!! billigster Einkauf!!**  
**W. Hermann Müller**  
**Berlin Alexanderstr. 22.**  
**Streng reelle Bedienung.**  
**Creditgewährung nach Uebereinkunft!!**  
**Ein Jeder mache den Versuch.**

### Gelegenheitskauf

**für Brautleute: Im Möbelspeicher Neue Königt. 59, vorn l., sollen über 100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze Zeit vertriehen gewesene u. neue Möbel spottbillig verkauft werden. Ganze Einrichtungen 100, 150, 200-1000 M. Theilzahlung gestattet. Beanteten ohne Anzahlung. Kleiderspinden 15, Kleiderspinden, Kommoden 12, Sophas 15 M., Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen 18, Aufbaum-Kleiderspinden 30, Stühle 8 Mark, hochseine Muschelleiderspinden 40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herrenschreibische, Damenschreibische 30, Cylinderbureau, Schreibsekretäre 15 Mark, Garderobenspinden, Pansel-sophas 75, Buffets, Truemeaus 65 M., Betten, Confortische, alles spottbillig. Auch einzelne Gegenstände werden zu Engrospreisen verkauft. Empfehle allen Herrschaften, mein größtes Möbelloge Berlin zu be-sichtigen u. sich von den staunend billigen Preisen zu überzeugen. Gelaupte Möbel können bis April kostenfrei stehen bleiben und werden durch eigene Ge-spanne transportirt und aufgestellt.**  
**Am Sonnabend, den 23. Februar er., werden bei mir im Lokal, Waldemar-strasse 61a, 2 Silberne Remontoir-Uhren ausgepielt, wogu Freunde und Genossen ergebenst einladen. [17556] L. Hlsmann.**

### Freie Volksbühne.

**Sonntag, den 24. Februar 1895:**  
**V. Abtheilung (National-Theater):**  
**Rein Hüfung.**  
**Die nächste Vorstellung der 3. Abtheilung im „Festung-Theater“ findet am Sonntag, den 3. März, statt. 300/8**

### Oeffentlicher Vortrag

**(nur für Damen)**  
**am Sonnabend, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der Aktien-Brauerei „Monbit“, Churstrasse 26.**  
**Herr Otto Grundmann, prakt. Naturheilkundiger, über: Kindererziehung. Der Schlaf. Traum. Geburt, Leben und das Sterben. 1758b**  
**Entree 10 Pfg. Jede Frau sollte diesem Vortrag beivohnen.**

### Große öffentliche Versammlung

**der an Holzbearbeitungs-Maschinen und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter**  
**am Sonntag, den 24. Februar 1895, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Wilke, Andreasstrasse 26.**  
**Tages-Ordnung:**  
**1. Vortrag. Referent: Reichstags-Abgeordneter Reisshaus. 2. Dis-kussion. 3. Wahl der Revisoren. 4. Verschiedenes. 147/5**  
**NB. Die Kollegen von Friedrichsberg und Umgegend werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Zahl- und Less-Abende jeden Montag vor dem 1. und 15. im Lokale des Herrn E. Seine, Friedrich-Railstr. 11 stattfinden. Ferner findet eine öffentliche Versammlung am 3. März im Lokale des Herrn Fuchs, Dorfstr. 8 in Lichtenberg statt. Näheres wird noch bekannt gemacht.**  
**Der Vertrauensmann.**

### Deutscher Holzarbeiter-Verband.

**Zahlstelle Berlin.**  
**Bezirks-Versammlung.**  
**Monbit: Sonntag, den 24. Februar, vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Lange, Stromstrasse 28.**  
**Tagesordnung: 1. Vortrag über: „Entscheidungen des Gewerbe-gerichts.“ Referent: W. Wach. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.**  
**Parquetbodenleger.**

### Sonntag, vorm. 10 Uhr, bei Schöning, Stall-schreiberstr. 29: Versammlung.

**Tagesordnung: 1. Das Zwischmeister-system bei den Boden-legern. Referent: Th. Glocke. 2. Diskussion.**  
**Neue Mitglieder werden aufgenommen.**  
**Zahlreichen Besuch erwartet**  
**Heute Abend 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Benth-Strasse Nr. 20-22 (Eingang Benthstr. 20):**  
**Sizung der Ortsverwaltung und der Werkstätt-Kontroll-Kommission mit Hinzuziehung der Beitragsammler.**  
**Dienstag, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Benthstr. 20 (großer Saal):**

### Außerordentliche General-Versammlung.

**Genossenschafts-Bäckerei f. Berlin u. Umgegend**  
**(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht).**  
**Am Donnerstag, den 7. März 1895, abends 8 Uhr, im Saale der „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:**

### Außerordentliche General-Versammlung.

**Tages-Ordnung:**  
**1. Berichterstattung. 2. Statutenänderung. 3. Wahl des Vorstandes und Aufsichtsraths. 4. Beschlußfassung über Mitgliedschaft. 5. Beschluß-fassung über Drucklegung der Bilanz und des Geschäftsberichts. 6. Verschiedenes.**  
**Rothe Mitgliedskarte legitimirt.**  
**Der Vorstand: L. Freytag, H. Grashold.**

### Deutscher Metallarbeiter-Verband

**(Rixdorf).**  
**Sonntag, den 24. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Kummer, Berlinerstrasse 136:**  
**Versammlung.**  
**Tagesordnung:**  
**1. Vortrag des Genossen Paul Jahn-Berlin über „Die Zukunft der Gewerkschaften.“ 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegirten zur General-Versammlung. 179/14**  
**Um zahlreiches Erscheinen ersucht**  
**Die Ortsverwaltung.**

### Achtung!

**Sonntag, 24. Februar, abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Buske (früher Seefeldt), Grenadierstrasse 33:**  
**Gr. öffentl. Versammlung für Männer u. Frauen.**  
**Tages-Ordnung:**  
**1. Vortrag des Genossen A. Hoffmann (früher in Zeit): „Individuelle Freiheit oder Radavergehorsam.“ 2. Diskussion. — Nach der Versammlung:**

### Tanz-Bränzchen

**verbunden mit verschiedenen Vorträgen ernsten und heiteren Inhalts veranfaßt vom**  
**Berein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins.**  
**Der Vortrag beginnt punkt 7 Uhr. — Entree à Person 20 Pfg.**  
**Zu zahlreichem Besuch ladet freundlichst ein**  
**Heinrich Metzke, Oberbergerstrasse 10. 180/16**

### Achtung!

**Steinarbeiter Berlins und Umgegend.**  
**Sonntag, den 24. Februar, vormittags 10 Uhr, bei Deigmüller, Alte Jakobstrasse 48 a:**  
**Grosse öffentliche Versammlung.**  
**Tages-Ordnung:**  
**1. Vortrag. 2. Urabstimmung über den Ort des nächsten Steinarbeiter-Kongresses und Urtäge zu demselben. 3. Verschiedenes. 227/14**  
**Die Kollegen werden ersucht zahlreich zu erscheinen.**  
**Der Vertrauensmann: J. Bachmann, Wilmibald-Mezgistr. 30.**

# Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonnabend, den 23. Februar, abends 8 1/2 Uhr,  
im Lokale des Herrn Wernau, Rosenthalerstraße Nr. 57:

## Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Beitragssammlers für den Norden. 4. Vereinsangelegenheiten.  
Um zahlreiches Erscheinen bittet  
Der Vorstand.

# Verein der Former.

Am Sonnabend, den 23. Februar, abends 9 Uhr, findet im Vereins-Lokal Gipsstraße 3, ein

Gemüthliches Beisammensein der Mitglieder (ohne Damen) als Ersatz für das ausfallende Stiftungsfest statt. Für Musik und Vorträge ist gesorgt. Die Mitgliedskarte legitimirt. Auch werden Beiträge entgegen genommen. Entree frei.  
Der Vorstand. J. A.: Alb. Mewes.

# Achtung! Zimmerer. Achtung!

Sonntag, den 24. Februar 1895, vormittags 10 1/2 Uhr:  
im Restaurant Zubeil, Lindenstraße 106:

## Bezirks-Versammlung

für den Süden und Westen  
des Verbandes deutscher Zimmerleute (Lokalverband Berlin).

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Silberschmidt über: Die Ursachen der Arbeitslosigkeit in der heutigen Gesellschaftsordnung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.  
Der Vorstand.

# Verein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirths

Berlins und Umgegend.  
Freitag, den 22. Februar, nachm. 5 Uhr, beim Kollegen  
Hoffmann, Oranienstraße 180:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Zubeil über: Die Umänderung der Gewerbe-Ordnung und die Petitionen der Gastwirths-Verbände Deutschlands. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Der Wichtigkeit der Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen. Gäste haben Zutritt.  
Der Vorstand.

# Cöpenick. Arbeiter-Gesangverein „Morgenroth“

(Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes).

## Großer Masken-Ball

am Sonnabend, den 23. Februar, im Saale der Herrn Klein (Stadttheater).  
Entree für Herren 50 Pf. Damen 25 Pf.  
Schulpflichtige Kinder haben keinen Zutritt.  
Der Vorstand.

**Horowitz's**  
Belichter Berliner Kimmel  
H. Biller, Berlin, W.  
Überall zu haben! Besatzung geschützt!

**Vorwärts** ist das Beste für den Magen.  
**Vorwärts** kostet nur 1/4 Liter-Glasche Mk. 1.—  
**Vorwärts** wird in allen Destillationen und Restaurationen glauweise ausgeschänkt.  
**Vorwärts** ergibt bei 1/3 Vorwärts und 2/3 Wasser und etwas Zucker einen ausgezeichneten Punsch.

# Bräuerei Pichelsdorf

Telephon: Amt Spandau Nr. 13. Telephon: Berlin Amt VI Nr. 1116.  
empfehlen ihre aus bestem Malz und Hopfen hergestellten Biere. 18459

## Lagerbier, hell,

## Exportbier, dunkel,

# Markgrafen-Bräu nach Münchener Art.

Koulanteste Preise. Niederlage: Berlin, Königin-Luwigstraße 1, am Hasenplatz, Ringbahnbogen 1-8. Prompteste Bedienung.

# Carl Scholz, Wrangelstraße 32.

## Glaserei, Spiegel und Bildereintrahmung.

Kompl. gerahmte Bilder von Laffalle, Marx, Hofenclever u. a. in sauberster Ausführung. Sinnprüche, Bisten, Photographien in Kabinett und Bisties. Große Auswahl von Stahl- u. Kupferstichen, Delgemälden u. Leinwandbildern. Den Genossen im V. Wahlkreise zur Kenntniss, daß der Zeitungspediteur Genosse Mars, Sankt-Alex 96, eine Filiale meiner Artikel übernommen hat. (Besonders zu empfehlen: Der 1. Mai.)  
Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Theilzahlung. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr. 26116

**Halb und Halb.**  
Mamppe mit Pomeranzen  
Feinste Likörmischung  
Champagnerflasche Mark 1,25  
Carl Mamppe  
Berlin, Veteranenstr. 24.  
Überall zu haben!

# Brenn- und Politer-Spiritus, Prima Spirit

## Rum

anerkannt gut. Literflasche à 1,10, 1,60, 2,10, bei 5 Flaschen à 10 Pf. billiger.  
Echt Stonsdorfer Likör à Liter 1,20, 5 Liter 5,50, 10 Liter 10,—  
Ingber-Likör, magentfarbend, Literflasche à 1,10, 1,60, 2,—  
Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeersaft, vorzüglic, Literflasche à 1,30.  
Ungarwein, med. süß, 1/2 Ausbruch à Literflasche M. 2,10.  
Eugen Neumann & Co., Belle-Allianceplatz 6a, Neue Friedrichstr. 51,  
Oranienstr. 8, Genhmerstr. 29, Potsdam, Waisenstr. 27.

# Festhale im Industrie-Gebäude

Benthstraße Nr. 20-21  
Empfehle meine eleganten Festhale, bis 800 Personen fassend, zu Versammlungen und Vergnügungen. Verleaszimmer für 20 bis 100 Personen.  
Moritz Cohn, „Für neuen Post“.

# Möbel-Gelegenheitskauf

zu außergewöhnlich billigen Preisen.  
Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200-1000 M. Theilzahlung gestattet. Elegante Rußbaum- u. Mahagoni-Kleiderspinden und Vertikons 30 M., einfache 15 M., Sophas, Bettstellen mit Matratzen 20 M., Waschtiseltten, Küchenspinden, Kommoden 12 M., Stühle 3 M., Sophasische 6 M., Säulen-Trumeaux 65 M., Plüschgarnitur 60 u. 100 M., Musikspinden 40 M., Paneelesophas 50 M., Buffets, Silberschränke, Herren-Schreibtische, Schreibsekretäre, Zylinder-Bureau, Spiegel. Wenig gebrauchte Möbel zu halben Preisen und sollte es niemand verkäufen, der gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu beschließen. Bekannte Möbel werden bis 1. April kostenfrei aufbewahrt, transportirt und aufgestellt.  
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

# Butter! Butter!

Feinste Tafelbutter Pfd. nur 100 Fr. Molkereibutter - - - 80 Meiereibutter - - - 60 Fetter Schweizerkäse - - - 60 Feine Sardellen - - - 80  
empfehlen  
A. Plewka, Größte Butterhandlung Berlins  
16 Weberstr. 16.

Eleg. Mastengarderobe v. 1,50 M. an.  
Eizel-Boek, Neanderstraße 34, 1 Tr.

# Bräuerei Pichelsdorf

Telephon: Amt Spandau Nr. 13. Telephon: Berlin Amt VI Nr. 1116.  
empfehlen ihre aus bestem Malz und Hopfen hergestellten Biere. 18459

## Lagerbier, hell,

## Exportbier, dunkel,

# Markgrafen-Bräu nach Münchener Art.

Koulanteste Preise. Niederlage: Berlin, Königin-Luwigstraße 1, am Hasenplatz, Ringbahnbogen 1-8. Prompteste Bedienung.

Statt jeder besonderen Meldung.  
Die glückliche Geburt eines gesunden Jungen zeigen hocherfreut an  
Eug. o. Bernstein und Frau,  
geb. Liebert.  
Berlin, 20. Februar 1895.

# Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter

## Todes-Anzeige.

Am Montag, den 18. Februar, verstarb unser Mitglied, der Metallarbeiter  
**Martin Welzeb.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 23. M., nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle der Charitee aus, nach dem Chariteefriedhof (Müllerstraße) statt.  
Um zahlreiche Theilnahme bittet  
193/12 Der Vorstand.

## Danksagung.

Für die liebevolle Theilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau Therese, geb. Schmidt, sowie für die außerordentlich reichen Kranzspenden, sage ich allen Freunden und Bekannten hiermit meinen besten Dank.  
Franz Schmalowich,  
Eisenstr. 8.

# Sargmagazin

und Beerdigungs-Comptoir von  
S. Kossin, Gorgenkirchstr. 66.  
Auf schriftl. Aufford. sofort. Erscheinen.

# Die Hilfe,

christlich-soziales Wochenblatt  
Herausgegeben von  
Pfarrer Naumann in Frankfurt a. M.  
Sucht an allen Orten Agenten.  
Preis vierteljährlich 50 Pf.  
durch Agenten; 1 M. durch die Post.  
Probennummern bei der Expedition, Frankfurt a. M., Obermainstr. 2 zu verlangen. 47/27

# Generalversammlung

der Krankenkasse der  
Weber- und Birker-Zunft  
Montag, den 25. Februar 1895,  
abends 8 Uhr,  
Weberstr. 17 bei Rieft.

Tagesordnung: 1. Rechnungslegung des Vorstands für das Jahr 1894. 2. Bericht der Generalrevisoren resp. Dechargeurtheilung. 3. Festsetzung der Gehälter für das Jahr 1895. 4. Neuwahl für die durch Ablauf der Amtsdauer auscheidenden Vorstands-Mitglieder Herrn Jüttler, Pech und Jid und für den freiwillig auscheidenden Herrn Martin. 5. Beschlußfassung über den Beitritt zum Verband. 6. Beschlußfassung über ein Verbandsstatut. 7. Antrag des Vorstandes um Aufhebung des am 6. Februar 1893 gefassten Beschlusses betr. die Bekanntmachung der Generalversammlungen in zwei Zeitungen. 8. Geschäftliches und Diverses. [1787b]  
Nur großjährige männliche Mitglieder haben Zutritt. Der Vorstand.

# Bruchbandagen

aller Art (eigenes Fabrikat), sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege empfiehlt  
J. Ch. Pollmann, Linien-Lieferant für Oris- u. Hils-Kranken.  
Görlitzerstr. 12 mehrere freundl. Hinterwohnungen, v. 204 M. an, zum 1. April 1895 zu vermieten.  
Häuserstr. 13 bill. Wohnungen 1 und 3 Tr. 26495  
Febl. möbl. Zimmer bill. zu verg., Reichenbergerstr. 96a. 17636

# Grünte

**Volts-Grat-Kaffee**  
einiges Volksgetränk.  
Kaffee ca. 200 Gramm 10 Pf.  
Proben auf Wunsch von der Haupt-Niederlage Verteilergestr. 8, 1 Tr.  
Telephon Amt Bockbit 1147.

# Arbeitsmarkt.

## Musikinstrumenten-Arbeiter-Streik!

Die Kollegen der Piano-Fabrik von  
**Görs & Kallmann**  
haben infolge Maßregelungen und Lohnforderungen die Arbeit niedergelegt. Inzug ist strengstens fernzuhalten.  
Gleichzeitig ist für die Branche Zusammenseher der Piano-Fabrik Kunze & Sohn, Blumenstr. 70, infolge Maßregelung laut öffentlicher Verammlung vom 13. Januar ex. die Sperrung verhängt worden.  
198/13 Die Lohnkommission.  
Tüchtiger Pader f. Goldbleiben gesucht.  
Deutsch u. Sachmann, Dresdenstr. 97.